

Unser Programm zur Landtagswahl NRW 2017.

Für eine Politik, in der die Menschen zählen.

Mit uns. Für Dich. **DIE LINKE.**



Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017, beschlossen auf dem Landesparteitag am 5./6. November 2016 in der Zeche Zollverein in Essen.

Satz/Publishing: Darius Dunker
Titelgestaltung: DieWerberpack
Foto S.2: Niels Holger Schmidt
V.i.S.d.P: Sascha H. Wagner

DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen
Alt-Pempelfort 15, 40211 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 700 600 00
Telefax: 0211 / 700 600 19
E-Mail: lgs@dielinke-nrw.de
Web: www.dielinke-nrw.de
Facebook: facebook.com/dielinke.nrw
Twitter: twitter.com/DieLinkeNRW

DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen

Unser Programm zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017

Beschlossen auf dem Landesparteitag am 5./6. November 2016 in Essen.

I.	Vorwort.....	5
II.	Armut und soziale Spaltung überwinden	9
	1. Arbeitsplätze: Gut bezahlte, feste Stellen schaffen	9
	2. Sozialpolitik: Menschenwürde zur Richtschnur machen	16
	3. Gemeinsam für ein gutes Leben – Solidarität mit den Geflüchteten	19
	4. Gesundheit: Gute Versorgung im ganzen Land sichern	21
	5. Kinderarmut: Soforthilfe für Familien organisieren	26
	6. Rente: Soziale Sicherheit im Alter garantieren.....	29
III.	Die Wirtschaft ist für die Menschen da	32
	1. Investieren: Mit der Millionärssteuer wieder handlungsfähig werden	33
	2. Industrie: Arbeit sichern und ökologisch umbauen	36
	3. Forschung: Mehr Zeit und Geld in sinnvolle Entwicklungen stecken	38
	4. Mitbestimmung: Die Wirtschaft demokratisieren.....	39
	5. Infrastruktur: Den öffentlichen Ausverkauf aufhalten	40
	6. Kommunen: Mehr Geld für die maroden Städte bereitstellen	41
	7. Wohnen: Öffentlich bauen und Mieten bezahlbar machen	45
	8. Verkehr: Fahrscheinlos mit Bus und Bahn das Klima schützen	51
	9. Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig.....	55
IV.	Allen Menschen gute Bildung und Ausbildung garantieren	57
	1. Kita: Kinder gebührenfrei und besser betreuen	57
	2. Schule: Für weniger Druck und bessere Förderung sorgen.....	60
	3. Ausbildungsplätze: Mangel beseitigen und Qualität verbessern	67
	4. Hochschule: Mehr Studienplätze und sichere Arbeitsplätze schaffen.....	69
	5. Weiterbildung: Angebote ausbauen und Personal anständig bezahlen.....	71
V.	Diskriminierung verhindern und Gleichberechtigung verwirklichen	74
	1. Frauen: Zeit und Arbeit neu verteilen.....	74
	2. Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen	78
	3. Queer: Gleichstellung und Akzeptanz aller Lebensweisen erreichen	83
	4. Menschen mit Behinderungen: Selbstbestimmt leben in einem inklusiven NRW.....	84
VI.	Die Zerstörung unserer Umwelt beenden	88
	1. Umweltschutz: Sich gemeinsam den Konzernen entgegenstellen	88
	2. Naturschutz: Artenvielfalt durch den Schutz der Lebensräume	89
	3. Landwirtschaft: Nachhaltig produzieren ohne Gifte und Antibiotika	90
	4. Tiere: Mit Respekt behandeln und artgerechter halten	91
	5. Wasser: Unsere Lebensgrundlage besser schützen	93
	6. Luft: Schadstoffe vermeiden und für mehr Filter sorgen.....	94
	7. Bodenschutz: Sanieren und weitere Belastungen vermeiden.....	94
	8. Energie: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau	95
VII.	Rechtsruck aufhalten und Grundrechte stärken.....	101
	1. Antifaschismus: Zusammen Stärke zeigen gegen Rassismus und Neofaschismus.	101
	2. Nein zum anti-muslimischen Rassismus	103
	3. Grundrechte: Demokratie verteidigen, Überwachung stoppen	104
	4. Gewalt: Menschen schützen und Opfern helfen.....	106
	5. Justiz: Große Fische fangen statt Gefängnis für Schwarzfahren.....	108
	6. Drogen: Nüchtern aufklären, Cannabis legalisieren	110
	7. Verbraucher: Wirksamen Schutz sicherstellen.....	112
	8. Mehr Demokratie: Wahlrecht erweitern, Bürger*innenentscheide vereinfachen ...	112
	9. Laizismus: Staat und Religion konsequent trennen.....	115
VIII.	Netzpolitik, Medien und Kultur.....	116
	1. Netzpolitik: Für ein freies Internet, das allen gehört	116
	2. Medien: Die Vielfalt erhalten und Beschäftigte gut bezahlen	118
	3. Kunst und Kultur für uns alle: Schützen, unterstützen und finanzieren	119
IX.	Internationale Solidarität	122
	1. Konsequent für Frieden und Abrüstung	122
	2. Nein zur EU der Banken und Konzerne – Nein zu den Freihandelsverträgen.....	125
X.	Stichwortverzeichnis.....	129

AUFBRUCH ZU EINEM SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS

Liebe Leserin, lieber Leser,

DIE LINKE NRW legt hier ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017 vor. Es ist in Zusammenarbeit mit Hunderten von Aktiven aus der Gewerkschaftsbewegung, Erwerbslosengruppen, Umwelt-, Friedens- und Fraueninitiativen, aus der Bewegung zur Verteidigung und zum Ausbau der demokratischen Grundrechte und nicht zuletzt der Solidaritätsbewegung mit den Flüchtlingen, die in NRW eine neue Heimat suchen, entstanden. Das ist Markenzeichen der LINKEN NRW; so ist sie als Partei entstanden und so wird sie auch nach den Landtagswahlen 2017 weiterhin Politik machen: kompromisslos und konsequent für die Interessen derjenigen, die seit Jahrzehnten zu kurz kommen und sich zu Recht als Opfer der Politik aller neoliberalen Parteien fühlen. Alle anderen Parteien wollen Interessen ausgleichen, wo es nichts auszugleichen gibt, DIE LINKE NRW will Interessen und Forderungen formulieren, die bei anderen unter den Tisch fallen und angeblichen „Sachzwängen“ geopfert werden.

Wir wollen Hoffnung machen auf eine andere Gesellschaftsordnung, in der die Politik nicht mehr von den Interessen weniger Superreicher, Banken und Konzerne bestimmt wird, sondern von den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung.

In allen auf den folgenden Seiten behandelten Einzelthemen wird eines deutlich: Die grundsätzliche Richtung der Politik muss sich ändern. Richtschnur politischen Handelns darf nicht mehr das wirtschaftliche Privatinteresse einer ökonomisch mächtigen Minderheit sein. Nirgends ist das so offenkundig wie beim Thema Armut und Reichtum. In Nordrhein-Westfalen leiden viele Menschen unter Armut, vor allem Kinder. Gleichzeitig trifft man in NRW auch größten Reichtum an. Diese schreiende Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und der daraus ermöglichten Lebenschancen ist nicht naturgegeben. Sie ist Ergebnis einer seit Jahrzehnten verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik, eines Systems, das heute wieder Kapitalismus genannt werden darf. Alle anderen Parteien haben sich dieser sozial ungerechten Politik verschrieben. Und die neueste Parteigründung, die „Alternative für Deutschland“, ist in dieser Hinsicht sogar eine besonders schreckliche und brutale Variante.

Das Programm dieser Parteien ist ganz einfach: Die Politik muss für eine Umverteilung von unten nach oben sorgen, die Reichen müssen noch ein bisschen reicher und die Armen leider noch ärmer werden. Die Gewinne müssen sprudeln und die Löhne müssen sinken. Das große Lügenmärchen, das mit dieser Politik seit Jahren verbreitet wird, lautet: Wenn wir diese neue Umverteilung nach oben gemacht haben, dann wird daraus eine Win-Win-Geschichte entstehen, denn es wird wieder Wirtschaftswachstum und neuen und mehr Wohlstand für alle geben.

Die Umverteilung ist erfolgreich: in Form von Hartz-IV-Gesetzen, der Schaffung eines Niedriglohnssektors, der Senkung der Renten und aller anderen Sozialleistungen, der Senkung der

Steuern für die Reichen und der Erhöhung der indirekten und Verbrauchssteuern für alle, der Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnerhöhungen und der Kürzung bei allen sozialen Ausgaben für Infrastruktur und Kultur. Dabei gab es eine festverwurzelte Arbeitsteilung zwischen den Bundes- und Landesregierungen auf der einen und den privaten Unternehmer*innen auf der anderen Seite. Was Hartz IV allein nicht schaffte, wurde durch betriebliche und tarifvertragliche Verschlechterungen ergänzt.

Nicht eingetreten ist allerdings das versprochene Wirtschaftswachstum und der Wohlstand für alle. Die Versprechen von CDU, SPD, Grünen und FDP haben sich als das große Märchen des 21. Jahrhunderts herausgestellt.

DIE LINKE NRW ist deshalb ohne Wenn und Aber eine Partei der Umverteilung in die andere Richtung. Die Verteilung von Vermögen und Einkommen muss gerechter werden. Deshalb ist DIE LINKE NRW für eine Erhöhung der Renten, der Löhne und aller davon abgeleiteten Sozialleistungen. DIE LINKE NRW ist für das sofortige Ende des menschenfeindlichen Hartz-IV-Regiments in den Jobcentern. Die Steuern für die Reichen – Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer – müssen steigen, die Steuern für die niedrigen und mittleren Einkommen sowie die indirekten Steuern müssen sinken.

DIE LINKE NRW ist die Partei der Umverteilung – auch bei der Arbeit. Es ist eine skandalöse Ungerechtigkeit, dass Hunderttausende keine Arbeit haben oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen, während die anderen Unmengen an Überstunden leisten und auch die reguläre Arbeitszeit stetig verlängert wird. DIE LINKE NRW kämpft für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich – eine dringend erforderliche und schnell durchzuführende Maßnahme.

DIE LINKE NRW ist für eine andere Richtung im Wohnungsbau. Niedrige Miete statt hoher Rendite ist die Leitlinie. Wir fordern 100.000 neue günstige Wohnungen im Jahr und dafür muss die Privatisierung von Boden gestoppt und zurückgedrängt werden.

Auch diese Umverteilungen in die andere Richtung gelingen nur durch konfliktbereite gewerkschaftliche und betriebliche Interessenskämpfe mit parlamentarischer Unterstützung aus dem Landtag und den kommunalen Vertretungen.

Diese Umverteilung in die andere Richtung ist zu einem großen Teil Bundes- und sogar Europapolitik. Aber eine andere Regierung und eine andere Politik auf Landes- und sogar Kommunalebene können viel erreichen. Sie können entsprechende Initiativen auf Bundesebene ergreifen, sie können sich in den Auseinandersetzungen auf die Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen stellen; sie können in den landeseigenen und kommunalen Betrieben mit gutem Beispiel und Leuchtturminitiativen vorangehen. Unser Programm ist voll von Vorschlägen für eine solche andere Politik der sozialen Gerechtigkeit.

Die „großen Themen“ der Weltpolitik machen nicht Halt vor Nordrhein-Westfalen.

Die seit 1989 vermehrt auf der Welt stattfindenden Kriege um die Neuaufteilung der Welt in Märkte und Einflusszonen und zwischen neuen nationalistischen Kräften und kriminellen Banden in den zerstörten Regionen haben Elend, Armut und Flucht erzeugt. Gleichzeitig zerstören die angeblich freundlich geordneten internationalen Freihandelsbeziehungen im großen Stil die Lebensgrundlagen von Millionen. Letztlich führen auch die in erster Linie durch die großen Industriemächte verursachten Klimazerstörungen zu Flucht und Vertreibung. 65 Millionen Menschen sind auf dem Erdball auf der Flucht als Folge von Krieg, Freihandel und Umweltzerstörung. Nur ein kleiner Teil davon erreicht das reiche Europa und Deutschland und bittet um Aufnahme.

DIE LINKE NRW ist bedingungslos auch auf der Seite dieser Opfer der Weltpolitik. Die Parteimitglieder beteiligen sich an der Willkommens- und Solidaritätsbewegung. Es ist die große Lüge der vergangenen beiden Jahre, dass es angeblich kein Geld für eine humane und nachhaltige Aufnahme dieser Menschen gäbe. Wer im Handstreich hunderte von Milliarden zur Bankenrettung oder fünf Milliarden Euro Abwrackprämie als Hilfe für die Autokonzerne auftreibt, der könnte auch sofort die Milliarden für eine andere Politik gegenüber den Flüchtenden zur Verfügung stellen.

DIE LINKE NRW ist für eine andere Handels- und für eine friedliche Außenpolitik, sie ist für die Bekämpfung der Fluchtursachen dort, wo sie entstehen. Aber es gibt für die Flüchtenden nach Deutschland keine Obergrenze. Das Asylrecht muss ausgebaut und nicht weiter eingeschränkt werden. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Gelder für die Kommunen und eine große Anstrengung von Stadtverwaltungen, Städteplaner*innen, Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen der Flüchtenden, um allen Wohnungen, Bildung und soziale Integration zu geben.

Aber DIE LINKE NRW fordert auch politische Rechte für die Flüchtenden. Sie sind hier, weil die reichen Staaten in ihrer Heimat Zerstörung und Ausplünderung hinterlassen haben. Wir wollen eine politische Bewegung der Flüchtenden, um die Verhältnisse weltweit zu ändern.

Der Krieg wird auch in Nordrhein-Westfalen gemacht. Hier sind wichtige Think Tanks und Verwaltungsstrukturen der Nato und große deutsche Rüstungsbetriebe ansässig. DIE LINKE NRW will die Auflösung dieser Strukturen und die Umstellung der Rüstungsproduktion – und zwar so schnell wie möglich. Kein*e Beschäftigte*r dieser Einrichtungen und Betriebe braucht Verluste bei Einkommen und Lebensstandard zu befürchten. Wir sind für eine staatliche Garantie der Einkommen der Beschäftigten, bis die Umstellung und Umrüstung abgeschlossen sein wird.

DIE LINKE NRW ist für eine Friedenspolitik und Beendigung aller Kriegsforschung und Kriegswerbung an Schulen, Universitäten, Jobcentern und öffentlichen Einrichtungen.

Bei keinem der „großen Themen der Weltpolitik“ ist ein so umfangreicher und schneller Handlungsbedarf, aber auch ein so großer direkter und sichtbarer Interessensgegensatz vorhanden, wie beim Thema Klima- und Umweltschutz. Um die Erderwärmung zu drosseln, ist eine Umkehr der Politik in die komplett andere Richtung erforderlich. Nicht mehr Stromverbrauch, sondern weniger; nicht mehr Verkehr und Transporte, sondern weniger; nicht mehr Produktion überflüssiger Güter, die nur aus Profitgründen auf den Markt geworfen werden, sondern weniger. Die Fachleute aller Umweltverbände sprechen zu Recht von der Notwendigkeit einer Revolution in unseren Konsum- und Produktionsverhältnissen, um auch nur die minimalen und bei Weitem nicht ausreichenden Ziele des aktuellen Pariser Klimaabkommens zu erreichen. NRW muss nicht nur aus der Atomtechnologie, sondern auch aus der Braun- und Steinkohleproduktion aussteigen. Wichtige Sektoren der Chemie-, der Stahl- und Aluminiumproduktion müssen auf den Prüfstand. Die seit Anfang der Bundesrepublik im großen Stil betriebene Förderung des Automobilverkehrs und des dafür erforderlichen Straßenbaus muss eingestellt werden. Auch hier gilt: Eine große Investitionsoffensive und staatliche Bürgschaften werden nicht alle der alten Arbeitsplätze der Beschäftigten erhalten, aber sie werden Bestandsschutz bei den Einkommen geben.

Keine der bisherigen Regierungen und der sie stellenden Parteien war bisher bereit, sich im Sinne einer solchen Revolution mit den großen Energie- und Industriekonzerne anzulegen. Es wird aber nicht ohne diese Auseinandersetzung gehen.

Wir verraten jetzt noch ein Geheimnis: Wer diese Ziele einer politischen Umkehr in allen großen Themenbereichen erreichen will, der oder die wird das nicht mit den jahrelang gepredigten Glaubensbekenntnissen von CDU, SPD, Grünen und FDP bewerkstelligen. „Privat vor Staat“, „Wirtschaftspolitik wird in der Wirtschaft gemacht“, „Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze

von morgen“, „Wachstum, Wachstum, Wachstum“ – und wie die Sprüche alle heißen, müssen endgültig der Vergangenheit angehören. Diese zu Recht als bürgerliche Parteien bezeichneten Vollstreckerinnen der Interessen der Banken und Konzerne müssen für eine solche andere Politik erst einmal regierungsfähig werden. Sie könnten dies sofort und jeden Tag beweisen, indem sie die Forderungen der entsprechenden Initiativen und Bewegungen aufgreifen und sich an den Aktionen beteiligen, aber sie tun es bekanntlich nicht.

DIE LINKE NRW hat seit ihrer Gründung bewiesen, auf welcher Seite sie in diesen politischen und Interessensauseinandersetzungen steht. Daran wird sich nichts ändern, egal, ob DIE LINKE in der Opposition ist oder in Zukunft Regierungsverantwortung übernehmen wird.

Viele unserer Forderungen, die in diesem Programm aufgelistet werden, können und werden auch durch eine starke gesellschaftliche und parlamentarische Opposition erreicht. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ändern, weil nur dadurch die Politik wirklich verändert wird. Und wenn die anderen Parteien uns Regierungsgespräche anbieten, dann wird das und nichts anderes unser Maßstab sein. SPD und Grüne verwalten in Nordrhein-Westfalen mehr schlecht als recht die bestehenden Verhältnisse. Wir wollen diese Verhältnisse ändern.

Wir hören es jetzt schon: Die bürgerlichen Parteien werden uns vorwerfen, wir wären Dinosaurier der Planwirtschaft und altbackene Sozialist*innen. Es soll uns ein Ehrentitel sein. Wir wissen besser als alle anderen, was am Sozialismus der Vergangenheit schief gelaufen ist und wie es zu ändern ist. Unser Ziel heißt soziale Gerechtigkeit, umfassende Demokratie, Schutz des Klimas und der Umwelt für unsere Kinder und Enkel und friedliche Politik auf dem gesamten Erdball. Um dorthin zu gelangen, dürfen die bestehenden Wirtschafts- und Besitzverhältnisse nicht so bleiben wie sie sind. Deshalb tritt DIE LINKE NRW für einen Aufbruch zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts ein.

II. Armut und soziale Spaltung überwinden

Wofür arbeiten wir eigentlich? Für einen guten Lohn? Um das zu produzieren, was wir Menschen zum Leben brauchen, um Menschen zu helfen, sie zu bilden, zu pflegen oder auch zu unterhalten? Wir wollen uns mit Arbeit ein sorgenfreies Leben finanzieren. Wir wollen das tun, was wir gut können, in einem guten Klima ohne Angst. Wir wollen dazulernen, die Gesellschaft zusammenhalten und gemeinsam Probleme lösen.

Tatsächlich nutzt unsere Arbeit aber immer mehr den wachsenden Profiten der wenigen Menschen, denen die Unternehmen gehören. 124 der 500 reichsten Deutschen wohnen bei uns in NRW. Sie besaßen 2015 ein geschätztes Privatvermögen von über 145 Milliarden Euro. Bei so viel Reichtum sehen wir nicht ein, dass immer mehr Menschen unter der Armutsgrenze leben müssen.

Es gibt ganze Stadtteile in NRW, in denen über die Hälfte der Kinder in Hartz IV aufwachsen müssen. Das ist gesetzlich verordnete Armut. Uns lässt das keine Ruhe. Wir wollen und wir müssen an diesen Zuständen etwas ändern.

Wir finden gut, dass in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit viel darüber gesprochen wird, was man gegen die wachsende Armut unternehmen kann. Es gibt dazu viele Vorschläge. Auch die Frage der fehlenden Arbeitsplätze ist ein großes Thema geworden.

Wir haben uns mit Fachleuten aus den Sozialverbänden und Gewerkschaften zusammengesetzt und ein Konzept erarbeitet. In unserem Programm zur Landtagswahl stellen wir eine Reihe sehr konkreter Maßnahmen vor, mit denen man gute Arbeitsplätze schaffen und die Menschen aus der Armut herausholen kann. Die Politik muss nur wollen, dann kann sie die Lebensbedingungen der Menschen sehr schnell deutlich verbessern.

Noch wichtiger als klare Ziele und praktische Verbesserungsvorschläge ist es für uns, mit den Menschen gemeinsam aktiv zu sein. Deshalb sind wir mit dabei, wenn sich die Mieterinitiative gegen Zwangsräumungen wehrt und wenn die Erzieher*innen für ein besseres Gehalt auf die Straße gehen. Auch wenn die Verkäufer*innen und ihre Gewerkschaft ein familienfreundlicheres Ladenschlussgesetz vom Landtag fordern, unterstützen wir sie dabei.

Wir finden, Politik braucht eine ehrliche Haltung, klare Ziele, konkrete Schritte und vor allem den direkten Bezug zu den Menschen, um die es geht.

1. Arbeitsplätze: Gut bezahlte, feste Stellen schaffen

Menschen wollen selbstbestimmt, in Würde und ohne Angst vor Armut leben. Dazu gehören Arbeitsplätze, die ein sicheres und gutes Leben ermöglichen. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf und anderen Lebensbereichen wie das Leben mit Kindern, Teilhabe an politischen Entscheidungen etc. Hierfür fehlen uns in NRW mindestens die 500.000 tariflich bezahlten unbefristeten Arbeitsplätze, die der DGB in seinem „Memorandum 2020“ fordert. Rund 250.000 Arbeitsplätze in der Industrie sind seit dem Jahr 2000 weggefallen. Zugleich fehlen zehntausende

Beschäftigte in Schulen und Hochschulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Jugendzentren...

Die bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und Freizeit hat eine immer größere Bedeutung bekommen. Im Unterschied zu früher wollen und müssen Frauen ein eigenes Einkommen haben. Was für die meisten Mütter schwierig zu erreichen ist, ist für viele Alleinerziehende nahezu unmöglich: gleichzeitig Kinder und eine existenzsichernde Arbeit zu haben. Wir wollen das ändern, damit Familien endlich nicht mehr zu kurz kommen.

Die anhaltend hohe Zahl an Erwerbslosen, Aufstocker*innen und Ergänzender*innen führt bei vielen Menschen zu Existenzangst. Wo Beschäftigte sich mit Betriebsräten organisieren wollen, gibt es durch die Arbeitgeber*innen vielfach Behinderungen oder Anfeindungen bis hin zur Kündigung. Auch vor dem öffentlichen Dienst hat dieses Klima der Lohndrückerei durch Angst und Stress nicht Halt gemacht. Unter solchen schlechten Arbeitsbedingungen leiden nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Qualität der Arbeit.

Was tun?

- *Unbefristete armutsfeste Arbeitsplätze mit planbaren Arbeitszeiten schaffen*
- *Löhne durchsetzen, von denen man ohne Transferleistungen nach dem SGB II leben kann*
- *Nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutz verankern*
- *Soziale Sicherheit und ein Umfeld frei von Diskriminierung für die Beschäftigten schaffen*

Während die einen höchstens einen schlecht bezahlten Minijob ergattern können, arbeiten Vollzeitbeschäftigte tatsächlich meist mindestens 40 Stunden in der Woche. Plus Überstunden und Fahrtzeit bleibt für das eigene Leben, für Kinder, Sport, Kultur und Freizeit vom Tag nur wenig übrig. Wir müssen die Arbeit neu verteilen. Unser Ziel ist eine 30-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit. Die ersten Schritte dahin können sofort beginnen.

Mindestlohngesetz NRW statt Lohndumping und 1-Euro-Jobs

Zahlreiche Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen haben eigene Mindestlohngesetze eingeführt. Die Gesetze gelten für alle Landesbeschäftigten, alle öffentlichen Aufträge und alle Träger, die öffentliche Zuwendungen erhalten. Gerade NRW als Land mit vielen Niedriglohnbeschäftigten braucht ein solches Signal für eine deutlich höhere Lohnuntergrenze.

Was tun?

- *Ein Mindestlohngesetz für NRW mit einer Lohnuntergrenze von 12 Euro beschließen*
- *Mindestlohngrenze jährlich an die allgemeine Lohnentwicklung anpassen*

Wer Hartz IV bezieht, wird häufig von den Jobcentern gezwungen, 1-Euro-Jobs anzunehmen. Diese sind menschenverachtend, weil sie die betroffenen Menschen zwingen, für Hungerlöhne und ohne arbeitsrechtliche Standards wie Kündigungsschutz, Urlaub etc. zu arbeiten. Von 1-Euro-Jobs profitieren allein die Maßnahmenträger bzw. Kommunen. Deshalb fordert DIE LINKE seit langer Zeit die Abschaffung von 1-Euro-Jobs und ihre Ersetzung durch sozialversicherte und tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse.

Was tun?

- *Ausbeutung durch 1-Euro-Jobs in NRW beenden*
- *Nur sozialversicherte Tarifarbeitsplätze bei Land, Kommunen und öffentlichen Aufträgen zulassen*

Tarifverträge statt Werkverträge

Sichere Arbeitsverträge und die Einhaltung von Tarifverträgen schützen vor Lohndumping. Sie stärken den Beschäftigten den Rücken, damit sie gemeinsam für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen können.

Immer mehr Unternehmen drücken sich durch Tariffucht vor einer angemessenen Behandlung der Belegschaften. Landtag und Landesregierung müssen die Möglichkeiten des Tarifvertragsgesetzes besser ausschöpfen, um Tariflöhne und tariflich geschützte Arbeitsbedingungen in NRW zu stärken.

Was tun?

- *Missbrauch von Werkverträgen gesetzlich stoppen*
- *Tariffucht aufhalten und Tarifverträge zum Standard machen, unter anderem durch einfachere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen*

Feste Stellen statt Leiharbeit und Minijobs

Gut 190.000 Menschen in NRW arbeiten in Leiharbeitsunternehmen. Für sie heißt das meist: niedrigere Löhne, schlechtere Berufsperspektiven und nur selten die Übernahme in feste Jobs. Das mittlere Einkommen von Beschäftigten in der Leiharbeit liegt bei nur 57 Prozent des mittleren Einkommens aller Beschäftigten. Die Stammbeschaftungen werden immer weiter reduziert und durch wechselnde Leiharbeiter*innen ersetzt.

Was tun?

- *Lohndumping durch Leiharbeit beenden: gleicher Lohn plus Flexibilitätszuschlag*
- *Aus- und Verleihdauer auf höchstens 3 Monate begrenzen*
- *Volle Sozialversicherungspflicht von der ersten Arbeitsstunde an gewährleisten*
- *Statt Minijobs sozialversicherungspflichtige, tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse schaffen*
- *Bildung von Initiativen auf Landesebene, um Leiharbeit auf Bundesebene per Gesetz zugunsten regulärer Beschäftigung zu verbieten*

Schluss mit dem Missbrauch von Befristungen

Befristete Verträge für ein oder wenige Jahre sind bei Neueinstellungen fast zur Regel geworden. Im öffentlichen Dienst sind sie vor allem an Hochschulen, im Ganztags an Schulen und in Kitas ein häufiges Problem. Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten, deren Leben dadurch nicht planbar ist und die in ständiger Sorge um ihren Arbeitsplatz leben. Auch die Qualität der Arbeit wäre ohne diesen Druck und ständige Wechsel auf den Stellen besser.

Was tun?

- *Befristungen von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund abschaffen*
- *Kettenbefristungen wirksam unterbinden*
- *Hohe Anforderungen für Befristungen mit Sachgrund stellen*

Tariftreue- und Vergabegesetz verbessern

Das Land NRW kann nicht nur als Arbeitgeber von Lehrer*innen oder Polizist*innen, sondern auch bei der Vergabe von Aufträgen durch Land und Kommunen einen Einfluss auf bessere Arbeitsbedingungen nehmen. Dazu hat der Landtag 2011 auf Drängen von LINKEN und Gewerkschaften ein Tariftreuegesetz beschlossen.

Es steht unter ständigem Beschuss von CDU und FDP, die an ihrer Politik der niedrigen Löhne und der wachsenden Armut festhalten und deshalb die Einhaltung von Tarifverträgen entgegen der Realität als bürokratische Zumutung für Arbeitgeber*innen darstellen.

Auch SPD und Grüne stellen unter dem Einfluss von Konzernlobbyist*innen und Handwerkskammern die Lohnuntergrenze von 8,85 Euro für NRW in Frage.

Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften das Tariftreuegesetz verbessern und im Landtag von NRW einbringen.

Was tun?

- *Tariftreue bindend bei Aufträgen einhalten*
- *Repräsentativen Tarifvertrag bei der Vergabe von Buslinien anwenden*
- *Tariftreue bei Vergabe durch Wirtschaftsministerium und Kommunen überprüfen*
- *Ausbildende Unternehmen fördern*
- *Beschäftigte mit Behinderung fördern*

Mit einer Vorschlagsliste für häufig benötigte Produkte soll das Land es den Kommunen außerdem einfacher machen, nur Produkte einzukaufen, die nicht aus Kinder- und Sklavenarbeit stammen und Equal Pay, Koalitionsfreiheit und weiteren sozialen und ökologischen Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen.

Mehr Respekt und mehr Gehalt: Frauenerwerbsarbeit aufwerten

Frauen wollen und müssen heute erwerbstätig sein, um die eigene Existenz zu sichern. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie aber noch immer vielfach benachteiligt. Vor allem werden Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, systematisch schlechter bezahlt.

In Minijobs oder Teilzeit dient die Arbeit der meisten Frauen bis heute nur der Ergänzung des Familieneinkommens. Selbst Vollzeitstellen reichen in niedrig bezahlten Dienstleistungsberufen nicht zur eigenen Absicherung. Mit nur 47 Prozent Frauen, die erwerbstätig sind, ist NRW auch hier Schlusslicht.

Gerade in den überwiegend von Frauen besetzten Berufen fehlen massenhaft Stellen und Ausbildungsplätze. Das sind die sozialen Dienstleistungen, die Erziehungs- und Pflegeberufe sowie Verkäufer*innen. Wir wollen neue Stellen schaffen und diese besser bezahlen.

Was tun?

- *Aufwertung und gerechte Bezahlung der Sozial- und Erziehungsberufe*
- *Ausbildungs- und Stellenoffensive für Frauen*
- *Arbeit umverteilen, Vollzeit verkürzen und längere Teilzeit anbieten*
- *Arbeitsbedingungen und Personalausstattung in Gesundheit und Pflege verbessern*
- *Entgelttransparenzgesetz für alle*

Arbeit umverteilen: Kürzere Vollzeit und neue Stellen schaffen

Bund, Länder und Kommunen sind seit Jahren die härtesten Gegner*innen der Beschäftigten, wenn es um Arbeitszeiten und um Arbeitsverdichtung geht. Immer mehr Aufgaben sollen von immer weniger Beschäftigten immer schneller bewältigt werden. Stellen bleiben unbesetzt oder werden ganz gestrichen.

Behörden werden immer bürger*innenunfreundlicher, Bibliotheken und Jugendzentren werden geschlossen. Für Familien mit Problemen fehlen Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen müssen auf Teilzeitstellen ganze Kitagruppen betreuen und Lehrer*innen sollen 30 verschiedene Jugendliche gleichzeitig individuell fördern.

In den vergangenen Jahren sind den Beschäftigten immer längere Arbeitszeiten und immer mehr Aufgaben zugemutet worden. Bei den Beamt*innen schreibt das Land NRW in der Arbeitszeitverordnung sogar eine Wochenarbeitszeit vor, die mit 41 Stunden deutlich höher als bei den Tarifangestellten ist. Während Angestellte des Bundes und der Kommunen tariflich 38,5 Wochenstunden leisten müssen, hat die schwarz-gelbe Regierung 2006 für die Angestellten des Landes 39,5 Wochenstunden durchgesetzt.

Diesem Trend wollen wir uns entgegenstellen, mit Perspektive auf die 30-Stunden-Woche.

Was tun?

- *Schrittweise Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und Stellenausgleich*
- *Offensive für Umverteilung der Arbeit hin zur 30-Stunden-Woche starten*
- *Wenn ein Feiertag auf den Sonntag fällt, den Montag arbeitsfrei stellen*
- *Arbeitszeit der Beamt*innen von jetzt 41 Stunden deutlich senken und dafür neue Stellen schaffen*
- *Mehr Stellen entsprechend dem realen Bedarf in Bildung, Sozialem und Gesundheit*
- *Qualifizierungs- und Vollzeitangebote für die unfreiwillig in Teilzeit Beschäftigten*

Ladenöffnungszeiten reduzieren

In NRW dürfen Geschäfte in der Woche rund um die Uhr öffnen, an Samstagen bis 22 Uhr. Der Lebensmitteleinzelhandel öffnet oft von 7 bis 22 Uhr, teilweise bis 24 Uhr. Die längeren Öffnungszeiten werden insbesondere von großen Handelsketten und Konzernen und in den Zentren genutzt. Klein- und Mittelbetriebe in kleineren Orten und den Stadtteilen der Großstädte geraten so unter Druck. Die Grundversorgung in Wohnungsnähe als eine wichtige Bedingung unter anderem für eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrspolitik ist immer weniger vorhanden.

Unternehmen, die von den längeren Öffnungszeiten Gebrauch machen, verstoßen häufig gegen Arbeitszeitbestimmungen und tarifliche Mindeststandards.

Die längere Ladenöffnung hat eine Zunahme von prekären Jobs und einen Rückgang regulärer Beschäftigung gebracht. Nur noch 38 Prozent der Einzelhandelsbeschäftigten arbeiten in Vollzeit.

Die heutigen Arbeitszeiten im Handel sind familienfeindlich und schließen die Beschäftigten oft vom sozialen und kulturellen Leben aus. Deshalb unterstützen wir die breite soziale Kampagne für den arbeitsfreien Sonntag und die Gewerkschaft ver.di bei ihren Forderungen für ein sozialeres Ladenschlussgesetz in NRW.

Was tun?

- *Deutlich kürzere Öffnungszeiten im Ladenschlussgesetz festschreiben*
- *Geschlossene Läden und freie Zeit an Sonn- und Feiertagen*
- *Kontrolle des Ladenöffnungsgesetzes verstärken*

Mehr Demokratie am Arbeitsplatz

Ohne Betriebsräte endet die Demokratie am Werkstor. Ihre wichtige Arbeit für die Interessen der Beschäftigten muss von der Landesregierung gefördert und die Betriebsräte müssen vor der Missachtung ihrer Rechte im Unternehmen geschützt werden. Einige Unternehmen setzen Betriebsräte, Gewerkschaften und Beschäftigte mit Hilfe spezialisierter Anwaltskanzleien durch einen juristischen Kleinkrieg unter Druck. Für solche „Union Busting“-Praktiken gibt es viele Beispiele in NRW, etwa von Seiten der Fastfood-Kette Burger King oder des Textildiscounters KiK. DIE LINKE NRW steht bei solchen Konflikten immer an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Was tun?

- *Schwerpunktstaatsanwaltschaft NRW zur Verfolgung der Behinderung von Betriebsratsgründung und -arbeit schaffen*
- *Druck auf antidemokratische Unternehmen durch die Landesregierung*

Mitbestimmung im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) erweitern

Unter CDU und FDP wurden vor 2010 die Mitbestimmungsrechte der Personalräte im öffentlichen Dienst massiv verschlechtert. 2011 wurde das LPVG auf Betreiben der Gewerkschaften mit Hilfe der LINKEN im Landtag wiederhergestellt und verbessert. 2017 muss es verlängert werden. Wir wollen die Mitbestimmung für die Beschäftigten erweitern. Bisher haben die Arbeitgeber*innen noch die Letztentscheidung in Konfliktfällen. Wir wollen stattdessen die Einigung auf Augenhöhe erreichen.

Was tun?

- *Mitbestimmung bei Abmahnungen und Kündigungen einführen*
- *Keine Spaltung mehr in Beamt*innen und Arbeitnehmer*innen zulassen*
- *Zusammenarbeit der Personalvertretungen bei kommunalen Kooperationen fördern*
- *Verbindliche Entscheidung der Einigungsstelle im Konfliktfall festschreiben*

In Kommunen soll die Bildung von Konzernbeschäftigtenvertretungen ermöglicht werden. So können die Personalräte der öffentlichen Verwaltungen mit den Betriebsräten der privatrechtlich organisierten Bereiche (z. B. Stadttöchter als GmbH) miteinander verschränkt werden. Das leisten die bisherigen Konzernbetriebsräte nicht, weil sie nur den privatrechtlich organisierten Bereich erfassen. So könnten die Interessen der Beschäftigten im Gesamtkonzern Stadt wirksamer verteidigt werden, wenn etwa Personalabbau oder Privatisierung auf der Tagesordnung stünden.

Was tun?

- *Gemeinsame Vertretung aller Beschäftigten bei den Kommunen*
- *Bundratsinitiative zur Zusammenfassung von Vertretungen im Betriebsverfassungsgesetz*
- *Mehr Mitbestimmungsrechte bei Eigenbetrieben und Anstalten öffentlichen Rechts*

Alle diese Forderungen wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen diskutieren und im Landtag durchsetzen.

Ausbildung und Beschäftigung statt Massenarbeitslosigkeit und Verelendung

In NRW, besonders im Ruhrgebiet, sind seit Jahrzehnten Arbeitsplätze im großen Stil vernichtet worden. Die verantwortlichen Konzerne sind unter anderem ThyssenKrupp, Mannesmann, Opel und die Ruhrkohle AG. Sie haben über viele Jahrzehnte mit der Arbeit der Menschen hier Profite gemacht und lassen mit dem Strukturwandel ihre Industrieruinen zurück.

Der Anteil der Erwerbslosen und der prekär Beschäftigten liegt in NRW deutlich über dem Bundesschnitt. Die betroffenen Menschen brauchen dringend eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt.

Bis heute sehen die Regierungsparteien in Bund und Land, SPD, CDU, FDP und Grüne, dabei zu, wie die größte Industrieregion Europas nach und nach verarmt.

Das wollen wir beenden. Mit einer groß angelegten Offensive für Investitionen und öffentliche Beschäftigung soll das Land die kaputten Städte, Schulen, Krankenhäuser und Straßen reparieren und modernisieren. Diese Investitionen schaffen Arbeitsplätze und sichern die Zukunftsfähigkeit.

Der Bedarf an Stellen in den Schulen, Kitas, Hochschulen, Krankenhäusern und in der Pflege muss ohnehin dringend gedeckt werden. Die Politik in NRW soll sich endlich darum kümmern, dass die Menschen hier Ausbildung und sichere Arbeitsplätze erhalten.

Langzeiterwerbslose dürfen nicht länger dauerhaft von der Gesellschaft abgehängt und mit dem Hartz-IV-System ausgegrenzt werden. Doch in NRW sind nach aktuellen Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB 324.000 Menschen davon betroffen, und der Anteil der vom Arbeitsmarkt völlig Ausgeschlossenen stieg in NRW allein in den Jahren von 2012 bis 2014 um 25 Prozent.

Doch die Landesregierung schaut dieser Entwicklung hilflos zu, und die Bundesregierung kürzt sogar noch die Mittel für die Arbeitsmarktförderung. Sanktionsbewehrte 1-Euro-Jobs haben nur zur weiteren Verdrängung regulärer Beschäftigung geführt, schlecht bezahlte Kurzezeitjobs bei Leiharbeitsfirmen wirken als Drehtüren zurück in das Hartz-IV-System.

Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung ebenso wie ältere Erwerbslose besonders in den von Strukturwandel und Deindustrialisierung betroffenen Regionen in NRW dürfen nicht länger mit der Aussicht eines Lebens fern vom Arbeitsmarkt konfrontiert werden. Ihre Perspektiven auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Erwerbsarbeit dürfen nicht länger der schwarzen Null geopfert werden.

DIE LINKE fordert deshalb, auch in NRW mit dem Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungsprogramms zu beginnen.

Dieses öffentliche Beschäftigungsprogramm führt die steuerlichen Mittel aus Arbeitslosengeld II (ALG II), den „Kosten der Unterkunft“ (KdU) und öffentlichen Zuschüssen zusammen, so dass mit ergänzenden Mitteln des Landes und der Kommunen dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finanziert werden kann.

Bei dem Beschäftigungsprogramm sollen all jene bevorzugt werden, die länger als ein Jahr erwerbslos sind. Diskriminierende Auswahlverfahren über weitere Voraussetzungen – wie zum Beispiel sogenannte Vermittlungshemmnisse – finden nicht statt.

Für DIE LINKE sind eine dauerhafte sozialversicherte Beschäftigung, tarifliche und existenzsichernde Bezahlung ohne Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, der Aufbau eigener Ansprüche auf Arbeitslosengeld I, die freiwillige Teilnahme (offene Bewerbung) und ein Vorrang für berufliche Qualifizierung und reguläre Ausbildungsabschlüsse Mindestbedingungen für gute Beschäftigung.

Der DGB hat für NRW einen sozialen Arbeitsmarkt mit tariflicher Entlohnung gefordert. Die Landesregierung hat dazu in einigen Modellprojekten erste Erfahrungen gesammelt. Diese Modellprojekte entsprechen allerdings noch nicht unseren Vorstellungen. Unser Programm muss ausreichend finanziert und landesweit in die Praxis umgesetzt werden. Um festzulegen, welche geförderte Beschäftigung vor Ort sinnvoll ist, ohne bisher von der öffentlichen Hand erbrachte Aufgaben zu ersetzen und zu verdrängen, fordert DIE LINKE runde Tische unter Beteiligung der Betroffenen und der kommunalen Akteur*innen, um öffentliche Bedarfe festzustellen.

In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie bei gleicher Eignung bevorzugt zu berücksichtigen.

Wirtschaftspolitisch braucht das Land eine Politik, die industrielle Arbeitsplätze im Strukturwandel sichert und neue Potentiale erschließt. Wärmedämmung und umweltfreundliche Sanierung, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Energieeffizienz, Recycling und andere umweltfreundliche Technologien erforschen und produzieren stehen auf der To-do-Liste für neue sinnvolle und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

2. Sozialpolitik: Menschenwürde zur Richtschnur machen

Für uns ist das wichtigste Ziel guter Sozialpolitik, dass alle Menschen frei von Armut leben und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Niemand soll Angst haben, wie er oder sie über den Monat kommt oder ob er am nächsten Tag etwas zu essen hat. Niemand soll mehr im Winter frieren, weil er oder sie die Heizkosten nicht bezahlen kann. Keine Familie soll künftig ohne Strom sein, weil der vom Energieversorger abgestellt wurde. Und wenn es nach uns geht, wird auch keine Rentnerin mehr aus ihrer Wohnung geworfen, weil ihre Armutsrente nicht mehr für die gestiegene Miete reicht.

Dabei geht es uns um nichts weniger als das Versprechen im ersten Artikel des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Hartz IV: Die gesetzlich verordnete Armut überwinden

2016 sind in NRW etwa 1,6 Millionen Menschen auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Doch zum Leben reicht der Regelsatz von 404 Euro nicht. Man kann davon gerade eben überleben. Im Hartz-Bezug hat man keine Wahl, wo und wie man lebt. Die von den Kommunen festgesetzten Wohnkosten reichen oft nicht einmal für eine Schlichtwohnung im billigsten Stadtviertel. Betroffene müssen den fehlenden Mietbetrag aus dem Regelsatz bezahlen. Der viel zu geringe Kostenanteil für Energie führt zu massenhafter Überschuldung bis hin zu Strom- und Gassperren.

Kein Kino, kein Ausflug, kein neues Spielzeug. Schlimmstenfalls steht man im Winter ohne Strom und Heizung da.

Wer nicht bereit oder in der Lage ist, jede schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen, wird mit Sanktionen abgestraft. Dann gibt es noch weniger Geld. Erniedrigungen, pauschale Verdächtigungen und Schikanen sind trauriger Alltag.

Für uns ist klar: Hartz IV muss einem System ohne Schikanen und Sanktionen weichen. Wir wollen eine sanktionsfreie soziale Mindestsicherung einführen, die mindestens 1050 Euro in der Summe von Wohn- und Lebenshaltungskosten beträgt.

Um einen direkten Beitrag zur Linderung der Armut im Land zu leisten, soll NRW über den Bundesrat für Verbesserungen sorgen.

Was tun?

- *Erhöhung der Regelsätze auf 560 Euro sofort*
- *Abschaffung von Sanktionen und Leistungskürzungen*
- *Keine Anrechnung des Kindergelds mehr auf die Leistungen*
- *Verbot von Energiesperren und Zwangsumzügen*
- *Kosten der Unterkunft sind den tatsächlichen Bedingungen vor Ort anzupassen*

Zwangsumzüge verhindern durch Mietuntergrenzen

Auch wenn die Wohnkosten grundsätzlich von den Kommunen festgesetzt werden, kann das Land Mietuntergrenzen beschließen. So kann es die Kommunen daran hindern, Mietobergrenzen festzulegen, die unterhalb der Mittelwerte der örtlichen Mietspiegel liegen. Die Verschuldung von zigtausenden Hartz-IV-Bezieher*innen könnte so verhindert werden. Bislang setzten CDU, FDP, SPD und Grüne in den Landesregierungen auf Verschärfungen statt Verbesserungen. Für DIE LINKE steht dagegen die Beseitigung von Armut ganz oben auf der Liste.

Schluss mit Energiesperren!

Immer mehr Haushalten werden Strom und Gas abgesperrt, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ihre Rechnungen zu bezahlen. Wir halten diese Praxis für unzumutbar, weil eine Wohnung ohne Strom oder Gas heutzutage keine menschenwürdige Existenz mehr bietet. Energiesperren verstoßen gegen existenzielle Grundrechte. Dazu wollen wir im Landtag einen Gesetzentwurf einbringen.

Was tun?

- *Verhinderung von Energiesperren*
- *Ein kostenloses Grundkontingent an Energie zur Verfügung stellen*

Sanktionen verstoßen gegen Menschenrechte

Die Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher*innen nehmen in zahlreichen Kommunen NRWs beständig zu. Jobcenter greifen zumeist zu diesem Zwangsmittel, um erwerbslose Menschen zu bestrafen, wenn sie einen Termin versäumt haben oder sich 1-Euro-Jobs und anderen Maßnahmen verweigern.

Das zu wenige Geld noch weiter zu kürzen, bringt die Betroffenen in akute Notsituationen und verstößt gegen die Menschenrechte. Wir wollen, dass bis zur Änderung der Gesetze auf Bundesebene die Leistungskürzungen im Land ausgesetzt werden (Sanktionsmoratorium).

Was tun?

- *Ein Sanktionsmoratorium für NRW umsetzen*
- *Die Kommunen sollen sich bei den Jobcentern gegen die Sanktionen einsetzen*
- *Landesweit unabhängige Schiedsstellen für alle Sozialleistungen einrichten*

Offener Zugang zur Schuldner- und Insolvenzberatung

Die wachsende Armut in NRW führt dazu, dass sich immer mehr private Haushalte verschulden. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern steigt die Verschuldung in NRW überproportional. Besonders jüngere, aber auch ältere Menschen sind von einer erhöhten Verschuldung betroffen. Nicht alle Personen, die in einer schuldenbedingten Notlage sind, haben einen offenen Zugang zur Schuldnerberatung.

Was tun?

- *Unabhängige, flächendeckende und kostenfreie Verbraucher- und Schuldnerberatung mit ausreichend Personal sicherstellen*
- *Mehr öffentliche Mittel für Schuldnerberatungsstellen bereitstellen*
- *Präventionsmaßnahmen für jüngere Menschen hinreichend finanzieren*
- *Schuldner- und Budgetberatung für ältere Menschen einrichten*
- *Kommerzielle Schuldnerberatung verbieten*

Sofortmaßnahmen gegen die wachsende Armut

NRW ist das Bundesland, in dem in den vergangenen 10 Jahren die Armut am stärksten gestiegen ist: von 14 Prozent auf 18 Prozent seit 2006. Im Ruhrgebiet sind bereits zwischen 20 und 25 Prozent betroffen. Besonders betroffen sind Migrant*innen mit 33 Prozent, Alleinerziehende mit 42 Prozent und Erwerbslose mit 58 Prozent. Frauen sind aufgrund niedrigerer Löhne und weniger Erwerbsjahren weit häufiger arm als Männer. Während die Armutsquote bundesweit kürzlich leicht gesunken ist, steigt sie gegen den Trend in NRW weiter an.

Wir wollen nicht länger nur darüber reden, sondern die Armut wirksam aufhalten. Den Betroffenen muss schnell geholfen werden:

Was tun?

- *Mehr Geld: Aus NRW im Bund für höhere Sozialleistungen und Renten sorgen*
- *Mehr Bildung: Jedem Kind persönliche Förderung in einer Schule für alle im gebundenen Ganztage*
- *Mehr Hilfe vor Ort: Investitionsprogramm für Jugendhilfe und Sozialarbeit*
- *Mehr Arbeit: Sofortprogramm für ein soziales öffentlich getragenes Beschäftigungsprogramm mit tariflich bezahlten Arbeitsplätzen und Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose*

Reichtum gerecht besteuern, um Armut zu überwinden

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. In NRW ist neben der Armut auch das Vermögen der Superreichen gestiegen. 124 der 500 reichsten Deutschen leben in NRW. Zusammen besaßen sie 2015 ein geschätztes Vermögen von 145,1 Milliarden Euro und jeder einzelne von ihnen ein Anlagevermögen von mindestens 250 Millionen Euro. Seit Jahren fordern Sozialverbände und Gewerkschaften, dass große Vermögen gerecht besteuert werden müssen. Aus NRW wollen wir Druck auf die Bundesebene machen, damit das endlich geschieht.

Gerecht umsteuern heißt vor allem, eine höhere Besteuerung der Einkommen oberhalb der Millionengrenze und großer Erbschaften, eine Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, der Geringverdienenden, die Abschaffung der Abgeltungssteuer für Kapitalerträge und eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. NRW und seine Kommunen würden von den Steuereinnahmen sofort profitieren. Wir könnten sowohl die persönliche Armut beseitigen als auch die kommunalen Haushalte entschulden und sie für ihre sozialen Aufgaben wieder handlungsfähig machen.

Was tun?

- *Bundesratsinitiative für eine gerechte Steuerreform*
- *Landesweiter Sozialpass mit einem Sozialticket für Bus und Bahn für 15 Euro*

3. Gemeinsam für ein gutes Leben – Solidarität mit den Geflüchteten

„Wir schaffen das“, dieser Satz von Angela Merkel hat die Debatte um die Flüchtlingsfrage polarisiert. DIE LINKE ist der Meinung, dass es tatsächlich machbar wäre, eine Million Geflüchtete oder noch mehr Menschen zu versorgen und ihnen eine Perspektive zu bieten – ohne dass sich die sozialen Verhältnisse für die arbeitende und erwerbslose Bevölkerung verschlechtern würden.

Die Bundesregierung hat ihrem „Wir schaffen das“ allerdings keine entsprechenden Taten folgen lassen. Angesichts der Zuwanderung hätten die öffentlichen Investitionen ausgeweitet werden müssen. Es hätten Programme zum Bau von Wohnungen, Schulen und Kitas, zur Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen in Gang gesetzt werden müssen.

Die öffentliche Infrastruktur ist seit Jahrzehnten unterfinanziert, die Kommunen sind gerade in NRW in die Pleite gespart worden. In vielen Städten fehlten schon Tausende Wohnungen, bevor die Zahl der Geflüchteten anstieg.

Statt über „Obergrenzen“ für Geflüchtete zu diskutieren, muss über Obergrenzen für den Reichtum geredet werden. Eine Umverteilung von den Besitzenden und Konzernen zu den Kommunen wäre nötig, um das Leben für alle Menschen zu verbessern.

Stattdessen setzt die Bundesregierung ihre Politik der knappen Kassen fort. In der Folge wohnen zehntausende Geflüchtete unter unwürdigen Bedingungen in Turnhallen und anderen Provisorien. Schulen und Vereine können die Hallen nicht nutzen. Es wurden nur wenige neue Arbeitsplätze geschaffen. Um Härte gegenüber Geflüchteten zu demonstrieren, wurde auch anerkannten Geflüchteten das Recht auf freie Wahl des Wohnortes aberkannt – mit der Folge, dass diese in Regionen geschickt werden, in denen es sehr wenige Arbeitsplätze gibt.

Diese Politik der CDU-CSU-SPD-Regierung auf Bundesebene und der Regierung Kraft in NRW hat Ängste geschürt. Wer die Lebensbedingungen für die Geflüchteten verschlechtert und öffentliche Investitionen einfriert, der rollt für die Rechtspopulist*innen den Teppich aus.

Noch immer ist die Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den Geflüchteten groß. Ohne die ehrenamtliche Arbeit der Willkommensinitiativen und privaten Helfer*innen wäre die Lage weit problematischer. Sie haben teilweise Arbeiten geleistet, die eigentlich von Bund, Ländern und Kommunen hätten übernommen werden müssen.

DIE LINKE bedankt sich bei diesen Helfer*innen und beteiligt sich an ihren Aktivitäten. DIE LINKE setzt sich für eine Kurswende ein: Wir lehnen die schon beschlossenen und alle weiteren Einschränkungen des Asylrechts und die Beschneidung der Rechte von Geflüchteten ab.

Wir wenden uns gegen die leere Rhetorik der etablierten Parteien, die behaupten, „Wir schaffen das“, aber sich weigern, die notwendigen öffentlichen Investitionen bereitzustellen, um die soziale Infrastruktur fit zu machen. Die Zuwanderung von einer Million Menschen oder mehr würde keine Probleme verursachen, wenn endlich umfassend öffentliche Investitionen in Wohnungsbau, Bildung, Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen fließen würden. Wir setzen uns für ein dementsprechendes Investitionsprogramm des Landes NRW ein.

DIE LINKE will das „Lager der Solidarität“ stärken. Kleine Kurskorrekturen innerhalb des neoliberalen Kapitalismus reichen nicht. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel. Nur eine „Revolution der Gerechtigkeit“ kann verhindern, dass Millionen Menschen im Alter in Armut leben und Millionen Kinder in Armut aufwachsen. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, in welche Richtung sich diese Gesellschaft bewegt. Sie steht an einem Scheideweg: zwischen rechter Hetze und neoliberaler Konkurrenz auf der einen Seite, Demokratie, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit auf der anderen Seite.

Was tun?

- *Klare „Willkommens“-Position gegenüber den Zufluchtsuchenden – gegen „Obergrenzen“ und Asylrechtsverschärfungen*
- *Stopp sämtlicher Abschiebungen, Bleiberecht für alle Menschen, die es in die Bundesrepublik geschafft haben*
- *Das Asylrecht muss vollständig wiederhergestellt werden*
- *Keine schmutzigen Deals wie mit dem Erdoğan-Regime zur Abschottung Europas*
- *Keine Kürzungen zu Lasten der Masse der Bevölkerung, weg mit der „Schwarzen Null“, der Schuldenbremse und dem als „Stärkungspakt“ schön geredeten Kürzungsdiktat*
- *Eine vollständige Übernahme der Kosten für Unterkunft und Integration der Zufluchtsuchenden – finanziert vom Bund durch höhere Steuern auf Reichtum und Gewinne der Banken und Konzerne*
- *Keine Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen, Zeltدörfern, Leichtbauhallen und anderen Notunterkünften, gutes Wohnen auch für Geflüchtete*
- *Erhalt bzw. Wiederherstellung des Rechts auf freie Wahl des Wohnortes*
- *Eine konsequente Friedenspolitik, Stopp sämtlicher Waffenexporte und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für eine Bekämpfung der Ursachen der Flucht*

4. Gesundheit: Gute Versorgung im ganzen Land sichern

„Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“ – Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Wer kennt das nicht? Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband. Brillen, Zahnspangen und Medikamente kosten richtig viel Geld. Schon an den Zähnen der Kinder kann man sehen, ob sie aus einer Familie mit gutem Einkommen stammen oder in Armut leben müssen. Die SPD hat versprochen, keine Zwei-Klassen-Medizin zuzulassen. Tatsächlich ist die Drei-Klassen-Medizin Wirklichkeit. Komfortable Privatversicherungen und Kliniken für die Reichen und eine Grundversorgung für die Normalverdiener*in. Die dritte Klasse wird oft übersehen. Das sind die Armen, die nicht mehr zur Ärzt*in gehen, weil sie sonst den Minijob verlieren, die nicht zur Vorsorge gehen und sich krank sein gar nicht leisten können. 200.000 Menschen in NRW sind sogar ohne Krankenversicherung. Hinzu kommen all diejenigen, die sich ohne Papiere hier aufhalten. Armut macht krank und Krankheit macht arm. Fast alle Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene haben zu einer Verlagerung der Kosten auf Versicherte und Kranke geführt, haben Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen durchgesetzt mit der Folge von Über-, Unter- und Fehlversorgung und Vernichtung der im Konkurrenzkampf unterlegenen Einrichtungen. Diesen Kreislauf wollen wir mit einer besseren Gesundheitsversorgung nah am Menschen durchbrechen. NRW soll sich im Bundesrat stark machen für eine sozial gerechte Gesundheitspolitik.

Was tun?

- *Beamtinnen und Beamte, Selbständige und Abgeordnete zahlen in diese Krankenversicherung entsprechend ihres Einkommens Beiträge*
- *Alle Selbst- und Zuzahlungen wie zum Beispiel für Brillen, Medikamente, Zahngesundheit, Krankenhaus- und Reha-Aufenthalte wieder abschaffen*
- *Die defizitäre finanzielle sowie personelle Ausstattung der Gesundheitsämter beenden und kommunale Angebote erweitern*

Das Gesundheitswesen in NRW demokratisch und transparent machen

Für NRW wollen wir eine Gesundheitspolitik, die politische Verantwortung und demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung verbindet. Wir wollen dafür sorgen, dass krank machende Lebens- und Umweltbedingungen beseitigt werden. Eine umfassende Gesundheitsberichterstattung soll helfen, regionale und geschlechtsspezifische Gesundheitsziele in einem Landesgesundheitsplan zu entwickeln und umzusetzen. Die Gesundheitspolitik und die Planung des Landes mit den Kommunen soll dafür sorgen, dass die Menschen wohnortnah erhalten, was sie brauchen. Das Land NRW sollte sich dieser Verantwortung stellen.

Was tun?

- *Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand organisieren*
- *Einen Landesgesundheitsplan mit konkret überprüfbaren Zielen aufstellen*
- *Umfassende und barrierefreie Gesundheitsversorgung für alle Menschen bereitstellen*
- *Für die Versicherten kostenfreie Präventions- und Rehabilitationsangebote*
- *Anti-Korruptionsbeauftragte im Gesundheitswesen einsetzen*

Gesunde Krankenhausplanung und -finanzierung

Nordrhein-Westfalen hat mit 352 Krankenhäusern die meisten in Deutschland und sie gehören bundesweit zu denen, die am schlechtesten durch die Landesregierung finanziert werden. Nach Berechnungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft liegt der Investitionsstau der Krankenhäuser in NRW bei rund 15 Milliarden Euro. Und circa ein Drittel der Krankenhäuser macht Verluste. Dies weist auf eine bereits jahrzehntelange Unterfinanzierung hin – zu Lasten der Patient*innen ebenso wie der Beschäftigten. Um weiterhin die notwendigen Investitionen zu finanzieren, handelt man nach dem Motto: Baustellen werden durch Personalstellen finanziert. Von den insgesamt 264.000 Beschäftigten in den Kliniken in NRW ist dabei insbesondere die Pflege durch Personalabbau, Arbeitsstress und Arbeitsverdichtung betroffen. Die Ausgliederung von Personal aus den Krankenhaus-Unternehmen in sogenannte Servicegesellschaften trifft vor allem die Bereiche außerhalb der ärztlichen und pflegerischen Versorgung. Beabsichtigt ist damit in erster Linie Tariffucht, um so die Kosten zu senken. Ebenfalls hat die prekäre finanzielle Situation Auswirkungen auf die Qualität der Versorgung. Patient*innen, die mit ihren Betten auf dem Gang liegen müssen, sind dabei noch die harmloseren Folgen dieser Entwicklung. Eine wachsende Zahl von Hygienemängeln und ein eklatanter Anstieg krankenhausbedingter Infektionen enden häufig insbesondere für ältere Menschen tödlich.

War es bis 2007 noch so, dass im Landesparlament darüber entschieden wurde, wie viel Geld welches Krankenhaus für welche Investition bekam, schaffte die CDU/FDP-Landesregierung die bedarfsorientierte Finanzierung einzelner Förderanträge ab. Mit der Einführung einer kompletten Pauschalfinanzierung sollten alle Krankenhäuser etwas für ihre Investitionen erhalten. Hinzu kam noch, dass die Kommunen und Kreise mit einer Erhöhung ihres Anteils an der Krankenhaushilfe von 20 Prozent auf 40 Prozent erheblich stärker belastet wurden. Im Parlament wird jetzt nur noch über die Höhe der gesamten Fördersummen für alle Krankenhäuser entschieden, aber nicht mehr darüber, wie sie verteilt und wofür sie ausgegeben werden sollen. Damit hat sich das Landesparlament in der Krankenhausplanung und -finanzierung selbst entmachtet. Die schwarz-gelbe Regierung wollte so Verteilungsgerechtigkeit herstellen, da zuvor längst nicht alle Förderanträge bewilligt wurden. Jetzt ist es zwar so, dass alle etwas erhalten, ob sie einen Förderbedarf haben oder nicht, aber auf jeden Fall ist es für alle erforderlichen Investitionen deutlich zu wenig. So stehen seitdem für alle Krankenhäuser in NRW nur ca. 500 Millionen Euro zur Verfügung. Die Krankenhausgesellschaft NRW geht hingegen von einem jährlichen Bedarf von mindestens 1,3 Milliarden Euro für dringend erforderliche bauliche Maßnahmen sowie für die sachliche Ausstattung der Krankenhäuser in NRW aus.

SPD und Grüne versäumen es seitdem, daran etwas zu ändern. Seit Jahren vernachlässigt das Land seine Pflicht zur Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser. Wir brauchen für NRW dringend eine solide und demokratisch legitimierte Krankenhausplanung, die wieder in vollem Umfang im Parlament entschieden wird und sich am Versorgungsbedarf der Bevölkerung orientiert. Deshalb sollten Kommunen, Beschäftigte und Patient*innenvertretungen daran beteiligt werden. Wir wollen kommunale Krankenhäuser auch dann erhalten, wenn sie sich vermeintlich nicht rechnen. Denn die Menschen brauchen eine gute, zuverlässige wohnortnahe Versorgung.

DIE LINKE NRW fordert ein gesetzliches Personalbemessungsgesetz, um den Personalnotstand zu bekämpfen und die notwendigen mehr als 40.000 fehlenden Pflegekräfte in NRW einzustellen. Wir brauchen verbindliche Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für die vielen Patient*innen benötigt werden. In deutschen Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand – es fehlen mehr als 150.000 Pflegekräfte. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patient*innen in kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: fehlende Zuwendung, mangelnde Hygiene bis hin zu mehr Unfällen.

Was tun?

- *Krankenhausplanung durch den Landtag, orientiert an Bedarf und Wohnortnähe*
- *Ausreichende Vorhaltekapazitäten für Notfälle wie Epidemien, Seuchen, Großunfälle*
- *Schärfere Auflagen bei Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch das Gesundheitsamt*
- *Regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern*
- *Krankenhausfinanzierung des Landes auf mindestens 1,3 Milliarden Euro jährlich erhöhen*
- *Wiedereinführung der antragsbezogenen Einzelförderung statt Baupauschalen*
- *Rückführung des Anteils der Kommunen für die Krankenhausfinanzierung auf 20 Prozent*
- *Anwendung des gültigen Tarifvertrages für alle in einem Krankenhaus Tätigen*
- *Verbindliche gesetzliche Regelungen für ausreichend Personal im Krankenhaus*
- *Erhalt kommunaler und frei-gemeinnütziger Krankenhäuser statt weiterer profitorientierter privater Klinikketten*
- *Rückführung privater Krankenhäuser in die öffentliche Hand*
- *Ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor) zurück in die öffentlichen Kliniken*

Die Bevölkerung in allen Regionen gut versorgen

Wer auf dem Land lebt, kann die Unterversorgung sehen: Es gibt immer weniger Arztpraxen und Apotheken. Eine medizinische Grundversorgung nah am Wohnort ist vielerorts nicht mehr vorhanden. Das wollen wir ändern.

Dazu können Modelle aus anderen Bundesländern genutzt werden wie beispielsweise das Docomobil, bei dem Ärzt*innen in Kleinbussen unterwegs sind oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte, die Hausbesuche machen (VERAH). Ein öffentlich gefördertes Fachkräfte-Programm (AGnES) kann durch Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Ärzt*innen entlasten. Apotheker*innen können niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsberatung und Prävention übernehmen.

Was tun?

- *Mobile Arztpraxen und vernetzte Filialpraxen*
- *Bessere Kooperation zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen*
- *Hausarztunterstützung*
- *Einsatz von speziell geschulten Fachkräften*
- *Barrierefreie Shuttle-Services zu Arztpraxen*
- *Wohnortnahe Apothekenversorgung*

Selbstorganisation und Patient*innenrechte stärken

Neben dem Ausbau des klassischen öffentlichen Gesundheitsdienstes setzen wir uns für die Stärkung der Selbstorganisation chronisch erkrankter Menschen und die Unterstützung ihrer Organisationen ein. Auch die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Patient*innen müssen weiter gestärkt werden. Wir wenden uns gegen die noch immer vorhandene Ausgrenzung von Erkrankten (wie z. B. im Bereich HIV/AIDS) und wollen eine Landespolitik, die Vorurteile abbaut und nicht schürt.

Was tun?

- *Bessere Förderung unabhängiger gemeinnütziger Organisationen wie der Krebs- und der AIDS-Hilfen*
- *Unabhängige Beratungsstellen für Frauen, Migrant*innen und LGBTTI*
- *Finanzielle und strukturelle Stärkung der Selbsthilfe im Gesundheitswesen*
- *Demokratische und finanzielle Stärkung des Landespatientenbeauftragten*
- *Aufbau und gute Ausstattung einer unabhängigen Patient*innenberatung in NRW*

Psychische Erkrankungen besser behandeln

Bei immer mehr Erkrankungen handelt es sich um psychische oder psychosomatische Krankheiten, bedingt oder mitbedingt durch Stress, Mobbing, Arbeitsverdichtung und Erwerbslosigkeit. In NRW fehlen hierfür vielerorts psychologische und psychotherapeutische Hilfen.

Die Einführung von Fallpauschalen in psychiatrischen Kliniken und psychiatrischen Abteilungen von Krankenhäusern geht in eine völlig falsche Richtung. Sie würde die Psychiatrien, und damit einen wichtigen Teil des therapeutischen Angebots, drastisch schlechter machen. Durch breiten Widerstand aller beteiligten Berufs- und Selbsthilfegruppen konnte die Einführung des PEPP (Pauschalierendes Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik) vorerst verhindert werden. Wir wollen die Psychiatrien hingegen im Sinne der Patient*innen weiter verbessern. Ein gutes ambulantes Angebot von gemeindepsychiatrischen Einrichtungen wie zum Beispiel Tagesstätten und Kontaktstellen, möglichst in öffentlicher Trägerschaft, hilft Rückfälle und Krankenhausaufenthalte zu vermeiden und stabilisiert die Erkrankten. Eine verbindliche und gute Personalausstattung ist im psychiatrischen Bereich besonders wichtig. Psychiatrie am Fließband vernachlässigt den therapeutischen Ansatz und kann die persönliche Lage der Patient*innen oft nicht berücksichtigen.

Was tun?

- *Bessere psychiatrische und psychotherapeutische Versorgungsstruktur*
- *Ein unabhängiges psychosoziales Beratungssystem auf kommunaler Ebene*
- *Die Aufhebung des Sonderplanungsbereichs Ruhrgebiet (Benachteiligung)*
- *Eine Neuordnung der psychotherapeutischen Versorgungsbezirke*
- *Erhalt und Ausbau ambulanter Einrichtungen der Gemeindepsychiatrie für alle Lebensalter, möglichst in öffentlicher Trägerschaft*

Gutes Leben und Gesundheit für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien haben erhöhte Gesundheitsrisiken. Sie leben oft in Stadtteilen mit höherer Lärmbelastung und stärkerer Umweltverschmutzung. Folgen sind beispielsweise Häufungen von Atemwegserkrankungen, Allergien, frühkindlichen Entwicklungsstörungen, psychosomatischen Erkrankungen mit Kopf- und Bauchschmerzen. Kinder- und Jugendgesundheit für alle zu fördern, ist eine öffentliche Aufgabe. Kinder mit chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung, um ihr Recht auf Bildung, Freizeit und Kultur wahrzunehmen. Wir wollen ihre Familien mit Schul- und Kita-Gesundheitsdiensten („Schulkrankenschwestern“) besser entlasten.

Was tun?

- *Breitenwirksame Programme für Bewegung und gesunde Ernährung*
- *Landesfinanziertes gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen*
- *Angebot von Lebensmitteln aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalem Anbau in Kitas und Schulen sowie in anderen öffentlichen Einrichtungen, die Verpflegung anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVs)*
- *Angebot von täglich mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü in allen öffentlichen Einrichtungen*
- *Mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention*
- *Flächendeckende Therapieangebote für suchtmittelkonsumierende Kinder und Jugendliche*
- *Strukturelle Verzahnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe*
- *Aufbau eines Schul- und Kita-Gesundheitsdiensts, in dem Fachkräfte chronisch kranke Kita- und Schulkinder unterstützen und Präventionsangebote machen*

Pflege ist wertvoll. Sie muss entsprechend finanziert werden

Pflege ist als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge Aufgabe der Gesellschaft. Wir wollen eine Politik, die gerecht und solidarisch ist und eine menschenwürdige Pflege gewährleistet. Das bisherige Teilkasko-Prinzip in der Pflegeversicherung bedeutet überwiegend körperbezogene „Pflege“ im Akkord. Persönliche und soziale Bedürfnisse bleiben auf der Strecke. In stationären Einrichtungen haben Betroffene kaum Möglichkeiten, sich gegen Fehlverhalten und schlechte Bedingungen zu wehren. Es gibt lediglich ein Anhörungs- und Beschwerderecht. Menschen mit Pflegebedarf sollten ohne finanzielle Nöte entscheiden können, ob sie von Angehörigen oder von Fachkräften pflegerisch versorgt werden. Wir wollen eine bessere Unterstützung und Absicherung für pflegende Angehörige.

Was tun?

- *Keine Unterstützung für die Einführung einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft für Pflegekräfte*
- *Bundesratsinitiative aus NRW: Umfassende Pflegefinanzierung sichern*
- *Weiterer Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf*
- *Mehr Mitsprache der Betroffenen bei ihrer Unterkunft und Verpflegung*
- *Mehr Pflegekräfte ausbilden und einstellen*
- *Bessere Arbeitsbedingungen durch Verordnung über bessere Bezahlung und Fachkraftquoten*
- *Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe durch bessere Bezahlung sowie gesetzlich geregelte, ausreichende Personalbemessung*
- *Verbesserung der Ausbildungsbedingungen: Auszubildende in Pflegeberufen müssen freigestellt und dürfen nicht auf Stellenpläne angerechnet werden*

Auch am Lebensende gut versorgt und aufgehoben

Viele Menschen sorgen sich, dass sie am Lebensende oder bei einer schweren Krankheit mit Leid und Schmerz allein gelassen werden oder ihren Angehörigen eine Last sind. Dabei steht fest: Palliativmedizin und gute pflegerische Versorgung am Lebensende können vielen auch diese letzte Zeit noch lebenswert machen. Hier stehen Lebenszufriedenheit und Leidensminderung im Mittelpunkt. In NRW hat sich in den vergangenen Jahren eine immer bessere Versorgung mit Hospizen, Palliativstationen und ambulanter Palliativversorgung entwickelt. Diese wollen wir weiter fördern und ausbauen. Die Betroffenen und ihre Angehörigen wollen wir besser über die vorhandenen Möglichkeiten informieren.

Was tun?

- *Hospize und ambulante palliative Versorgung flächendeckend ausbauen*
- *Förderung der Begleitung von Angehörigen Schwerstkranker und Sterbender*

5. Kinderarmut: Soforthilfe für Familien organisieren

„Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft schützen sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Sie achten und sichern ihre Rechte, tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge und fördern sie nach ihren Anlagen und Fähigkeiten.“
– Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, Artikel 6

Der wachsenden Kinderarmut den Nährboden entziehen

Die Kinderarmut in NRW nimmt zu. Mit fast 450.000 unter 15-Jährigen lebt landesweit fast jedes fünfte Kind in NRW in einem Hartz-IV-Haushalt, in Teilen des Ruhrgebiets ist es sogar jedes dritte. Betroffen sind zunehmend Kinder aus Familien mit zu geringem Erwerbseinkommen. Kinder mit Migrationshintergrund sind häufiger, geflüchtete Kinder fast immer von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Zu 47 Prozent von Armut betroffen sind Alleinerziehende und ihre Kinder.

Was tun?

- *Auf Bundesebene die Hartz-IV-Regelsätze auch für Kinder auf ein bedarfsgerechtes Niveau anheben, um das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) überflüssig zu machen*
- *Kindergeld auf 300 Euro erhöhen, keine Anrechnung auf Hartz IV*
- *Keine Sanktionen für unter 25-Jährige im Hartz-IV-Bezug*

Familienfreundliche Arbeit für Eltern und gute Ganztagsbildung für Kinder

Nicht nur Kinder leiden unter Armut, sondern die gesamte Familie. Für uns haben alle Menschen das Recht auf ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihrer Herkunft. Kindern zu helfen, bedeutet in erster Linie, dass der ganzen Familie geholfen wird.

Damit es Familien besser geht, brauchen beide Eltern sichere Einkommen und die Kinder bessere Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote in guten Kitas und Ganztagschulen. Bislang haben es vor allem Mütter schwer auf dem Arbeitsmarkt. In NRW ist nur gut die Hälfte der Frauen berufstätig, darunter die meisten in Teilzeit oder Minijobs. In der Mehrheit der Familien muss der Vater zu lang arbeiten, während die Mutter mit wenigen Stunden das Familieneinkommen ergänzt. Fällt das Haupteinkommen durch Arbeitsplatzverlust weg, ist die Familie schnell von Armut bedroht.

Was tun?

- *Unterstützung der Erwerbsarbeit von Eltern mit einer Arbeitsplatzoffensive*
- *Kürzere Vollzeitarbeit und familienfreundliche Arbeitsbedingungen*
- *Dauerhaftes Wiedereinstiegsprogramm in den Beruf für Mütter, Väter und vor allem Alleinerziehende*
- *Teilzeitausbildungsplätze mit Kinderbetreuung*
- *Ausreichende kostenfreie Ganztagsangebote für Kinder in Kitas und Schulen*

Landesweites Vor-Ort-Programm gegen Kinderarmut

Ein Skandal ist die regional hohe Konzentration von (Kinder-)Armut, die sich vor allem in (Groß-)Städten im Ruhrgebiet und im Rheinland zeigt. Aber auch die Großstädte selbst spalten sich immer stärker in wohlhabende und abgehängte Stadtteile auf, in denen die Risiken des Aufwachsens für Kinder hoch sind. Die Armut und Benachteiligung vieler Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien dort wirksam zu bekämpfen, ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Und: Armut bekämpft man tatsächlich am besten mit Geld. In der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Landes liegen aber Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Landesregierung propagiert zwar prestigeträchtig „Kein Kind zurücklassen“, richtet dafür aber nur in wenigen Kommunen eine Koordinationsstelle für Prävention ein. Kinderarmut wie Rot-Grün nur mit Prävention, aber ohne Intervention zu bekämpfen, ist unwirksam.

Wir schlagen ein landesweites Konzept vor, um Kinder und Familien besonders in benachteiligten Stadtteilen direkt vor Ort zu unterstützen. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist, die Städte und Gemeinden finanziell so zu unterstützen, dass die marode Infrastruktur wieder aufgebaut werden kann. Für kaputte Spielplätze, Jugendzentren und Sportplätze, Büchereien und Schwimmbäder muss wieder Geld in die Hand genommen werden.

Bei der Neugestaltung von Freizeitangeboten sollen Kinder und Jugendliche in die Planung und Gestaltung einbezogen werden.

Was tun?

- *Landesförderung für bestehende und Schaffung neuer selbstverwalteter Kinder- und Jugendtreffs*
- *Betreute Abenteuer- und Naturspielplätze für jedes Wetter*
- *Förderung der mobilen Spielbetreuung im öffentlichen Raum (Spielemobil)*
- *Freiflächen zur Verfügung stellen, zum Beispiel durch Förderung öffentlicher Bolzplätze, Graffitiflächen, Skater- und Streetball-Anlagen*
- *Beratungsstellen für Familien, Kinder und Jugendliche, vor allem in benachteiligten Wohnvierteln*

Kinder- und Jugendhilfe schneller und besser machen

Während die sozialen Probleme vieler Menschen wachsen, stellen Land und Kommunen immer weniger Geld für Hilfen zur Verfügung. Diese Negativspirale wollen wir schnell durchbrechen. Familien mit großen Problemen dürfen nicht vom Jugendamt alleine gelassen werden. Wir brauchen Streetworker-Arbeit gegen Jugendgewalt und flächendeckende Sozialarbeit in guten Ganztagschulen, Familien- und Jugendzentren. Bestehende Projekte dürfen nicht länger gekürzt, sondern sollten gefördert und besser ausgestattet werden.

Wir setzen uns für ein Förderprogramm ein, das Projekte und Strukturen der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe langfristig sichert. Vor allem wollen wir die Kommunen so ausstatten, dass die Jugendhilfe vor Ort langfristig finanziell gesichert und verbessert werden kann.

Die Partizipation als Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe wollen wir stärken. Betroffene müssen an allen sie betreffenden Entscheidungen vor Ort und auf Landesebene gehört und beteiligt werden. Dazu sollen auch Schüler*innenräte in Schulen gestärkt, kommunale Kinder- und Jugendräte gefördert und insbesondere niedrigschwellige Projekte wie das „Projekt Mitwirkung“ unterstützt werden.

Was tun?

- *Den Kinder- und Jugendförderplan bedarfsorientiert aufstocken*
- *Kommunen zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben besser finanzieren*
- *Stärkung der kommunalen Jugendämter als Anwalt der Kinder und Jugendlichen*
- *Stellen der Sozial- und Erziehungsberufe ausbauen und gerecht bezahlen*
- *Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit stärken, befristete Projekte nur für den Anschlag neuer Themen nutzen*
- *Keine Privatisierung, sondern gemeinnützige Träger in der Kinder- und Jugendhilfe*
- *Landesheimrat zur Mitbestimmung in stationären Einrichtungen*
- *Ausbau und Förderung unabhängiger ombudsschaftlicher Beratungs- und Beschwerdestellen in der Kinder- und Jugendhilfe*

Ausbau der wohnortnahen Kinder- und Jugendpsychiatrie

Der Kinder- und Jugendpsychiatrie fehlt es wie der Jugendhilfe an allen Ecken und Enden. Auch hier benötigen wir in NRW ein Sofortprogramm, um bedarfsgerechte Kapazitäten zu finanzieren. Wichtig ist die Arbeit nach dem Prinzip: ambulant vor teilstationär vor stationär. So kann die Kinder- und Jugendpsychiatrie näher an die Menschen kommen und Familien helfen, Probleme dauerhaft zu lösen. Wir wollen nicht länger zusehen, wie 8Jährige aus der überfüllten Kinderarztpraxis mit Medikamenten wie Ritalin entlassen werden, damit sie in der Schule besser funktionieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Eltern und Kinder mit Fachleuten Ursachen für Verhaltensprobleme erforschen können und gemeinsam einen therapeutischen Lösungsweg finden.

Was tun?

- *Kinder- und jugendpsychiatrische Angebote wohnortnah ohne langes Warten*
- *Verzahnung der Angebote mit der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe*
- *Dauerhafte Finanzierung und bedarfsgerechte Personalausstattung*

6. Rente: Soziale Sicherheit im Alter garantieren

Wer freut sich nicht darüber? Immer mehr Menschen sind nach dem Erwerbsleben immer länger gesund und aktiv. Wirklich darauf eingestellt hat sich unsere Gesellschaft aber noch nicht. Denn ältere Menschen haben eigene Bedürfnisse und wollen selbst über ihr Leben entscheiden. Großeltern sind nicht der Ersatz für fehlende Kitaplätze. Einen 450-Euro-Job machen zu müssen, weil die Rente nicht zum Leben reicht, hat mit Selbstbestimmung so wenig zu tun wie Flaschensammeln mit Freizeitsport. Und ältere Menschen wollen auch dann mobil unterwegs sein können, wenn sie die 100 Meter nicht mehr unter 10 Sekunden laufen. Sie brauchen eine Infrastruktur ohne Barrieren. Auch beim Wohnungsbau müssen die Bedürfnisse der Älteren stärker als bisher berücksichtigt werden.

Und auch, wenn das Ende des Lebens da ist, wollen sie selbst entscheiden können, wo und wie sie sterben. Im Umgang mit alten Menschen gehen Würde und Respekt in der kapitalistischen Welt des Profits schnell verloren. In der LINKEN arbeiten Junge und Alte gemeinsam daran, dass die Senior*innen in unserem Land selbstbestimmt und sozial gut abgesichert das Leben genießen können.

Was tun?

- *Wohnungsbauprogramme, die auf ältere Menschen abgestimmt sind*
- *Mehrgenerationenhäuser fördern und bauen*
- *Fußwege barrierefrei und Radwege auch für unsichere Fahrer*innen gestalten*
- *Haltestellen barrierefrei mit Dächern und Sitzgelegenheiten (um-)bauen*

Besonders wichtig ist es uns, etwas gegen die zunehmende Altersarmut zu unternehmen. Bundesweit liegt nach dem Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2015 die Armutsquote der Rentner*innen mit 15,6 Prozent erstmals in diesem Jahrtausend wieder über dem Durchschnitt der Bevölkerung. Und in NRW sind heute etwa 148.000 Menschen auf die Grundsicherung im Alter angewiesen.

Für sichere Jobs bis zum Rentenalter

Der beste Schutz vor Altersarmut ist eine gute und gut bezahlte Arbeit bis zum wohlverdienten Ruhestand. Doch die Realität sieht für immer mehr Menschen anders aus. Dass 50 Prozent der Betriebe keine Arbeitnehmer*innen über 50 Jahren beschäftigen und dass von den Erwerbsfähigen über 55 nur 40 Prozent einen Arbeitsplatz haben, ist beschämend. Über alters- und alternsgerechte Arbeit sind vor Jahren viele schöne Worte gemacht worden, denen jedoch keine nennenswerten Taten folgten.

So gelten Erwerbslose von 55 Jahren, die noch mehr als 10 Jahre oder mehr bis zur Rente haben, bei der Bundesagentur für Arbeit bereits als faktisch nicht mehr vermittelbar. Daran wollen wir dringend etwas ändern.

In den Betrieben versuchen die Gewerkschaften, Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge durchzusetzen, die älteren Beschäftigten den Zugang zu innerbetrieblicher Qualifizierung sichern, und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass sie länger am Arbeitsplatz gesund bleiben und es mit Altersteilzeit bis zur Rente schaffen können. Solche Regelungen verdienen die Unterstützung der Landesregierung.

Was tun?

- *Kostenlose Qualifizierung und Weiterbildung für Menschen ab 50*
- *Förderung der Wieder- und Weiterbeschäftigung von älteren Beschäftigten*
- *Ältere Erwerbslose bei Einstellungen im öffentlichen Dienst berücksichtigen*

Die Rente muss zum Leben reichen

Über die Grundlagen der Rentenpolitik wird im Bund entschieden. Doch Altersarmut und die Sorge, dass die Rente nicht zum Leben reichen wird, nehmen besonders in NRW zu. Besonders betroffen sind neben Erwerbslosen auch Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeiter*innen und Beschäftigte mit niedrigem Einkommen. Am häufigsten ist das der Fall bei Alleinerziehenden, Migrant*innen und Frauen.

Doch auch die NRW-Landesregierung steht in der Verantwortung. Sie muss durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik vor Ort die Ursachen zukünftiger Niedrigrenten bekämpfen und sich mit Initiativen im Bund für die Interessen der heutigen NRW-Rentner*innen einsetzen. Der Druck auf die Bundesregierung für einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik muss erhöht werden.

CDU, SPD, FDP und Grüne sind gemeinsam verantwortlich dafür, dass nun gleich mehrere Faktoren zur Altersarmut führen: Sie haben 2000 das Rentenniveau von damals 53 Prozent abgesenkt, die Rente erst ab 67 eingeführt und mit ihrer Niedriglohnpolitik für zu geringe Einzahlungen gesorgt. Die AfD würde den neoliberalen Kurs, welcher diese Probleme geschaffen hat, weiter verfolgen und sogar verschärfen. Und der gesetzliche Mindestlohn, den die große Koalition nicht zuletzt auf Druck der Gewerkschaften und der LINKEN eingeführt hat, ist für eine armutsfeste Rente viel zu niedrig.

Wir setzen uns ein für eine Umverteilung der Arbeit, vor allem durch Verkürzung der Arbeitszeit. Das betrifft nicht nur die Wochenstunden, sondern auch die Lebensarbeitszeit. Perspektivisch streben wir die 30-Stunden-Woche und die Rente ab 60 nach 40 Beitragsjahren an. Kurzfristig ist die Rücknahme der Rente erst ab 67 und mindestens die Rückkehr zum abschlagsfreien Renteneintritt ab 65 Jahren wichtig.

Gerade für NRW ist die damit entstandene soziale Schieflage eine so große Belastung, dass wir dringend für Kurskorrekturen sorgen müssen.

Was tun?

- *Die gesetzliche Rente muss wieder ab 65 Jahren den Lebensstandard sichern*
- *Die Rente erst ab 67 Jahren abschaffen*
- *Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen und die Zurechnungszeit auf 65 Jahre verlängern*
- *Als Ziel die abschlagsfreie Rente ab 60 Jahren nach 40 Beitragsjahren ansteuern*
- *Rücknahme der Rentenkürzungen und Rückkehr zu einem Rentenniveau von 53 Prozent*
- *Einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro netto als Zuschlag aus Steuermitteln einführen*

Eine sichere Rente ohne Armutsrisiko ist bezahlbar. Dafür dürften Menschen mit sehr hohem Einkommen von der Versicherung nicht länger ausgenommen werden und Beamt*innen und Selbstständige nicht länger außen vor bleiben. Arbeitgeber*innen müssten wieder die Hälfte

der Beiträge zur Alterssicherung zahlen und die steuerliche Förderung der Riester-Rente muss abgeschafft werden.

Die Fachleute sind sich mit uns einig. Eine solide Rentenversicherung benötigt keine Riester-Rente, dafür aber Beiträge auf alle Erwerbseinkommen.

Was tun?

- *Alle Erwerbstätigen, auch Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Beamt*innen, Selbständige und Freiberufler*innen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen*
- *Perspektivisch keine Obergrenze mehr bei der Heranziehung von Einkommen*
- *Arbeitgeber*innen zahlen wieder die Hälfte der Beiträge der Alterssicherung*
- *Keine Steuerförderung der Riester-Rente mehr*
- *Freiwillige Umwandlung der Riester-Ansprüche in eine höhere gesetzliche Rente*
- *Rentenbeiträge auf 21 Prozent anheben*

Für die Anhebung des Rentenniveaus von 47,9 auf 53 Prozent müssten Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen von zurzeit 3022 Euro im Monat – wie die Arbeitgeber*innen auch – einen um 33 Euro höheren Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Im Gegenzug fielen für die Beschäftigten die 108 Euro Riester-Rentenbeitrag weg, die ohne steuerliche Zulagen den für Riester-Renten geforderten 4 Prozent vom Bruttoeinkommen entsprechen. Durchschnittlich verdienende Beschäftigte hätten also durch die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung derzeit 75 Euro netto mehr in der Tasche. Die Rente einer heutigen Standardrentner*in würde sich um knapp 130 Euro netto erhöhen! Das heißt: Beschäftigte und Rentner*innen würden gewinnen, die Arbeitgeber*innen würden wieder die Hälfte der Kosten der Alterssicherung tragen und die Versicherungen müssten auf die Gewinne aus den Riesterverträgen verzichten.

Umverteilung zugunsten von Jungen, Mittelalten und Alten – das ist stark!

III. Die Wirtschaft ist für die Menschen da

In NRW ist in den vergangenen Jahren nicht nur die Armut gewachsen, sondern auch der Reichtum von wenigen Superreichen wie den Besitzer*innen von ALDI oder der Familie Grillo (mehr dazu in Kapitel II, ab Seite 9). Die Armut der Vielen und der Reichtum der Wenigen sind im Kapitalismus zwei Seiten derselben Medaille. Wenn die Unternehmen die Menschen für Niedriglöhne arbeiten lassen, bleiben die Menschen arm, obwohl die Eigentümer*innen große Profite machen. Eben diese Entwicklung hat NRW besonders getroffen. Vor allem Frauen arbeiten noch immer für deutlich weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen.

Ein Fünftel der Beschäftigten in NRW arbeitet heute im Niedriglohnbereich. Steuergeschenke an die Superreichen haben gleichzeitig die öffentlichen Kassen geleert. Das Wirtschaftswachstum stagniert in NRW, da den Menschen die Kaufkraft fehlt und die Kommunen nicht investieren können.

Für uns bedeutet gute Wirtschaftspolitik, sich auf die Seite der großen Mehrheit zu stellen und auf eine Wirtschaft hinzuarbeiten, die den Menschen nutzt und die Umwelt schont.

Wir setzen uns für die Umverteilung des riesigen Reichtums in unserer Gesellschaft und eine echte Demokratisierung der Wirtschaft ein. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Der von den Arbeitenden produzierte Reichtum würde es problemlos erlauben, eine würdige Existenz für alle hier lebenden Menschen zu gewährleisten. Gemeinschaftsgüter könnten allen Menschen frei zugänglich gemacht werden – von guten Bildungsmöglichkeiten, guter Gesundheitsversorgung und Pflege für alle bis zum kostenfreien Nahverkehr. Der Raubbau an der Umwelt und der Zwang zu unbegrenztem Wirtschaftswachstum könnten beendet, die natürlichen Ressourcen geschont werden.

Dies setzt voraus, dass der neoliberale Einfluss auf die Politik gebrochen wird.

Die Bertelsmannstiftung in Gütersloh verbindet die große Marktmacht und Medienmacht des Bertelsmannkonzerns, eines der weltweit größten Medienunternehmen, mit einer politischen Beratungsmacht, die gesellschaftspolitisch eine weitreichende Wirkung entfaltet. Hier wird der gemeinwirtschaftliche Bereich, der dem Gemeinwohl dienen soll, profitwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Orientierung bieten neoliberale Heilslehren. Sachzwänge werden erklärt, Alternativen sind dann überflüssig und erscheinen nur noch als Querulantentum.

Unter anderem förderte die Bertelsmannstiftung wichtige Vorarbeiten für die „Agenda 2010“ und die sogenannten Hartz-Gesetze der rot-grünen Bundesregierung ebenso wie auch Hochschulreformen. Weitere Projekte in verschiedenen Feldern wie dem Gesundheitswesen und der Bildung bieten Chancen für die Kapitalverwertung. Viele Menschen bleiben dann allerdings außen vor. Immer mehr Güter und Dienstleistungen in bisher gemeinwirtschaftlichen Bereichen sollen privatisiert werden. Für Vorhaben der Bertelsmannstiftung bietet dann der Bertelsmannkonzern die Lösung an.

Für die Bertelsmannstiftung wird Gemeinnützigkeit in Anspruch genommen mit dem damit verbundenen Steuervorteil. Die steuerzahlenden Bürger*innen bezahlen die Konzepte, die ihnen ihre Mitwirkungsrechte in den gemeinwirtschaftlichen Bereichen wegnehmen. Das Kriterium dafür, dass einer Stiftung also auch der Bertelsmannstiftung Gemeinnützigkeit verliehen wird,

ist Selbstlosigkeit. Dieses Kriterium dürfte kaum erfüllt sein. Bisher wird nach den üblichen Kriterien die Gemeinnützigkeit der Bertelsmannstiftung von der Finanzverwaltung anerkannt. Das Steuerrecht und das Stiftungsrecht sind blind für die Machtverflechtungen großer Wirtschaftsunternehmen. Die „Bertelsmannrepublik Deutschland“ (so ein Buchtitel) braucht nicht auch noch ein Bertelsmann-Bundesland NRW.

Was tun?

- *Der Bertelsmannstiftung muss die Gemeinnützigkeit aberkannt werden, da das Kriterium der Selbstlosigkeit nicht erfüllt ist*
- *Eine Reform des Steuerrechts und des Stiftungsrechts ist überfällig; hierzu ist eine öffentliche Debatte zu führen*
- *Lobbyismus muss transparent gemacht werden*
- *Einer Privatisierung der Politik ist Einhalt zu gebieten*

Kapitalismus, Krieg und Umweltzerstörung sind nicht das Ende der Geschichte.

Eine andere Welt ist möglich. Und wir wollen hier und jetzt das Leben der Menschen verbessern. Viele unserer politischen Vorschläge weisen den Weg in eine alternative Gesellschaft. Schon heute arbeiten an vielen Stellen Menschen für eine solche bessere Gesellschaft. In Betrieben und Gewerkschaften, Hochschulen, Genossenschaften, Stadtteilgruppen und Vereinen. Wir wollen zusammen mit diesen Menschen einer solidarischen Wirtschaft und gerechten Arbeitswelt Schritt für Schritt näher kommen.

Was tun?

- *Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen*
- *Orientierung auf den Binnenmarkt nach sozialen und ökologischen Prinzipien*
- *Demokratische Kontrolle auch in der Wirtschaft*

1. Investieren: Mit der Millionärssteuer wieder handlungsfähig werden

Ein armer Staat kann wenig gegen die Armut von immer mehr Menschen unternehmen. Das gilt auch für NRW und seine hoch verschuldeten Kommunen. Wir haben ein Einnahmen- und kein Ausgabenproblem. Der Landeshaushalt und erst recht die kommunalen Haushalte sind für die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben nicht hinreichend ausgestattet. Die Ursache sind die ungeheuren Steuergeschenke an Multimillionär*innen, Konzerne und Banken von rund 70 Milliarden Euro pro Jahr. Zusätzlich gehen der öffentlichen Hand jedes Jahr geschätzt 100 Milliarden durch den organisierten Steuerdiebstahl und Steuerbetrug der Superreichen verloren.

Um die Einnahmesituation in NRW grundsätzlich zu verbessern, brauchen wir dringend eine andere Steuerpolitik des Bundes. DIE LINKE hat ein Steuerkonzept vorgelegt, das auf eine gerechte Besteuerung der Reichen und Vermögenden setzt und die Mittelschicht entlastet.

Würde ein solches Steuerkonzept umgesetzt, entfielen auf NRW rund 21 Milliarden Euro zusätzlicher Steuereinnahmen pro Jahr.

Wir werden im Landtag noch vor der Bundestagswahl im September 2017 eine Bundesratsinitiative für eine gerechte Steuerpolitik einbringen. 2017 kann das Wahljahr für eine Wende in der

Steuer- und Wirtschaftspolitik werden. Wir werden entschieden Druck für Verteilungsgerechtigkeit und damit auch für weniger Armut und für neue Arbeitsplätze machen.

Mehr Steuerprüfer*innen für höhere Einnahmen

Als Teil der Lösung des Einnahmeproblems wollen wir zusätzliche Steuerprüfer*innen einstellen. Fast 90 Prozent der Millionär*innen in NRW werden auch in diesem Jahr nicht kontrolliert werden. Auf jede*n Betriebsprüfer*in kommen in NRW derzeit 551 Betriebe. Auch muss NRW in zusätzliche Finanzgerichte investieren, um als Land handlungsfähig gegenüber Konzernen, Banken und den hochbezahlten Wirtschaftskanzleien zu werden, die aus Steuerhinterziehung ein Geschäftsmodell gemacht haben.

Investitionen in Arbeitsplätze statt unsoziale Schuldenbremse

Solange die öffentlichen Haushalte in NRW nicht entsprechend der öffentlichen Aufgaben finanziert sind, ist die Schuldenbremse in NRW weder gerecht noch nachhaltig. Wir lehnen die Schuldenbremse als Kürzungsdiktat und Folge der Milliardengeschenke an Konzerne und die Oberschicht entschieden ab. Die Menschen in NRW brauchen keine schwarze Null, sondern eine Landesregierung, welche die ausufernde Armut der Menschen und Kommunen anpackt und dafür Geld in die Hand nimmt.

Was tun?

- *Investieren! In Arbeitsplätze und moderne Infrastruktur*
- *Keine Kürzungen bei Bildung, sozialen Aufgaben, Kultur und Sport*
- *Haushalte durch gerechtere Steuerpolitik sanieren*

Investitionsstau auflösen, neue Arbeitsplätze schaffen

Wer sorgt sich nicht darum? Die Infrastruktur im Land verfällt. Brücken, Straßen, Schulen und öffentliche Gebäude werden nicht mehr instand gesetzt. Der Investitionsstau in der öffentlichen und sozialen Infrastruktur ist nicht nur eine schwere Hypothek für die kommenden Jahre. Es ist auch ein stiller Abbau der sozialen Rechte für breite Teile der Bevölkerung: All diejenigen Menschen in NRW, die auf öffentliche Kitas, Jugendzentren und Schwimmbäder, kulturelle Einrichtungen, Schulen oder Bus und Bahn angewiesen sind, zahlen die Zeche für leere öffentliche Kassen.

Ein wichtiger Schritt für die Überwindung der sozialen Spaltung in NRW ist ein mutiges Konjunktur- und Investitionsprogramm. So wollen wir die Infrastruktur des Landes erneuern, wichtige Nachfrageimpulse liefern und qualitatives Wirtschaftswachstum in NRW anregen. Wir unterstützen hierzu die Forderung der Gewerkschaften, bis zum Jahr 2020 mindestens 500.000 Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Vorrang hat die Instandsetzung und Instandhaltung vor dem Neubau von Leuchttürmen, Prestigeprojekten und Politiker*innendenkmälern. Öffentliche Bauprojekte, insbesondere Straßenbau, wollen wir nur durchführen, wenn sie ökologisch sinnvoll sind. Für NRW schlagen wir ein konkretes Investitionsprogramm vor, von dem alle profitieren können.

Was tun?

- *Kita- und Schulgebäude, Spiel- und Sportplätze sanieren und ausbauen*
- *Straßen und Wasserleitungen sanieren*
- *Öffentlichen Nahverkehr und Schienennetz sanieren und ausbauen*
- *Arbeitsplätze in Bauwirtschaft, Handwerk und bei Zulieferern schaffen*
- *Bildung und Gesundheitswesen mit neuen Stellen verbessern*
- *Neuansiedlungen von Betrieben durch bessere Infrastruktur*
- *Investitionsfonds zur Beseitigung von Flächenrestriktionen mit dem Ziel des verstärkten Flächenrecyclings*

Auf dem Weg zur 30-Stunden-Woche

Immer mehr Waren und Dienstleistungen können dank Informationstechnik und Automatisierung in immer kürzerer Zeit hergestellt werden. In einer Wirtschaftsordnung, die dem Allgemeinwohl dient, muss die Produktivitätssteigerung den Beschäftigten zugutekommen. Entweder die Löhne steigen, und damit die Nachfrage, oder die Beschäftigten können kürzer arbeiten und bekommen mehr Zeit für sich, ihre Nächsten, Kultur oder Politik. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung orientiert sich nicht am Allgemeinwohl. Die Steigerung der Produktivität wurde nur zur Profitmaximierung der Kapitaleigner*innen genutzt und führte deshalb zu Massenarbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen. Während tausende Menschen keinen Job mehr finden, arbeiten sich andere kaputt. Unsere Lösung für diese Situation ist die Umverteilung von Arbeit, von der alle Beschäftigten profitieren.

Insbesondere durch den rasanten Fortschritt in der Automatisierung (Industrie 4.0), der Vernetzung von Maschinen untereinander und der Verfügbarkeit aller benötigten Daten in der Cloud wird sich die Arbeitswelt verändern. Industrie 4.0 darf nicht zu einem neuen fehlgeschlagenen Strukturwandel führen.

Wir schlagen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich vor. Die Idee: Arbeit wird neu verteilt. Unser Ziel ist eine 30-Stunden-Woche für alle. Für Erwerbslose entstehen neue Perspektiven und Arbeitsmöglichkeiten, Beschäftigte in Vollzeit bekommen spürbar mehr freie Lebenszeit und niemand wird mehr zu Minijobs gezwungen. All dies ist jetzt schon umsetzbar: Wenn die Löhne entsprechend der Inflation steigen und die Arbeitszeit in gleichem Maße gesenkt wird wie die Produktivität ansteigt, wäre das ein gangbarer Weg. Der technologische Fortschritt kommt so nicht mehr nur den Besitzer*innen von Unternehmen zugute, sondern der gesamten Gesellschaft. NRW muss sich über den Bundesrat für eine bessere Verteilung der Arbeit stark machen.

Was tun?

- *Arbeit umverteilen durch gesetzliche Reduzierung der Wochenstunden*
- *Politische Initiative aus NRW zur Umverteilung von Arbeit und Gewinnen*
- *30-Stunden-Woche als Ziel einer sinnvollen Verteilung von Arbeit*
- *Um- und Weiterbildungsangebote ausbauen*
- *Bildungsurlaub auf regelmäßige Angebote ausweiten*
- *Infrastruktur an den Bedürfnissen lokal produzierender Betriebe ausrichten*
- *Zukünftige Anforderungen an die Infrastruktur frühzeitig mit einplanen*

2. Industrie: Arbeit sichern und ökologisch umbauen

Der Erhalt und der Ausbau der industriellen Kerne in NRW ist eine wichtige Aufgabe. Für uns gilt: Die bestehenden Arbeitsplätze dürfen nicht ersatzlos wegbrechen. Für die bereits vernichteten Arbeitsplätze in der Montanindustrie braucht es Neuansiedlungen, damit die Menschen in den betroffenen Regionen eine Zukunft haben. Die RAG Stiftung muss an den ehemaligen Steinkohleförderstandorten zur Bewältigung des Strukturwandels selbst investieren. Strukturwandel und die Kohlekonversion dürfen nicht allein der öffentlichen Hand aufgelastet werden. DIE LINKE NRW setzt sich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze an den ehemaligen Zechenstandorten durch deutlich mehr Investitionen von Unternehmen der RAG Stiftung ein. Die RAG Stiftung ist mit ihren verbundenen Unternehmen, zum Beispiel der Evonik AG, durchaus in der Lage, aus eigener Kraft mehr in erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien zu investieren. Handwerk und Kleinbetriebe bekommen so neue Geschäftsfelder. Es entstehen zusätzlich neue Arbeitsplätze.

Wir wollen neue Industriearbeitsplätze aufbauen, indem die viel zu niedrigen Innovationen und Investitionen in NRW erhöht werden. Unser industriepolitisches Ziel ist eine binnenwirtschaftliche Ausrichtung und sozialökologische Erneuerung der Wirtschafts- und Industriestrukturen mit kleineren Kreisläufen.

Das Land soll unter Einbeziehung der Gewerkschaften auf die humane Ausgestaltung des Fertigungskonzeptes „Industrie 4.0“ hinwirken. Industrie 4.0 darf nicht zu einem Einfallstor für den Abbau von Arbeitsplätzen, Mitarbeiter*innenüberwachung, Lohndumping, Dequalifizierung und Entgrenzung von Arbeit werden.

Arbeitsplätze erhalten durch Vergesellschaftung

In NRW werden qualifizierte Industriearbeitsplätze vernichtet und Betriebe geschlossen, weil Konzerne die Produktion an Standorte mit geringeren Kosten verlagern, weil Private-Equity-Fonds und Schattenbanken überhöhte Renditen verlangen.

Wo nur für den Profit von einigen wenigen gearbeitet wird, bleiben die Interessen der Beschäftigten und der Gesellschaft auf der Strecke. Der Abbau industrieller Arbeitsplätze hat ganze Regionen und Kommunen und damit viele Menschen in die Armut gedrückt.

Wir wollen die verbliebenen industriellen Kerne erhalten und ausbauen. Dies wird zu einer öffentlichen Aufgabe, wenn die privaten Besitzer*innen nicht willens oder nicht in der Lage sind, die Produktion fortzuführen. Wir setzen uns für die Vergesellschaftung dieser Betriebe unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und der betroffenen Kommunen und des Landes ein.

Die Landesverfassung fasst den Begriff der Vergesellschaftung weiter und sieht das öffentliche Eigentum nicht nur als Notmaßnahme gegen Betriebsschließungen, sondern als Instrument der Wirtschaftspolitik. Daran will DIE LINKE NRW anknüpfen. Wir wollen eine öffentliche und demokratisch organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten, Verbraucher*innen und der Umwelt verpflichtet ist anstatt den Aktionär*innen und ihren kurzfristigen Profitinteressen.

Wenn Produkte nicht mehr benötigt werden, nicht verkäuflich oder gar schädlich sind, ermöglicht das öffentliche Eigentum eine Umstellung der Produktion bei Sicherung der Arbeitsplätze und Erhalt der tariflichen Arbeitsbedingungen.

Was tun?

- *Schutzschirm für Arbeitsplätze: Vergesellschaftung von industriellen Betrieben, die von Schließung bedroht sind*
- *Demokratische Kontrolle der vergesellschafteten Betriebe durch die Belegschaft, Gewerkschaften und die Landes- bzw. kommunale Politik*
- *Wenn nötig: Umstellung der Produktion bei Erhalt der tariflichen Arbeitsbedingungen*
- *Artikel 27 der Landesverfassung umsetzen: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“*
- *Zum Schutz von Arbeitsplätzen setzen wir uns weiterhin für ein Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen ein, die nicht insolvenzgefährdet sind*

Der Schutz von Industriearbeitsplätzen durch eine Industriestiftung NRW

Wenn sich der Erhalt industrieller Produktion für ein Unternehmen nicht kurzfristig rechnet, sind die industriellen Kerne der Region bedroht, mit oft schwerwiegenden, langfristigen Folgen für die Menschen und Kommunen. Das Beispiel der Stahlindustrie im Saarland zeigt aber, dass der Erhalt industrieller Produktion über die kurzfristige betriebswirtschaftliche Logik hinweg sinnvoll ist – sowohl sozial als auch wirtschaftlich.

Als Modell einer LINKEN Industriepolitik für NRW soll das saarländische Erfolgsmodell zur Rettung der industriellen Produktion übernommen und zu einer Industriestiftung NRW weiterentwickelt werden. Wo Industrieproduktion in NRW bedroht ist, wollen wir eine Weiterführung der industriellen Produktion mit Landes- und Bundesmitteln prüfen. Ziel ist der Erhalt und Ausbau einer sozial und ökologisch sinnvollen Industrieproduktion in NRW in öffentlicher Hand.

Der Einsatz öffentlicher Gelder für den Erhalt von Industriearbeitsplätzen ist sinnvoll, wenn dieser nicht zur Absicherung privater Profite sondern dem Erhalt von Produktionsbetrieben dient. Wenn öffentliche Gelder fließen, muss dies zu öffentlichen Beteiligungen durch die Industriestiftung NRW und zur Schaffung von kollektivem Belegschaftseigentum führen.

Mit dem Industriefonds möchte DIE LINKE eine der wichtigsten Fragen unserer Gesellschaft neu stellen: Wem gehören die Unternehmen? Wo nur für den Profit von einigen wenigen gearbeitet wird, bleiben die Interessen der Beschäftigten und der Gesellschaft auf der Strecke. Eine demokratisch organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten und der Umwelt verpflichtet ist anstatt den Aktionär*innen, wäre ein Einstieg in diese spannende Frage. Wie wollen wir leben, wie wollen wir produzieren, wie kann Demokratie in der Wirtschaft umgesetzt werden?

Wir möchten modellhaft zeigen, dass Alternativen zum Privateigentum erfolgreich sein können: Vergesellschaftung ist möglich und sinnvoll. Wir befinden uns dabei im Einklang mit der Landesverfassung. Dort heißt es in Artikel 27: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“

An den demokratischen Entscheidungsprozessen des Industriefonds sollen die Landespolitik, betroffene Kommunalparlamente, die Belegschaften, Gewerkschaften, Betroffenenverbände und Bewohner*innen betroffener Stadtteile beteiligt werden. Die Mitbestimmungsrechte von vielfältigen politischen Akteur*innen können dazu beitragen, die Akzeptanz für eine demokratisch gesteuerte Industriepolitik zu erhöhen. Wir möchten eine demokratische, nicht-privatwirtschaftliche Produktion als politisches Ziel in NRW populär machen.

Wir setzen und für die Bildung einer Industriefondierung NRW in konkreten Schritten ein.

Was tun?

- *Kapital aufbringen durch NRW-Bank, Sparkassen, bisherige Eigentümer*innen, EU-Mittel, später Gewinnausschüttungen der Tochterunternehmen der Stiftung (Beteiligungen)*
- *Umwandlung von Kapitalzuwächsen in dauerhaftes kollektives Belegschaftseigentum mit entsprechenden Mitbestimmungsrechten*
- *Zeitliche Befristung der Stiftungsbeteiligungen an Unternehmen und Auswertung der Erfahrungen*
- *Belegschaftsvertreter*innen im Stiftungskuratorium*
- *Verbindliche Vereinbarungen über Zahl und Qualität der Arbeitsplätze mit den Gewerkschaften*
- *Weitgehende Demokratisierung durch Einbindung der Belegschaft, von Umwelt- und Verbraucherverbänden sowie der Kommunen*
- *Zum Schutz von Arbeitsplätzen setzen wir uns weiterhin für ein Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen ein, die nicht insolvenzgefährdet sind*

Zukunftsfonds für Industrieinnovationen

Ein wichtiges Hindernis für den Aufbau neuer Arbeitsplätze ist die niedrige Investitionsquote in der Industrie, die in NRW im Vergleich mit anderen Bundesländern gering ausfällt. Wir machen uns stark für die Einrichtung eines Zukunftsfonds für Industrieinnovationen.

Das ist ein Einstieg in eine demokratisch organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten und der Umwelt verpflichtet ist, nicht den Aktionär*innen.

Was tun?

- *Überkapazitäten in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche übertragen*
- *Sozial-ökologischen Umbau mit Gründungen und Startups voranbringen*
- *Unterstützung nur bei Unternehmen mit öffentlicher oder kollektiver Belegschaftsbeteiligung*

3. Forschung: Mehr Zeit und Geld in sinnvolle Entwicklungen stecken

In NRW investieren kleine und mittlere Unternehmen im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich weniger in Forschung und Entwicklung. Wir wollen diese Unternehmen gezielt fördern, damit hier neue Arbeitsplätze entstehen können. Damit fest verbunden soll die Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten sein. Wichtig für die Ansiedlung neuer Branchen ist, dass das Land sich besser um Forschung und Entwicklung kümmert und hierfür auch mehr Geld investiert.

Wir setzen uns für eine öffentliche und unabhängige Forschungs- und Entwicklungspolitik an den Hochschulen in NRW ein. Dies würde die Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen, und damit die direkte Auftragsforschung, reduzieren. Wir wollen weder Forschung noch Produktion privaten Unternehmen überlassen.

Was tun?

- *Durch öffentliche Förderung erworbene Forschungsergebnisse NRW-Unternehmen zugänglich machen, wenn diese dafür die öffentlichen und kollektiven Belegschaftsbeteiligungen erhöhen*
- *Sozialpolitisch und ökologisch sinnvolle Forschung und Entwicklung fördern*
- *Öffentliche Unternehmen (z. B. Recycling, Logistik, Gesundheit) berücksichtigen*
- *Rüstungsforschung an Hochschulen verbieten*

Kriterien für Wirtschaftsförderung

Wir wollen, dass in NRW keine Wirtschaftsförderung mehr als Gefälligkeit an Unternehmen geleistet wird. Auch die reine Hoffnung, die Förderung könnte sich vielleicht für die Menschen auszahlen, kann uns nach vielen Enttäuschungen im Land nicht reichen. Wirtschaftsförderung muss dem Allgemeinwohl verpflichtet sein.

Wir wollen im Landtag klare Bedingungen beschließen für den Erhalt von Landesmitteln oder Landesbürgschaften. Die wichtigsten Ziele für uns sind die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Tarifbindung, Mindestlöhne und Mitbestimmung im Betrieb.

Was tun?

- *Benachteiligte Gruppen wie ältere Beschäftigte und Erwerbslose berücksichtigen*
- *Ausbildung ist Pflicht, Chancen und Perspektiven für die Jugend*
- *Städte und Regionen, die besonders von Armut betroffen sind, besonders fördern*
- *Ökologisch sinnvolle Wachstumsfelder fördern, zum Beispiel Recycling oder Wärmedämmung*

4. Mitbestimmung: Die Wirtschaft demokratisieren

Es ist gefährlich für die Gesellschaft, wenn die wirtschaftliche Macht von Konzernen so groß wird, dass sie nicht mehr zu kontrollieren ist. Heute haben wir es zu tun mit Lobbyist*innen, die Gesetzesvorlagen schreiben, großen Konzernspenden an Parteien und Geheimverhandlungen für Handelsabkommen, die von Konzernen gelesen werden dürfen aber nicht von gewählten Abgeordneten. Wo wirtschaftliche Macht zu groß wird, erdrückt sie die Demokratie und setzt die Interessen der Reichsten umso rücksichtsloser gegen die Interessen der Mehrheit durch.

Wir finden, auch die Wirtschaftspolitik braucht dringend mehr Demokratie. Wir wollen das Mitbestimmungsgesetz für Kapitalunternehmen verbessern, indem die Rechte der Beschäftigten erweitert werden.

Was tun?

- *Einführung eines sanktionsbewehrten Lobbyist*innen-Registers für NRW*
- *Bundesratsinitiative: Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in Aufsichtsräten zugunsten der Beschäftigten*
- *Bundesratsinitiative: Verschärfungen des Kartell- und des Unternehmensstrafrechts*

5. Infrastruktur: Den öffentlichen Ausverkauf aufhalten

Alle öffentlichen Dienstleistungen, mit denen sich Profite erwirtschaften lassen könnten, sind von Privatisierung bedroht unter dem Motto: „Private sind besser, billiger und bürgernäher“. Die Erfahrungen haben aber schmerzlich gezeigt, dass dies reine Propaganda ist und in Wirklichkeit das Gegenteil erreicht wird. Denken wir nur an den öffentlichen Verkehr. Privatisierungen führen zu Personalabbau, Ausdünnung des Angebots und meist auch zu höheren Preisen.

Das Land NRW hat die Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge immer weiter heruntergefahren. Dadurch ist ein riesiger Investitionsstau entstanden. In Krankenhäusern wird nach wie vor in Baustrukturen des 19. Jahrhunderts gearbeitet. In Schulen bröckelt der Putz von der Decke. Brücken und Straßen sind teilweise nicht mehr nutzbar. Das kostet uns am Ende viel mehr, als die regelmäßige Instandhaltung und Sanierung. DIE LINKE NRW lehnt die weitere Privatisierung öffentlicher Infrastruktur strikt ab. Bei der Übertragung der unter der Verwaltung des Landes NRW stehenden Fernstraßen in eine bundeseigene Infrastrukturgesellschaft muss sichergestellt werden, dass bei Bau und Unterhalt der entsprechenden Straßen private Investoren ausgeschlossen werden. Projekte sogenannter öffentlich-privater Partnerschaften erweisen sich als grundsätzlich teurer als öffentlich finanzierte. Der Bundesrechnungshof weist immer wieder auf diesen Sachverhalt hin.

Öffentliches Eigentum ist eine Frage der Demokratie

Gegen Privatisierungen und für Rekommunalisierung haben sich in NRW vor Ort und auf Landesebene viele Menschen zusammengetan. Beschäftigte und Gewerkschaften, Sozialverbände und Verbraucherschützer*innen sind seit Jahren gegen den Ausverkauf der Daseinsvorsorge im Einsatz.

Wir sind auch vor Ort mit den Bürger*innen aktiv und haben in den vergangenen Jahren in vielen Städten Bürger*innenbegehren unterstützt. Die demokratische Kontrolle über die Bereiche der Daseinsvorsorge muss endlich ausgebaut werden. Die Hürden für Bürger*innenentscheide sind in NRW und den Kommunen leider sehr hoch. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie ein, für verbindliche Volksentscheide und niedrigere Hürden für Bürger*innenbegehren (siehe Kapitel VII, Seite 112).

Verkäufe stoppen und rückgängig machen

Neben dem direkten Verkauf von öffentlichem Eigentum gibt es Öffentlich-Private Partnerschaftsmodelle, genannt PPP (public private partnership). Auch hier werden öffentliche Aufgaben Privatinvestoren überlassen, mit dem „Kompetenzzentrum Infrastruktur“ und deren „PPP Task Force“ sollen Privatisierungen im Land vorangetrieben werden.

Weil diese Politik genau in die falsche Richtung geht, wollen wir sie schnell beenden.

Was tun?

- *Keine Privatisierungen mehr, Schließung der „PPP Task Force“ des Landes*
- *Unterstützung der Kommunen bei der Rückabwicklung von Privatisierungen vor allem auch bei der Wohnungs-, Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft*

Sparkassen sollen für alle da sein

DIE LINKE steht für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihrer kommunalen Einbindung und der Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung. Die Niedrigzinsphase, der Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung und die Digitalisierung stellen die Sparkassen vor besondere Herausforderungen, gegen deren Risiken auf landespolitischer Ebene eine Absicherung erfolgen muss. An dem bewährten System regionaler Verankerung und gesellschaftspolitischer Verantwortung wollen wir festhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sparkassen in der Fläche erhalten bleiben und allen Menschen zur Verfügung stehen.

Was tun?

- *Gebührenfreie Kontoführung zur Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen*
- *Senkung der Zinsen für Dispokredite*
- *Basiskonto für Geflüchtete und Wohnungslose*
- *Erhalt der Filialen und Geldautomaten in der Fläche*
- *Begrenzung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern*
- *Transparenz über Spenden und Sponsoring*

6. Kommunen: Mehr Geld für die maroden Städte bereitstellen

Kindergärten, Krankenhäuser, Schulen, Stadtbibliotheken, Theater, Grünflächen, Öffentlicher Nahverkehr oder Straßen – das alles und noch viel mehr wird über die kommunale Selbstverwaltung in den Kommunen gestaltet – oder eben nicht gestaltet; vor allem weil die Kommunen seit Jahren systematisch unterfinanziert sind.

Die Kommunen in NRW haben Ende 2015 einen Schuldenberg von 62 Milliarden Euro – davon 26,4 Milliarden Kassenkredite – aufgehäuft. In vielen Kommunen in NRW geht gar nichts mehr: Kommunale Infrastruktur wird vernachlässigt oder gar bewusst aufgegeben, weil das Geld fehlt.

Auch die Sozialpolitik folgt unter den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen der Kassenlage: Während auf der einen Seite notwendige Angebote, Projekte und Einrichtungen wie Jugendzentren, öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken etc. dicht gemacht, Schulen nicht mehr saniert oder Spielplätze wegen Sanierungsbedarf abgesperrt werden, steigen auf der anderen Seite Abgaben und Gebühren wie zum Beispiel die Grundsteuer, Kitagebühren, Müllabfuhr, Straßenreinigung, aber auch Eintrittsgelder für Museen, Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen.

Darunter leiden ganz besonders die Armen und auch normalverdienende Menschen. Denn nicht jede*r kann sich den Luxus einer privaten Bibliothek oder eines Swimmingpools erlauben. Nicht jede Familie kann wegfallende Angebote der Jugendzentren aus eigener Tasche bezahlen.

Deshalb sagen wir: Nur Reiche können sich arme Städte leisten. Wir streiten für lebenswerte Städte mit einem vielfältigen sozialen und kulturellen Angebot, in denen alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Die kommunale Finanznot hat vielfältige Ursachen, doch der deutlich überwiegende Teil der kommunalen Schulden geht auf Entscheidungen im Bund und im Land zurück. Dabei haben die Kommunen bei der Gesetzgebung des Bundes keinerlei Beratungs- oder Einspruchsrechte. Die Kommunen erhalten zu wenig Mittel, dafür aber immer mehr Aufgaben. Beim schleppenden

Kita-Ausbau und den Verschlechterungen für die Kommunen, die Kinder und die Beschäftigten durch das Landesgesetz KiBiz ist diese Problematik deutlich spürbar.

Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Landes wurde von früher 28 Prozent nach und nach auf nur noch 23 Prozent reduziert. Das bedeutet für die Kommunen allein im Jahr 2017 einen Verlust in Höhe von circa 2,5 Milliarden Euro.

Für uns ist es eine zentrale Aufgabe, im Landtag von NRW mit dafür zu sorgen, dass die Kreise, Städte und Gemeinden für ihre Aufgaben genügend Mittel erhalten. Hierzu ist eine deutliche Neuordnung der kommunalen Finanzierung dringend erforderlich, zum Beispiel durch eine deutliche Umverteilung von Steuermitteln zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Ein zentraler Punkt der Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden ist, dass diese für Leistungen wie ALG II, besser bekannt als Hartz IV, Grundsicherung (besonders auch Grundsicherung aufgrund von Altersarmut), Sozialhilfe und die sogenannten Aufstocker*innen- beziehungsweise Ergänzer*innen-Leistungen für gering Verdienende aufkommen müssen. Darunter leiden alle Kommunen, jedoch besonders diejenigen mit einem hohen Armutsanteil unter den Bewohner*innen, die hierdurch auch in besonderem Maße benachteiligt werden.

Grundsätzlich kämpft DIE LINKE für eine Abschaffung von Hartz IV und Co. zugunsten menschenwürdiger Sozialleistungen. DIE LINKE will bis dahin, dass die Kosten für diese Leistungen nicht mehr von jeder Kommune einzeln aufgebracht werden müssen. Das Land und der Bund sollen innerhalb der nächsten Legislaturperiode diese Kosten zur Entlastung der Städte und Gemeinden übernehmen, kurzfristig ist für einen finanziellen und für einen Interessenausgleich zwischen Städten und Gemeinden mit hohen, mittleren und niedrigen Kosten in diesem Bereich zu sorgen.

Was tun?

- *Den kommunalen Steueranteil von 23 Prozent wieder auf 28 Prozent erhöhen*
- *Einsatz für Mitwirkungsrechte der Kommunen bei sie betreffenden Entscheidungen des Bundes*
- *Mehr kommunale Ausgaben als Pflichtaufgaben anerkennen*
- *Einhaltung des Konnexitätsprinzips (das heißt Bund und Land sollen für zusätzliche Aufgaben entsprechend zahlen)*
- *Mittelfristige Übernahme der Kosten für Sozialleistungen durch das Land und den Bund*

Die Kommunen entschulden und handlungsfähig machen

Der sogenannte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist ein vergiftetes Geschenk für die betroffenen Kommunen. Anstatt die Einnahmen der Kommunen dauerhaft zu erhöhen, werden die beteiligten Kommunen zu drastischen Kürzungsmaßnahmen gezwungen.

Die verbindlichen Kürzungsaufgaben führen zu Zwangsbewirtschaftung und bedeuten für die betroffenen Kommunen die Abschaffung der Selbstverwaltung. Dadurch sind zentrale kulturelle und soziale Dienstleistungen vor Ort vom Rotstift bedroht. Dabei wären Zukunftsinvestitionen in den Kommunen bitter nötig, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und öffentliche Nachfrage zu schaffen. Wir wollen einen echten finanziellen Rettungsschirm für die Kommunen. Dazu gehört auch eine Bundesratsinitiative zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer, in der wirklich alle unternehmerisch Tätigen – Kapitalgesellschaften, Selbstständige wie Ärzt*innen und Anwalt*innen, aber auch freie Berufe bei hinreichenden Freibeträgen für prekär Selbstständige – einzahlen.

Was tun?

- *Sogenannten Stärkungspakt zurücknehmen*
- *Entschuldungsfonds für die Übernahme der Altschulden der Kommunen*
- *Bundesratsinitiative: Gerechte Gemeindefinanzierung statt Gewerbesteuer*

Städte und Regionen für alle

Die Regionen Nordrhein-Westfalens sehen sich vielfältigen und unterschiedlichen Problemen gegenüber: Während die meisten Städte des Ruhrgebiets in der Vergangenheit über viele Jahre hinweg einen Bevölkerungsschwund zu verzeichnen hatten, wächst die Bevölkerung in anderen Städten, beispielsweise im südlichen Rheinland. Die soziale Lage ländlicher Regionen unterscheidet sich von derjenigen in den Großstädten. Es kann also keine einheitlichen Entwicklungsstrategien für alle nordrhein-westfälischen Städte, Gemeinden, Kreise und Regionen geben.

Wir brauchen regional angepasste Förderprogramme und Strategien. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen und eine nachhaltige Raumentwicklung. Regionale Kooperationen wollen wir stärken, denn in vielen Fällen lassen sich die kommunalen Aufgaben nicht in den Grenzen einer Stadt oder eines Kreises, Regionalrates oder Landschaftsverbandes bewältigen. Strukturen von Politik und Verwaltung gilt es entsprechend anzupassen.

Am Verkehrsverbund Rhein-Ruhr kann man sehen, dass hier großer Handlungsbedarf besteht. Weder die Fahrpläne, noch die Spurbreiten der Straßenbahnen passen hier zusammen. Im ländlichen Raum dagegen – oft nur wenige Kilometer außerhalb der Großstädte – gibt es fast überhaupt keine öffentlichen Verkehrsangebote mehr.

Im Sinne der Menschen in NRW ist es an der Zeit, kommunale Standortkonkurrenzen zu überwinden und zusammenzuarbeiten. Nur so kann NRW sozialer und umweltfreundlicher werden.

Was tun?

- *Bessere Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Umland und Regionen*
- *Stärkung von Landschafts- und Regionalverbänden und Direktwahl der Mitglieder der Verbandsversammlung, wie im Regionalverband Ruhr (RVR) ab 2020 vorgesehen*
- *Überprüfung der Strukturen und Demokratisierung der mittleren Verwaltungsebene (Bezirksregierungen)*
- *Starke sozial vernünftige Landesplanung statt kommunaler Konkurrenz*
- *Besondere Förderung strukturschwacher Regionen*
- *Beteiligung des RVR am Gemeindefinanzausgleich*

DIE LINKE NRW steht für solidarische Städte in Nordrhein-Westfalen

Die soziale Spaltung zieht sich unübersehbar auch durch die Stadtgesellschaft. Menschen mit geringem Einkommen, Erwerbslose und Eingewanderte leben in bestimmten Stadtteilen, die zunehmend von Armut und Zerfall der Infrastruktur geprägt sind. Sie können ein Leben in anderen Vierteln nicht bezahlen.

Demgegenüber zieht es diejenigen mit besseren Einkommen zunehmend in die Gegenden, wo die Mieten für die ärmere Bevölkerung unbezahlbar sind. Es findet immer weniger soziale Durchmischung statt. Die Unterschiede etwa zwischen den Grundschulen der verschiedenen Stadtteile sind unübersehbar. Zugleich fallen in den ohnehin schon benachteiligten Stadtteilen immer mehr

öffentliche Angebote – wie Jugendzentren, Stadtteilbibliotheken und Schwimmbäder – dem Rotstift zum Opfer.

Was tun?

- *Vom Land geförderte Stadtplanung und sozialer Wohnungsbau für sozial vielfältige Stadtteile*
- *Langfristige und nachhaltige Förderung benachteiligter Stadtteile durch Land, Bund und EU*
- *Damit sich auch ärmere Städte Stadtentwicklung und sozial ausgerichtete Projekte leisten können, dürfen die kommunalen Eigenanteile zu EU- und anderen Fördermitteln nicht auf Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung angerechnet werden*

Soziale und nachhaltige Politik braucht öffentlichen Grund und Boden

Das Privateigentum an Grund und Boden ist eines der zentralen Hindernisse für eine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land. Den Mechanismen des privaten Bodenmarktes können die Kommunen nur in begrenztem Umfang entgegenwirken. Es fehlen ihnen häufig die finanziellen und rechtlichen Mittel.

Wir brauchen endlich eine tatsächlich „dem Wohl der Allgemeinheit dienende, sozial gerechte Bodenordnung“, wie sie das Baugesetzbuch fordert. Eine plangerechte Nutzung von Baugrundstücken soll gefördert und der sparsame Umgang mit dem Boden erleichtert werden. So würde die Zersiedlung der Landschaft gebremst. Wichtig ist, dass Bund und Land den Gemeinden bei der Finanzierung helfen. Dazu benötigen wir eine engagierte Initiative aus NRW auf Bundesebene.

Was tun?

- *Reform der Bodenbesteuerung: Spekulantentum verhindern*
- *Preisbegrenztes Vorkaufsrecht der Kommunen bei Neuerschließungen*
- *Stärkere Bau- und Nutzungsgebote auch aus sozialen Gründen*
- *Für den Wohnungsbau geeignete Grundstücke in öffentlichem Eigentum dürfen nicht veräußert werden, sondern sind für kommunalen Wohnungsbau zu nutzen*
- *Die Handlungsspielräume der Kommunen gegenüber Vermieter*innen sogenannter „Schrottimmobilien“ deutlich ausbauen: bis hin zur erleichterten Enteignung*

Den Bedürfnissen der Menschen bei Bestattungen gerecht werden

Die zunehmende Zahl an Sozial- und Ordnungsamtsbestattungen ist alarmierend. Es muss sichergestellt werden, dass jeder Mensch einen würdigen Abschied erhält.

Friedhöfe sind auch Orte des Andenkens und der Ruhe. Um sie dementsprechend zu gestalten, brauchen wir eine gute Friedhofspflege. Der Naturraum Friedhof besitzt zudem gerade in Großstädten oft einen unverzichtbaren Wert für die klimatischen Verhältnisse. Dies muss nachhaltig sichergestellt werden.

Was tun?

- *Jedem Menschen eine persönliche Grabstätte ermöglichen*
- *Flächendeckend alternative Bestattungsformen wie Friedwälder möglich machen und den Friedhofszwang bei Urnen abschaffen*

Bundesstadt Bonn

Mit der Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin sind tausende von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, aus der Region Bonn nach Berlin verlagert worden. Die dafür erfolgten Ausgleichsleistungen waren gut angelegt; sie trugen dazu bei, einen Abstieg der Region zu verhindern. Nun ist seit Jahren zu beobachten, dass auch die verbliebenen 50 Prozent der Arbeitsplätze Stück für Stück nach Berlin abwandern. Das Land NRW muss daher an der Seite der Betroffenen stehen und Garant dafür sein, dass der im Gang befindliche Umzug sozialverträglich, sowohl für die direkt Betroffenen als auch für die Region, erfolgt. Dafür sind weitere Ausgleichszahlungen erforderlich.

7. Wohnen: Öffentlich bauen und Mieten bezahlbar machen

Während einige Groß- und Mittelstädte wachsen, gilt für viele Regionen: Wir werden weniger, älter und ethnisch bunter. Der nordrhein-westfälische Wohnungsmarkt ist sehr divers, wir brauchen für alle lokalen Märkte eine entschlossene solidarische Wohnungspolitik.

Die größte Gefahr für Bewohner*innen, für Mieter*innen in benachteiligten Lagen ebenso wie für kleine Hauseigentümer*innen, ist ein „Stadtumbau Wild-West“, der aufgrund mangelhafter Wohnungspolitik hier zu Wohnungsknappheit und steigenden Mieten, dort zu einer planlosen Entleerung bestimmter Stadtgebiete und überall zu Abrissen erhaltenswerter Gebäudesubstanz führt, die für ihre Bewohner*innen und das städtische Gefüge wichtig ist.

Nicht nur in den Wachstumsmärkten brauchen Mieter*innen bezahlbare Wohnungen als Korrektiv zu aktuellen Mietsteigerungen. Mieter*innen müssen vor Luxusmodernisierungen und unverhältnismäßig teuren energetischen Modernisierungen geschützt werden. Hier setzen wir uns für Neubau, Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit und das konsequente Nutzen von Verordnungsmöglichkeiten ein.

Gleichzeitig muss Vermietern ein Riegel vorgeschoben werden, die ihre Häuser völlig herunterkommen lassen und unter anderem EU-Zuwanderer*innen ausnutzen. Die Wohnungsaufsicht muss weiter ausgebaut und Pflichtaufgabe für die Kommunen werden.

In beiden Fällen gilt, dass die Mieter*innenbeteiligung ausgebaut werden muss; Mieter*innen müssen kollektive Mieter*innenschutzrechte erhalten. Bewohner*innen müssen in Planungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die ihr Quartier / ihre Siedlung betreffen, beteiligt werden.

Was tun?

- *Bezahlbaren Wohnraum schaffen → Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit*
- *Stärkung der kommunalen Wohnungsaufsicht*
- *Stadtumbaukonzepte fördern, die die Menschen beteiligen und die Gesamtbeteiligung berücksichtigen*
- *Gemeinnützigkeit für Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften wieder einführen*

Keine privaten Profite mit der Miete

Mit der Privatisierung von tausenden Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft LEG bis 2010 hat die Landesregierung einen grundlegenden Lebensbereich zum Spekulationsobjekt gemacht.

Viele Mieter*innen müssen immer mehr für ihre Wohnung zahlen. In Städten wie Köln, Düsseldorf, Bonn oder Münster sind die Mieten in wenigen Jahren um satte 30 Prozent gestiegen. Aber auch in ehemals entspannten Wohnungsmärkten wie dem Ruhrgebiet steigen die Mieten in den vergangenen Jahren wieder an. Die „Mietpreisbremse“ allein wird hieran nichts ändern – erst recht nicht in ihrer bisherigen unzureichenden Form. Eine echte Mietpreisbremse bei Neuvermietungen müsste bundesweit und flächendeckend eingeführt werden und die Vermieter*innen verpflichten, beim Abschluss des Mietvertrags nachprüfbar die Miete des Vormieters oder der Vormieterin zu nennen, mögliche Modernisierungskosten detailliert anzugeben und zu viel verlangte Miete zurückzuzahlen. Überdies müssten Mieten, die mehr als 20 Prozent über der Vergleichsmiete liegen, grundsätzlich als Ordnungswidrigkeit geahndet und mit einem Bußgeld belegt werden. Schließlich sind die Ausnahmetatbestände der Mietpreisbremse bei Neubauten und Erstvermietung nach umfassender Modernisierung kritisch zu hinterfragen.

Die Mietpreisexplosion hat mehrere Ursachen: Die Bestandsmieten steigen, vor allem durch „Aufwertung“ mittels Modernisierung. Große Bestände von Wohnungen im Besitz der öffentlichen Hand wurden privatisiert und an Finanzinvestoren verkauft. Es werden zu wenige öffentlich geförderte Wohnungen gebaut, die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung sinkt.

Für Mieter*innen ist Wohnen eine Notwendigkeit, für die Eigentümer*innen und Banken eine Ware.

Krise des sozialen Wohnungsbaus

Jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung als neue dazu kommen. Von ehemals 844.000 Sozialwohnungen in NRW im Jahr 2002 waren Ende 2014 nur noch 489.000 sozial gebunden.

Weder freifinanzierter Wohnungsbau noch das Angebot einer öffentlichen Förderung privater Bauträger im Gegenzug für Mietpreis- und Belegungsbindung ist allein in der Lage, ausreichend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Denn private finanzstarke Investor*innen können vor allem in Niedrigzinsphasen mit hochpreisigen Wohnungen oder Büros höhere Profite als mit sozialem Wohnungsbau erzielen.

Öffentliche Förderung ist jedoch sinnvoll, wenn sie von kommunalen oder landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und kleinen privaten Bauherr*innen mit sozialer Orientierung in Anspruch genommen wird. Denn selbst in Niedrigzinsphasen wirken Teildarlehen zu Nullzinsen, Tilgungsnachlässe sowie Mietbindungen mietpreisdämpfend bei sozial orientierten Unternehmen. Überdies verhilft die Belegungsbindung bedürftigeren Wohnungssuchenden zu einem privilegierten Zugang zu günstigem Wohnraum.

Mit ihrer Vernachlässigung der Förderung von kommunalen oder landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und kleinen privaten Bauherr*innen mit sozialer Orientierung ist die Landesregierung beim Bau von Sozialwohnungen deutlich unter den Möglichkeiten geblieben. Bereitgestellte Fördermittel wurden nicht einmal vollständig abgerufen. Eine Übertragung in das neue Haushaltsjahr ist nicht möglich.

Unter den bestehenden Bedingungen auf den Kapital- und Wohnungsmärkten ist es für renditeorientierte Investor*innen unattraktiv, Fördermittel in Anspruch zu nehmen, die mit sozialen Bindungen und Verwertungsbeschränkungen verbunden sind. In diese Bresche könnten öffentliche oder sozial orientierte Wohnungsanbieter*innen springen, die nicht von Renditezielen, sondern von dem politischen Interesse an der Versorgung der Menschen mit bezahlbarem und gutem Wohnraum getrieben sind. Wir fordern daher die Neugründung eines neuen landeseigenen Wohnungsunternehmens.

Die Anhebung der Mietobergrenzen im sozialen Wohnungsbau auf 6,25 Euro bzw. 7,15 Euro pro Quadratmeter Nettokaltmiete hat außer höheren Mieten nichts bewirkt. Die Investor*innen können mit hochpreisigen Wohnungen oder Büros weit höhere Profite erzielen.

Die Landesregierung hat beim Bau von Sozialwohnungen völlig versagt. Bereitgestellte Fördermittel in Höhe von 1,1 Milliarden Euro reichen gemessen an dem Bedarf nicht aus.

Jetzt handeln – Wohnungsoffensive für Nordrhein-Westfalen

DIE LINKE will die Versorgung mit Wohnraum nicht dem Markt überlassen. Wohnen ist eine öffentliche Aufgabe. Es ist die Pflicht des Landes und der Kommunen, menschenwürdige und bezahlbare Wohnungen sicherzustellen. Wir setzen uns daher für eine Wohnungsoffensive, die sowohl den Neubau als auch den Bestand im Auge hat, ein. Kommunen und Land sollten jährlich 100.000 eigene Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung bauen. Diese Wohnungen müssen barrierefrei und altersgerecht sein. Um diese Wohnungsoffensive zu stemmen, brauchen wir eine neue landeseigene Wohnungsgesellschaft, die einem sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau verpflichtet ist. Die Kommunen brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um vor Ort das Angebot an eigenem bezahlbarem Wohnraum ausbauen zu können. Genossenschaften und ähnliche Initiativen, die sich günstigem Wohnen statt Profiten verschrieben haben, müssen vom Land stärker gefördert werden. Wir setzen uns auch für eine Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit ein.

Wir wenden uns gegen jede Privatisierung von Wohnungen, bereits privatisierte Bestände sollen wenn möglich wieder in öffentliches Eigentum überführt werden. Die „Aufwertung“ und Luxusanierung ganzer Stadtteile muss gestoppt werden. Kommunen müssen befähigt werden, leerstehende Wohnungen, Büros oder Gewerbeimmobilien in günstigen Wohnraum umzuwandeln. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat 2007 das nordrhein-westfälische Wohnungsbauvermögen in Höhe von 18,7 Mrd. Euro in die NRW-Bank verschoben. Dieses Vermögen muss komplett für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum in NRW aktiviert werden.

Die Kommunen müssen mit eigenen Wohnungsbaugesellschaften jährlich 100.000 eigene Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung und garantierten Mieten bauen. Diese Wohnungen müssen barrierefrei und altersgerecht sein.

Der soziale Wohnungsbau war in den vergangenen Jahrzehnten fast immer Massenwohnungsbau im Rahmen von Großsiedlungen. Wir wollen einen anderen Weg gehen und architektonisch ansprechende Wohnungen für verschiedene Lebensentwürfe schaffen: Für Singles, für Familien jeglicher Art, für Wohngemeinschaften, für Ältere und Jüngere, in kleinen und großen Häusern, innerhalb und außerhalb der Innenstädte.

Unabhängig von den möglichen Mieten im sozialen Wohnungsbau sollte sich ein landeseigenes Wohnungsunternehmen an der tatsächlichen Kostenmiete orientieren. Ein Gewinn für das Land soll hier ausgeschlossen sein. Das Land NRW könnte auf diese Weise gute Wohnungen für 6 Euro

Nettokaltmiete zur Verfügung stellen. Dafür müsste es zu Beginn umfassende Investitionen vornehmen, aber langfristig würde sich der öffentliche Wohnungsbau selbst tragen.

Die Kommunen brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um vor Ort das Angebot an eigenem bezahlbarem Wohnraum ausbauen zu können. Genossenschaften und ähnliche Initiativen, die sich günstigem Wohnen vor Profiten verschrieben haben, müssen vom Land gefördert werden.

Was tun?

- *Förderung des Baus von 100.000 günstigen Wohnungen jährlich durch Land und Kommunen*
- *Förderung des Erhalts und des Ausbaus der kommunalen Wohnungsbestände durch das Land*
- *Einfachere Förderbestimmungen, damit Mittel nicht verfallen*
- *Finanzausstattung der Kommunen dem Wohnungsbaubedarf anpassen*
- *Einsatz für ein Bundes-Sofortprogramm von 5 Milliarden Euro für Wohnen in NRW*
- *Unterstützung der Initiative der LINKEN Bundestagsfraktion für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit*

Kein Ausverkauf des öffentlichen Grund und Bodens

In wachsenden Städten wie Köln, Düsseldorf oder Münster fehlen Flächen zum Wohnungsbau. Allerdings wären genug Flächen vorhanden, wenn es nicht einen übermächtigen Konkurrenten des Baus günstiger Wohnungen gäbe. Dabei handelt es sich weder um die Industrie noch um den Umweltschutz. Der größte Konkurrent der günstigen Wohnung ist der frei finanzierte Bau teurer Wohnungen.

Die gesamte Debatte der etablierten Akteur*innen läuft darauf hinaus, mehr Flächen für Investor*innen bereit zu stellen. Das Problem fehlender Wohnungen wird argumentativ verdreht, um den verstärkten Zugriff von Investor*innen auf Grundstücke zu legitimieren. Mit dem Ruf „Wir brauchen mehr Wohnungen“ wurden die Städte „entwickelt“, freie Flächen an private Immobilieninvestor*innen verkauft und zubetoniert. Private Immobilienbesitzer*innen eignen sich ein Sahnestück nach dem anderen an. Neue „Quartiere“ und Luxusprojekte wirken als Preistreiber in ganzen Städten. Die fetten Mieten breiten sich aus wie ein Schnupfen in der Kindertagesstätte.

Wer bezahlbaren Wohnraum für die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen schaffen möchte, darf keine weiteren Landnahme-Projekte zur „Attraktivierung“ zulassen. In Städten, in denen Grundstücke Mangelware sind, ist es zentral, dass die Stadt sämtliche Flächen, derer sie habhaft werden kann, behält beziehungsweise erwirbt.

Was tun?

- *Die für den Wohnungsbau brauchbaren Grundstücke des Landes oder der Kommunen dürfen grundsätzlich nicht an private Investor*innen verkauft werden*
- *Das gesellschaftliche Eigentum an Grund und Boden erhalten und ausweiten*
- *Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit*

Gentrifizierung stoppen – Milieus schützen

Das Mietrecht setzt der normalen Mieterhöhung im laufenden Mietverhältnis enge Grenzen. So darf die Miete nur auf die ortsübliche Vergleichsmiete erhöht werden. Altmietler*innen mit niedrigen Mieten sind daher für Vermieter*innen ein Hindernis, den Profit zu steigern. Gerade in Quartieren mit steigenden Neuvermietungsmieten besteht daher bei vielen Vermieter*innen ein Interesse an einer Erhöhung der Miete beziehungsweise dem Austausch der Altmietler*innen durch zahlungskräftigere neue Mieter*innen.

Eine Möglichkeit sind Modernisierungsmaßnahmen, die zu drastischen Mieterhöhungen führen können. Auch hier bietet das Mietrecht Restriktionen, doch sind noch größere Mieterhöhungen möglich.

Die Vermieter*innen profitieren nach solchen Operationen zunächst unmittelbar durch eine höhere Miete. Aber es geht um mehr. Durch die Verteuerung von zuvor günstigem Wohnraum wird der Austausch der Mieter*innen bewirkt. Das ist kein bedauerlicher Nebeneffekt, sondern Zweck der Aufwertung.

Nahezu jeder Stadtteil, der eine Gentrifizierung erlebt, einen Austausch der Mieter*innen zugunsten finanziell besser gestellter Schichten, ist zuvor vernachlässigt worden. Die Eigentümer*innen haben nur wenig investiert, zum Teil über Jahrzehnte. Diese systematische „Desinvestition“ lohnt sich für die Vermieter*innen, denn sie haben nur geringe Kosten und kassieren trotzdem Miete. Sie lohnt sich außerdem, weil so der Boden für die Aufwertung bereitet wird: Durch „energetische Sanierung“, Neubau oder Aufwertung durch neue Badezimmer, zusätzliche Balkone und so weiter werden die Mieten erhöht. Viele der Bestandsmieter*innen können sich das nicht mehr leisten und werden an den Stadtrand verdrängt.

Was tun?

- *Landeskonzept, um Verdrängung (Gentrifizierung) zu stoppen*
- *Umfassende Anwendung von Milieuschutzsatzungen in den Stadtteilen*
- *Stopp der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen*
- *Verbot des Abrisses renovierungsfähiger Häuser*
- *Verbot der Umwandlungen von Wohnungen in Pensionen oder Hostels*
- *Keine Zwangsumzüge für Hartz-IV-Betroffene*

Privatisierung stoppen – Wohnungen in öffentliches Eigentum

Investoren wie Vonovia, Deutsche Wohnen, Grand City Real Estate, TAG Immobilien, Vivavest und die ehemals landeseigene und 2008 privatisierte LEG besitzen in NRW zusammen fast 400.000 Wohnungen mit steigender Tendenz. Nicht selten waren diese vorher im Besitz von Land, Bund, Kommune, Post oder Bahn. Die Privatisierung öffentlichen Wohnraums muss gestoppt und rückgängig gemacht werden, damit Mieten bezahlbar bleiben.

Was tun?

- *Keine weiteren Privatisierungen von Wohnungen*
- *Rücküberführung von bereits privatisierten Beständen in öffentliches Eigentum*
- *Wohnungsunternehmen demokratisieren, Mieter*innen mehr beteiligen*
- *Landesprogramm zur Unterstützung von Wohnungsgenossenschaften*

Leerstand beenden – Spekulation verhindern

In vielen Städten in NRW stehen Bürogebäude und Wohnungen leer. Selbst in den wachsenden Städten wie Köln, Bonn, Düsseldorf, Münster und Aachen gibt es Leerstand, in ganz Deutschland werden aktuell zwei Millionen Wohnungen nicht genutzt.

Es könnte in allen Städten und Gemeinden unmittelbar der Bestand an leerstehenden Wohnungen, Hotels, Bürogebäuden, Fabriken und anderen Gewerberäumen festgestellt werden. Wohnungen, die wegen Spekulation, eines geplanten Abrisses oder aus ähnlichen Gründen leer stehen, müssen Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden.

Was tun?

- *Erlass eines Zweckentfremdungsgesetzes des Landes NRW*
- *Erweiterung der Zweckentfremdungssatzung, Kommunen müssen Leerstand aktivieren und belegen dürfen*
- *Beschlagnahmung von Leerstand, um daraus günstige Wohnungen zu machen*
- *Legalisierung der Besetzung von Gebäuden, die zur Spekulation leer stehen*
- *Bereitstellen von Landesmitteln, um auf kommunaler Ebene Beamt*innen zur Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbot einzustellen*

An der Seite der Mieter*innen

In vielen Städten in NRW wehren sich die Mieter*innen gegen steigende Mieten, Luxussanierung und Verdrängung. DIE LINKE steht an ihrer Seite und beteiligt sich an Aktionen.

In Köln haben 2014 hunderte Menschen mit friedlichen Sitzblockaden versucht, eine Zwangsräumung nach einer fingierten Eigenbedarfsklage zu verhindern. Vielerorts mehren sich die Proteste von Menschen gegen eine skrupellose Wohnungspolitik.

DIE LINKE unterstützt die Selbstorganisation von Mieter*innen und Initiativen für eine gerechte Wohnungs- und Mietenpolitik. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kündigungssperrfrist bei Wohnungsumwandlung in Eigentumswohnungen flächendeckend in ganz NRW auf 10 Jahre angehoben wird, und drängt darauf, dass die Landesregierung ihre im BGB benannte Ermächtigung zu einer solchen Bestimmung durch Rechtsverordnung nutzt.

Was tun?

- *Aufbau und Stärkung von Mieter*inneninitiativen und Bündnissen wie „Recht auf Stadt“*
- *Förderung von Vereinen zum Schutz der Mieter*innen durch das Land NRW*
- *Stärkung der Mieter*innenrechte über Bundesratsinitiative*
- *Flächendeckende Verlängerung der Kündigungssperrfrist auf 10 Jahre*

8. Verkehr: Fahrscheinlos mit Bus und Bahn das Klima schützen

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Barrierefreie Mobilität ist aber noch lange nicht überall umgesetzt. Viele werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Wir verstehen Mobilität als Grundrecht und wollen dessen Ausübung allen ermöglichen.

Wir brauchen zugleich weniger Verkehrsaufkommen. Verkehrslärm belastet viele Menschen, besonders in Wohnlagen, die für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sind. Wir wollen Mobilität umweltschonend und lebenswert gestalten. Bei der Stadtplanung darf nicht mehr das Auto im Mittelpunkt stehen. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung und ressourcensparende Verkehrsmittel.

Leider ist das Gegenteil zu beobachten: Ausbildung und weiterführende Schulen werden in die Innenstädte verlagert, dezentrale kleine Nahversorger durch wenige große Supermärkte verdrängt. Wer vom Dorf in die Stadt will, muss oft lange Strecken fahren, meist mit dem Auto, da der ÖPNV hier nicht weit genug ausgebaut ist. So entsteht immer mehr Verkehr in beiden Richtungen.

Der motorisierte Individualverkehr ist in den Städten jedoch einer der wichtigsten Verursacher von Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Klimawandel und gesundheitlicher Belastungen durch Lärm und Feinstaub. Wir müssen unsere Städte so umbauen, dass Fahrräder und öffentlicher Nahverkehr absoluten Vorrang haben.

Wir haben das Ziel nachhaltiger Konzepte für Mobilität. Das bedeutet ein vernetzter Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, Bus und Bahn. Dafür bedarf es Mobilitätsstationen in allen Städten und Stadtteilzentren als zentrale Verknüpfungspunkte der verschiedenen Verkehrsträger. Wir setzen uns für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Versorgung, Freizeit, Arbeit und Bildung sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Verkehrsberuhigte Anwohner*innenbereiche sollen systematisch ausgeweitet werden. Dabei ist eine barrierefreie Ausgestaltung wesentlich.

Wer Lebensqualität in der Stadt will, muss bei der Straßengestaltung ansetzen. Die Straße ist immer auch ein wichtiger Lebensraum für die Nachbar*innen im Stadtteil, Beschäftigte auf dem Weg zur Arbeit oder Kinder auf der Suche nach Spielräumen. Straßen müssen so gestaltet sein, dass sich Menschen gerne draußen aufhalten und fortbewegen. Der Fußverkehr ist nicht nur eine kostengünstige und energieeffiziente Fortbewegungsmethode, sondern auch für das gesellschaftliche Miteinander und einen gesunden Lebensstil unverzichtbar.

Das landeseigene Straßennetz wollen wir in einen guten Zustand bringen, indem wir das Prinzip „Erhalt vor Aus- und Neubau“ weiter verfolgen. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind gut fürs Klima, zudem tragen sie zu Verkehrssicherheit und weniger Lärm bei. Wir setzen uns für ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ein.

Die Natur gilt es auch beim Straßenbau zu berücksichtigen. Eingriffe, die mit dem Bau und dem Betrieb von Straßen verbunden sind, müssen in jedem Fall durch begleitende Naturschutzmaßnahmen ausgeglichen werden. Verkehrspolitik muss aktive Klimaschutzpolitik sein.

Was tun?

- *Größtmögliche Vermeidung der Zerschneidung von Flächen von Natur und Landschaft durch Straßenbau und Versiegelung*
- *Umweltgerechte und naturschutzkonforme Pflege des Straßenbegleitgrüns sicherstellen*
- *Umweltfreundliche Alternativlösungen, frühe Einbindung und echtes Mitspracherecht von Umweltverbänden und Bürger*innen bei der Verkehrsplanung*
- *Landesstandards zur Barrierefreiheit in der Verkehrsplanung weiterentwickeln*
- *Modellprojekt „Tempolimit in NRW“ auf zwei besonders durch Raser*innen und Verkehrstote auffällig gewordenen Autobahnen starten*
- *Modellversuche gegen schwere Baumunfälle mit speziellen Warntafeln und einem Schutzplankenprogramm an den betroffenen Strecken nach niedersächsischem Vorbild*
- *Umwidmung von Flächen für den ruhenden Verkehr, also die Reduzierung von Parkplätzen zugunsten von Fahrradparkhäusern oder bewachten Fahrradabstellanlagen*
- *Verringerung des LKW-Verkehrs in Ortschaften durch Verkehrsverlagerung und Vermeidung von Leerfahrten*

Straßenverkehr

Das Straßennetz ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Infrastruktur. Der motorisierte Straßenverkehr bedroht und belastigt uns allerdings auch durch Lärm, Abgase und Unfälle. Wir wollen das bestehende Straßennetz erhalten, aber eine Verlagerung auf andere Mobilitätsformen erreichen.

Was tun?

- *Absoluter Vorrang der Erhaltung von Straßen vor dem Neubau*
- *Strengere Umweltprüfung bei Straßenneubauten*
- *Einsatz der Fördermittel für umweltfreundliche Mobilität zur Vernetzung von Verkehrssystemen (Intermodalität), anstelle der eindimensionalen Förderung der Elektromobilität*
- *Keine Genehmigung von Gigalinern, also LKW mit Überlänge*
- *Verstärkte Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei Planungen im Straßenbau*

Keine Privatisierung von Bus und Bahn

Wir setzen uns dafür ein, dass weder die Verbraucher*innen noch die Beschäftigten im öffentlichen Verkehr auf der Strecke bleiben. Der Sinn von Bus und Bahn ist nicht die Erzielung einer möglichst hohen Rendite, sondern die Schaffung von Mobilität für die Menschen. Wir wollen, dass die Straßenbahn nicht nur dann fährt, wenn sich die Fahrgastzahl rechnet. Wir brauchen ein öffentlich organisiertes und deutlich verbessertes Netz im öffentlichen Personenverkehr.

Bahnhöfe und Haltestellen sind auf die Bedürfnisse der Fahrgäste auszurichten und müssen barrierefrei sein. Damit mehr Güter mit der Bahn transportiert werden, sind effiziente Logistikkonzepte und Verteilzentren zu entwickeln.

Was tun?

- *Privatisierung der Bahn verhindern*
- *Unterstützung des Landes bei der Rück-Übernahme von Bus- und Bahnlinien*

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Jahrzehntelang hat die anderen Parteien beim Nahverkehr vor allem eine Frage umgetrieben: „Wie können wir es schaffen, hier weniger Geld auszugeben?“. Und das, obwohl der öffentliche Nahverkehr in volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung günstiger ist als die Bereitstellung der Straßen für immer mehr Autos. In der Folge wurde das Netz ausgedünnt, die Taktzeiten verschlechtert, der Nahverkehr wurde unzuverlässig und hat sich einen immer schlechteren Ruf erarbeitet.

Damit mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen, muss er besser und einfacher werden. In einem strategischen landesweiten Nahverkehrsausbauplan wollen wir die Grundlagen für zukunftsfähigen ÖPNV vom Schienenverkehr über die Stadtbahn, U- und Straßenbahn, den Bus bis hin zum Ruftaxi schaffen, um die Attraktivität des ÖPNV und die Fahrgastzahlen zu steigern. Zudem erreicht der ÖPNV auch Menschen, die sich kein Auto leisten können.

Die zweite große Baustelle beim ÖPNV ist der Fahrpreis. Schon heute sind normale Tickets etwa zur Hälfte öffentlich finanziert. Dennoch bestimmen komplizierte Tarifsysteme, undurchsichtige Übergangsregeln von Verkehrsverbund zu Verkehrsverbund und regelmäßige Preiserhöhungen das Bild. Wir wollen die ÖPNV-Nutzung einfacher und billiger machen, mit der Perspektive auf völlig fahrscheinlose Nutzung. Dazu gibt es verschiedene Finanzierungsmodelle, die gerechter und volkswirtschaftlich sinnvoller sind als der Verkauf von Einzeltickets. Muss für einzelne Fahrten nicht oder nur wenig gezahlt werden, wird das Mobilitätsangebot besser angenommen. Die Straßen werden entlastet, sodass für unverzichtbare verbleibende Individualfahrten sogar die Bedingungen besser werden.

Was tun?

- *Einen solidarisch finanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV*
- *Anerkennung des ÖPNV als Pflichtaufgabe*
- *Mehr Linien und kürzere Taktzeiten für Bus und Bahn in den Flächenkreisen*
- *Die Fusion der einzelnen Betriebe innerhalb des VRR zu einem Nahverkehrsbetrieb*
- *Landes- und Bundesfinanzierung zur Sanierung der U-Bahnhöfe*
- *Kostenlose P&R-Plätze an Knotenpunkten, Busbahnhöfen und Bahnhöfen*
- *Barrierefreiheit im ÖPNV, Orientierungshilfen für Sehbehinderte und Gehörlose*

Schieneverkehr

Die Schiene ist und bleibt eine der besten Möglichkeiten zum Transport großer Passagierzahlen und Gütermengen. Wir wollen das Schienennetz ausbauen und mehr Verkehr darauf verlagern. Die Ausschreibung von Schienenverkehrsleistungen, bei denen sich die Wettbewerber*innen vor allem auf Kosten des Personals unterscheiden können, lehnen wir als inakzeptables Lohn-dumping ab. Wir setzen uns ein für eine konsequente und frühzeitige Bürger*innenbeteiligung beim Neu- und Ausbau von Schienenstrecken für den Güterverkehr unter Berücksichtigung von Lärmschutz und Sicherheitsaspekten. Der Güterverkehr muss auf die Schiene. Dazu sind unter anderem bei der Einrichtung von Güterlogistikzentren Schienenanschlüsse einzuplanen.

Was tun?

- *Mehr in Schieneninfrastruktur, Leit- und Sicherheitstechnik investieren*
- *Alle Bahnhöfe barrierefrei machen*
- *Neubau der Güterstrecke nach Antwerpen („Eiserner Rhein“) mit wenig Belastung für Wohngebiete und gutem Lärmschutz*

- *Bessere Maßnahmen zur Lärminderung beim Schienengüterverkehr*
- *Den Rhein-Ruhr-Express (RRX) von Dortmund nach Köln viergleisig ausbauen*
- *Die Haltepunkte Köln-Mülheim, Mülheim an der Ruhr und Wattenscheid zum ständigen Systemhalt für den Rhein-Ruhr-Express (RRX) machen*
- *Ausbau des Teilstücks im Bereich Düsseldorf-Kalkum/Duisburg im Sinne der Forderungen der Bürgerinitiativen*
- *Zweispuriger Ausbau der Strecken Münster-Lünen und Münster-Rheda-Wiedenbrück, Elektrifizierung der Strecke Münster-Rheda-Wiedenbrück*
- *Zusätzliche Sicherheitsstandards- und Vorkehrungen insbesondere entlang der geplanten Betuwe-Linie und ähnlicher geplanter Güterstrecken nach niederländischem Vorbild*
- *Alle Züge des Personenverkehrs müssen in ausreichendem Umfang Platz für Gepäck, Fahrräder, Kinderwagen und Rollstühle bieten*

Luftverkehr

Flugverkehr ist eine Verkehrsform, die Umwelt und Anwohner*innen besonders belastet. Wir wollen die verursachten Schäden begrenzen. DIE LINKE NRW setzt sich für mehr Bürger*innenbeteiligung beim Flugbetrieb ein. Nachtflüge lehnen wir ab, da sie für Anwohner*innen in den Flugschneisen zu nicht hinnehmbaren Ruhestörungen führen. Von Fluggesellschaften fordern wir realistischere Zeitpuffer bei Landungen, Starts und Umläufen, um die gesetzlich vorgeschriebenen Lande- und Startzeiten einzuhalten.

Was tun?

- *Kein weiterer Ausbau von Flughäfen in Leistungsumfang und Fläche*
- *Keine Subventionierung des Flugverkehrs mehr durch die niedrige Kerosinsteuer*
- *Mehr Lärmschutz bei Starts und Landungen mittels eines Fluglärmaktionsplans*
- *Bürger*innenbeteiligung bei der Planung von Flugzeiten*
- *Ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr*
- *Linien- und Charterflüge über eine Distanz von weniger als 300 Kilometern werden nicht mehr genehmigt*

Radverkehr

Das Fahrrad ist ein Teil der Lösung für die Verkehrsprobleme in den Innenstädten. Die Stickoxid-Werte und die Lärmbelastung überschreiten seit Langem alle Grenzwerte. Über 90 Prozent der Wege sind kürzer als 10 Kilometer. Fahrräder sind preiswert, ökologisch und benötigen weniger Geld und Raum für die Infrastruktur. Nur mit einem größeren Anteil an Fahrrädern können wir die notwendige Verkehrswende schaffen. Auch Paris, London, Barcelona und New York setzen auf die Erfolge von Amsterdam und Kopenhagen. Wir wollen, dass der prozentuale Anteil von Fahrrädern am gesamten Verkehrsaufkommen deutlich erhöht wird. Dazu sollen das Radverkehrsnetz und die Infrastruktur zur Erledigung von Fahrten mit dem Fahrrad einladen. Das Radfahren muss sicherer werden.

Was tun?

- *Ausbau eines Radschnellwegenetzes in den Ballungsräumen NRWs*
- *Alltagstauglichkeit des Radwegnetzes des Landes erhöhen, bessere Verknüpfung mit den regionalen und kommunalen Radwegenetzen*

- *Ausbau von Fahrradständern, Ladestationen für E-Bikes und bewachten Radstationen an Bahnhöfen*
- *Pilotprojekt mit kostenlosen Leihfahrrädern in einer Großstadt*

Wasserwege

Wasserwege als Transportwege zu nutzen, insbesondere für Güter, entlastet die Straßen. Hierbei darf aber nicht der Umwelt- und Naturschutz außer Acht gelassen werden. Neben allen ökologischen Problemen im Rhein und in den angrenzenden Gebieten werden Häfen mit geringen Investitionsmöglichkeiten und kleine Reedereien mit flussverträglichen Schiffen mit geringerer Fahrtiefe verdrängt, wenn alles auf eine Infrastruktur für Großanlagen gesetzt wird. Eine Fahrrinnen-Vertiefung des Rheins ist aus ökologischen Gründen abzulehnen. Noch immer sind Schiffsmotoren für einen hohen Anteil der Schadstoffbelastung in den Städten entlang der Flüsse verantwortlich. Damit die Binnenschifffahrt ihr Potential als ökologische Alternative zum LKW-Verkehr ausschöpfen kann, muss der Abgasausstoß verringert werden.

Was tun?

- *Verbesserung des Übergangs von anderen Verkehrswegen auf das Schiff*
- *Keine Vertiefung natürlicher Gewässer*
- *Förderung kleiner Reedereien und flussverträglicher Schiffstypen*
- *Strengere Abgasnormen für Schiffe*
- *Auflegung eines Forschungs- und Förderprogramms zur umweltfreundlichen Umrüstung von Schiffsmotoren*

9. Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig

Sport gehört wie Bildung und Kultur zur gesellschaftlichen Teilhabe. Denn Sport bringt Lebensqualität, verbindet Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer sozialen Beziehungen. Er fördert Selbstvertrauen und das Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten. Er fördert die Gesundheit und die Rehabilitation nach Krankheit und Verletzungen.

Wir sehen die Hauptaufgabe der Sportförderung darin, den Zugang zu sportlicher Betätigung für alle zu ermöglichen, nicht nur für einige wenige. In den Städten und Gemeinden in NRW unterstützt DIE LINKE bereits jetzt Sportentwicklungspläne und Masterpläne Sport dort, wo diese darauf abzielen, allen Interessierten die Möglichkeit zur Teilhabe zu geben. Finanzielle Kürzungen bei der Förderung des Breitensports lehnen wir ab. Sport ist eine öffentliche Aufgabe, der Zugang darf nicht privaten Gewinninteressen untergeordnet werden

Was tun?

- *Sport als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich verankern*
- *Stärkung der Sportförderung*
- *Höhe der Mittel an den Landessportbund verbindlich ins Gesetz schreiben*
- *Erhalt und Ausbau öffentlicher Sportanlagen*
- *Erhöhung der Landesmittel für Neubau und Sanierung von Sportstätten*
- *Höhere Übungsleiterpauschalen vor allem im Kinder- und Jugendbereich*
- *Kostenlose Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter*innen*

Sich gemeinsam bewegen für ein besseres Miteinander

Sport liefert wertvolle Beiträge dazu, Brücken zwischen Menschen zu schaffen, Toleranz zu fördern und Vorurteile abzubauen. Er bietet Chancen für interkulturelle Verständigung und kann dazu beitragen, gesellschaftliche und geschlechtsspezifische Beschränkungen in Frage zu stellen und zu überwinden. Die positiven Auswirkungen des Sports auf die Förderung von Menschen mit Behinderungen sind unbestritten.

Um diese Potentiale zu nutzen, wollen wir die bestehenden Projekte gegen Rassismus und Sexismus, für interkulturelle Arbeit, Inklusion und die Akzeptanz sexueller Vielfalt im Sport ausbauen und ergänzen. Dabei wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Landessportbund stärken.

Was tun?

- *Flächendeckend barrierefreie Sportanlagen*
- *Förderung der Teilnahme von Geflüchteten am normalen Vereinssport*
- *Gezielte Ansprache von Bevölkerungsgruppen, die bislang unterrepräsentiert sind*
- *Mehr Mittel für Projekte gegen Diskriminierung und Gewalt im Sport*
- *Landesweites Programm gegen Homophobie im Sport*

Olympia: Eine Scheindebatte

Nachdem sich die Bevölkerung in Hamburg klar gegen olympische Spiele in der Hansestadt ausgesprochen hat, wird nun in NRW diskutiert, dieses Megaevent in unser Land zu holen. Die CDU macht kräftig Stimmung dafür. Die Landesregierung hat sich vorsichtiger, aber auch wohlwollend geäußert.

Bei Licht betrachtet sind die Chancen einer erfolgreichen Olympiabewerbung aber bescheiden. Nicht zuletzt, weil der Deutsche Olympische Sportbund kein Interesse an dieser Bewerbung zeigt. Da das Thema derzeit gar nicht ansteht (das Bewerbungsverfahren für die Spiele 2028 startet erst 2019) ist klar, welchem Zweck die Debatte dient: Mit der Sportbegeisterung der Menschen in NRW soll Wahlkampf gemacht werden.

Aber auch wenn die Aussicht auf Olympische Spiele in NRW irgendwann realistisch würde, sollte man skeptisch bleiben. Denn Olympia hat sich an praktisch allen bisherigen Austragungsorten als vergiftetes Geschenk erwiesen. Explodierende Kosten in Milliardenhöhe, untragbare Auflagen des Internationalen Olympischen Komitees, Korruptionsskandale, die Erfahrung, dass kaum etwas von dem geflossenen Geld in der Region bleibt und vieles mehr trüben die Freude über diese eigentlich schöne Veranstaltung.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass eine so folgenschwere Entscheidung jedenfalls nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gefällt werden darf.

Was tun?

- *Verzicht auf Olympiavorbereitungen zum jetzigen Zeitpunkt*
- *Volksentscheid vor dem Start von Bewerbungsverfahren*
- *Ausbau des Breitensportes statt Investitionen in Leuchtturmevents*

IV. Allen Menschen gute Bildung und Ausbildung garantieren

Der offene und gleichberechtigte Zugang zu Bildung ist ein im Grundgesetz verankertes Menschenrecht. Bildung bedeutet nicht nur Wissenserwerb und Qualifizierung. Vor allem für die etwa 3 Millionen Kinder und Jugendlichen in NRW meint Bildung auch die Förderung ihrer persönlichen Talente und Interessen. Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, die jungen Menschen sensibel und respektvoll auf ihrem Weg zu kritischen und kritikfähigen, engagierten und friedlichen Erwachsenen zu begleiten.

Viele der mehr als 250.000 Erzieher*innen, Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen in den Kitas und Schulen NRWs gehen täglich an ihre Grenzen, um den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Die Arbeits- und Lernbedingungen sind in den Bildungseinrichtungen im Land allerdings höchstens ausreichend bis mangelhaft.

NRW hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern die schlechteste Versorgung mit Kita-plätzen, die größten Schulklassen, die geringsten Haushaltsmittel pro Schüler*in und die wenigsten Hochschullehrer*innen pro Student*in.

Bislang arbeiten immer mehr Beschäftigte zu niedrigen Löhnen und unsicheren Bedingungen, als Honorarkräfte ohne Sozialversicherung oder in Minijobs. Das ist ungerecht und schlecht für die Qualität der Bildungseinrichtungen. Wir wollen und brauchen gut qualifizierte Beschäftigte in unbefristeten, sozialversicherten Arbeitsverhältnissen.

Unser Konzept lautet daher: bessere Bildung für alle Menschen in NRW. Das heißt für uns: Gebäude sanieren und durch Neubauten erweitern. Die Personalausstattung den Bedürfnissen für gutes Lernen anpassen, individuelle Förderung für alle, statt Selektion und Benachteiligung, flächendeckend gute Ganztageeinrichtungen und umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

1. Kita: Kinder gebührenfrei und besser betreuen

Kinder brauchen für ihre Entwicklung vielfältige Anregungen, Spielmöglichkeiten und andere Kinder. Wichtige Ziele sind die freie Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit, das soziale Lernen und das spielerische Erlernen demokratischer Werte. Dies beinhaltet die Gleichberechtigung der Menschen unabhängig von Geschlecht, sozialem Status oder Religion.

Gelungene Integration beginnt in der Kita. Spracherwerb und das Lernen des Miteinanders ist am leichtesten in der Kita möglich.

Kitas als öffentliche Gemeinschaftseinrichtungen für ein besseres Zusammenleben

Kitas begleiten Kinder in ihrer sozialen, sprachlichen und motorischen Entwicklung. Sie sollen aber auch die Integration verschiedener Milieus und Kulturen sowie die Inklusion von Kindern mit Behinderungen unterstützen. Dazu brauchen wir flächendeckend Kitas als Gemeinschaftseinrichtungen, die nicht in privater Hand sind und sich nicht nur an ausgewählten sozialen Milieus oder Religionsgruppen orientieren. Bisher gibt es nicht nur zu wenige Kitaplätze. Oft haben Eltern nur die Chance auf einen Platz in einer kirchlichen Kita oder bei einem privaten Träger. Vielfach ist dies mit zusätzlichen Gebühren verbunden.

Was tun?

- *Kitas in öffentlicher und nicht in privatgewerblicher Hand ausbauen*
- *Allen Kindern den Besuch in einer öffentlich kommunalen Kita ermöglichen*

Bessere Kitas sind gebührenfrei

Genau wie die Schulkinder müssen auch alle jüngeren Kinder Zugang zu gebührenfreien Bildungseinrichtungen erhalten. Das Ziel einer besseren und gerechten Kitapolitik ist ein gebührenfreies System, denn Bildung ist keine Ware und Vorschulzeit ist auch Bildungszeit.

Was sich ganz schnell ändern muss: Alle Kommunen erheben je nach Kassenlage unterschiedliche und teilweise sehr hohe Gebühren. Während beispielsweise in Münster bei einem Elterneinkommen bis 37.000 Euro im Jahr gar keine Gebühren anfallen, müssen Eltern in Duisburg mit 40.000 Euro Einkommen bereits 252 Euro an Gebühren zahlen (für Kinder unter 2 Jahren bei 45 Stunden). In den Ruhrgebietsstädten sind die Kitagebühren bei den mittleren Einkommen am höchsten.

DIE LINKE tritt für die sofortige Abschaffung der Kitagebühren ein. Was in Rheinland-Pfalz und Berlin geht, darf den Familien in Nordrhein-Westfalen nicht vorenthalten werden. Das Land muss die dafür notwendigen Kosten tragen. Die Kommunen müssen zu diesem Zweck einen Finanzausgleich erhalten.

Solange es noch Kitagebühren gibt, müssen diese landesweit einheitlich, sozial gestaffelt und in der Höhe strikt gedeckelt sein.

Was tun?

- *Gebührenfreie Kitas für alle Kinder in NRW*
- *Finanzausgleich für die Kommunen*
- *Schnelle Aufstockung der Kitafinanzierung zur Verbesserung der Qualität*

Statt Tagespflege als Notlösung Kitas bedarfsgerecht ausbauen

Obwohl seit 2013 alle Kinder einen Rechtsanspruch haben, fehlen in NRW noch immer über 100.000 Kitaplätze für Kinder unter 3 Jahren. Gerade in den ärmeren Städten und Gemeinden werden immer mehr Kinder in der Tagespflege statt in der Kita untergebracht. Tagespflege durch Einzelpersonen in der Privatwohnung kann mit einer viel zu kurzen Qualifizierung von 160 Stunden und ohne verbindliche Qualitätsstandards kein Ersatz für einen Kitaplatz sein. Großtagespflegereinrichtungen müssen dringend in Kitas mit pädagogischen Standards und sozialer

Absicherung für die Beschäftigten umgewandelt werden. Tagesmütter sollen im Rahmen einer Ausbildungsinitiative für Erzieher*innen Weiterbildungsangebote erhalten.

Was tun?

- *Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für jedes Kind in jeder Altersgruppe umsetzen*
- *Ausbildungsinitiative für Erzieher*innen, Weiterbildungsangebote für Tagesmütter*
- *Tagespflegeplätze ab sofort schrittweise in Kitaplätze umwandeln*
- *Flächendeckend ausreichend kommunale Kitaplätze anbieten*

Mehr Personal für verlässliche Zeiten und bessere Qualität

Es fehlen nicht nur Kitaplätze, sondern es herrscht auch großer Personalmangel in den bereits vorhandenen Einrichtungen. Die Kitas benötigen dringend zusätzliche Erzieher*innen für kleinere Gruppen, um eine kindgerechte Betreuung zu gewährleisten und die Beschäftigten zu entlasten.

Die Erzieher*innen benötigen mehr Zeit für Vorbereitung, Dokumentation und Elterngespräche. Zudem mangelt es in den Kitas an Fachpersonal, etwa für Sprachförderung und Musikerziehung.

Es muss verlässliche Öffnungszeiten geben, auch in den Sommerferien. Für Sonderfälle und Notsituationen sollen Betreuungskonzepte über die Regelzeiten hinaus gefunden werden. Mehrwöchige Schließzeiten im Sommer sind eine unnötige Belastung der Familien.

Was tun?

- *Kleinere Gruppen und mehr Fachpersonal für besondere Aufgaben*
- *Mehr Arbeitszeit für Vorbereitung, Dokumentation und Weiterbildung*
- *Keine Sommerschließzeiten, sondern flexible Urlaubszeiten*
- *Flächendeckend verlässliche Öffnungszeiten ab 6 und bis 18 Uhr*

Ein neues Gesetz für bessere Finanzierung der Kitas

Viele der Qualitätsmängel der Kitas haben ihren Ursprung im Kinderbildungsgesetz KiBiZ. Eingeführt von der CDU/FDP-Regierung im Jahr 2008 und trotz aller Ankündigungen kaum verändert durch SPD-Grüne ist das KiBiZ vor allem ein Kostensenkungsgesetz zu Lasten der Kinder, der Beschäftigten und der Eltern.

Die Fachkraft-Kind-Relation ist zu niedrig und mit den Kindpauschalen hält das KiBiZ an einem überholten Finanzierungssystem fest. Daher wollen wir ein neues Kindertagesbetreuungsgesetz gemeinsam mit Eltern und Beschäftigtenvertretungen entwickeln, welches bestehende gewerkschaftliche Vorstellungen dazu aufgreift (Vorschlag für ein Gesetz zur Erziehung und Bildung in Tageseinrichtungen für Kinder (GEBT) der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di).

Was tun?

- *Feste Gruppenfinanzierung statt Kindpauschalen*
- *Übernahme der tatsächlich anfallenden Kosten durch das Land*
- *Feste unbefristete Arbeitsverträge für Kitabeschäftigte*

2. Schule: Für weniger Druck und bessere Förderung sorgen

In vielen Ländern Europas sind die Schulen besser ausgestattet als bei uns. Wir finden, dass auch die 3 Millionen Kinder und Jugendlichen in NRW bessere Schulen verdient haben.

Die Landesregierung hat bereits 2011 in Folge der Bildungskonferenz versprochen, dass in allen Schulformen und Schulstufen bis 2020 flächendeckend der gebundene, also gebührenfreie Ganzttag eingeführt wird. Bislang ist der gebundene Ganzttag nur in Gesamtschulen und Sekundarschulen verbreitet, in anderen Schulformen findet der Ausbau nur tröpfchenweise statt, an der Grundschule gar nicht. Die Landesregierung hat weder ein Gesamtkonzept noch einen Finanzplan für den Ausbau erstellt. Der Bedarf nach Ganzttagsschulen wächst, doch bisher führt der Personal- und Raummangel meist nur zu halbgaren Notlösungen.

Jetzt wird es dringend Zeit: Ab sofort müssen die Schulen mit zusätzlichem Personal und Gebäuden für den Ganzttag ausgestattet werden. Dazu gehören auch gesundes Essen, Sport- und Grünanlagen, Freizeiträume und Arbeitsplätze für die Lehrer*innen. Dafür muss viel Geld in die Hand genommen werden. Investitionen in Bildung sind aber für DIE LINKE unerlässliche Investitionen in die Zukunft.

Bessere Grundschulen mit gebührenfreiem Ganzttag

Der dringendste Handlungsbedarf besteht bei den 2.800 Grundschulen im Land. Echte Ganzttagsschulen gibt es fast keine. Nur etwa 40 Prozent der Grundschul Kinder erhalten einen Platz im gebührenpflichtigen sogenannten „offenen Ganzttag“. Dieser wird von Vereinen an einem Teil der Grundschulen als Nachmittagsbetreuung mit höchst unterschiedlicher Qualität organisiert.

Die meisten Mitarbeiter*innen im „offenen Ganzttag“ haben schlecht bezahlte, unsichere Jobs. In vielen Schulen erhalten Kinder nur dann einen Platz, wenn die Eltern umfassende Berufstätigkeit nachweisen. Der „offene Ganzttag“ ist heute für alle Beteiligten in hohem Maß belastend und muss ausgebaut und schrittweise zum gebundenen Ganzttag umgewandelt werden, wie es die Bildungskonferenz 2011 bereits vereinbart hat.

Was tun?

- *Elternbeiträge für den offenen Ganzttag streichen, da Schule gebührenfrei sein muss*
- *Ausbau der vorhandenen Plätze, damit jedes Kind bei Bedarf einen Platz erhält*
- *Qualifizierte Erzieher*innen und Lehrer*innen im Ganzttag*
- *Ausbau der gebundenen Ganzttagsschulen ab sofort, Flächendeckung 2020*
- *Für Groß und Klein: Nach 16 Uhr muss Feierabend sein*

Wenn Schüler*innen von 8 bis 16 Uhr in der Schule sind, ändert sich das Lernen. Richtige Ganzttagsschulen kennen keine Hausaufgaben, denn die Zeiten für Übungen und Training liegen während der Schulanwesenheitszeit im Ganzttag. Am Ende des Schultags gilt: Alle Bücher, Hefte und Materialien bleiben in der Schule.

Die Wirklichkeit sieht für die Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern an vielen Schulen noch anders aus. Es gibt weiterhin die klassischen Hausaufgaben.

Seit der Bildungskonferenz 2011 hat das Land die Aufgabe, die Schulen bei der Umwandlung zum rhythmisierten Lernen im Ganzttag zu unterstützen. Hausaufgaben, die noch am Abend und am Wochenende erledigt werden müssen, sind purer Stress für Kinder und Familien.

Was tun?

- *Alle Schulen müssen verlässlich von 8 bis 16 Uhr arbeiten*
- *Nach 16 Uhr und am Wochenende haben die Schüler*innen und Familien Freizeit*
- *Übungsaufgaben werden in die Schulzeit integriert*
- *Schulmaterial bleibt in der Schule, keine täglichen schweren Tornister mehr*

Freizeit in der Schule mit Partnern gemeinsam gestalten

Bessere Schulen und weniger Stress für Schüler*innen und ihre Familien bedeutet, dass ein Teil der Freizeitaktivitäten in den Schultag integriert ist. Die Musikschule, Sportvereine, Theater oder Kunstprojekte sowie über den Unterricht hinausgehende Angebote, wie Wissenschaftsprojekte, Arbeitsgruppen und Debattierklubs, werden in die Schule hineingeholt und entwickeln in fester Zusammenarbeit mit den Lehrer*innen und Erzieher*innen ein vielfältiges Angebot.

Damit ein solches Angebot flächendeckend entstehen kann, muss die Landesregierung endlich die bereits versprochenen Mittel für die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und außerschulischen Partnern bereitstellen. Dazu gehört auch, dass für solche Angebote keine zusätzlichen Gebühren erhoben werden.

Was tun?

- *Start und Finanzierung umfassender Zusammenarbeit von Schulen und Partnern*
- *Gebührenfreie Angebote: Jedem statt nur manchem Kind ein Instrument*
- *Sport und Kultur im Ganzttag statt Terminstress und Elterntaxi*

Bessere Sozialarbeit für alle Schulen

Die vorübergehende Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Landesregierung läuft 2017 aus. Die Schulsozialarbeit muss dringend als feste Aufgabe der Schulen mit einem ausreichenden Schlüssel zur Schüler*innenzahl ins NRW-Schulgesetz aufgenommen werden.

Die Dienstaufsicht soll bei den Schulleitungen, die Fachaufsicht bei den Jugendämtern liegen, damit die Sozialpädagog*innen von der Schulleitung unabhängige Ansprechpartner*innen sein können. Gleichzeitig wären damit die Sozialpädagog*innen feste Größen in einem Kollegium. Sie arbeiten unter den Bedingungen der Tarifbindung (TV-L) und Personalvertretung nach dem Landespersonalvertretungsgesetz.

Was tun?

- *Schulsozialarbeit fest im Schulgesetz mit ausreichendem Schlüssel verankern*
- *Finanzierung sichern für feste Stellen als Landesbeschäftigte mit Tarifbindung*

Schulen demokratisch gestalten

Autonomie und Demokratie spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Schüler*innen sollen von Anfang an lernen, ihr Zusammenleben und ihr Lernen selbst zu gestalten. Das gilt für die Inhalte wie für die Formen des Lernens. Projektorientierung und die Überwindung von Klassen- und Altersgrenzen sind wichtige Schritte für eine Selbstorganisation des Lernprozesses. Arbeitsgemeinschaften, die von Schülerinnen und Schülern selbst initiiert werden, sollen gezielt gefördert werden.

Was tun?

- *Entscheidungsstrukturen der Schulen demokratischer gestalten*
- *50 Prozent Stimmen in der Schulkonferenz den Schüler*innen*
- *Schüler*innenvertretungen zugestehen, sich mit allen Belangen befassen zu dürfen*

Schluss mit Stress durch Noten, Zeugnisse und Sitzenbleiben

Bereits Grundschul Kinder leiden zunehmend darunter, doch für Jugendliche wird es vor allem an den Gymnasien zum Normalzustand: Schule bedeutet immer mehr Lernstress bis in den Abend, Angst vor Noten und Zeugnissen und Sorgen um die Zukunft. Immer mehr Schüler*innen werden krank durch Stress. Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert das Recht auf Freizeit und Spiel. Wir nehmen die Diskussion um die Kinderrechte und die Warnungen der Pädagog*innen und Mediziner*innen ernst.

Ebenso wie die Schulforschung und die Bildungswissenschaft wollen auch wir das unzureichende System der Ziffernnoten überwinden. An ihre Stelle sollen individuelle Beurteilungen treten, die Fähigkeiten beschreiben und Lernfortschritte berücksichtigen. Ziffernnoten soll es nur noch für die Abschlusszeugnisse geben, solange diese notwendig für den weiteren Werdegang in Ausbildung oder Studium sind.

Was tun?

- *Individuelle Beurteilungen von Fähigkeiten und Lernfortschritten statt Ziffernnoten*
- *Stress und Leistungsdruck abbauen und eigene Motivation fördern*
- *„Sitzenbleiben“ abschaffen (Bildungskonferenz 2011)*
- *„Kultur des Behaltens“ entwickeln (gemäß Bildungskonferenz 2011)*
- *Jahrgangswiederholung nur auf Antrag der Schüler*innen*
- *Schüler*innen gezielt fördern*

Besser lernen in einer gemeinsamen Schule

Alle Studien zeigen, dass das mehrgliedrige NRW-Schulsystem im internationalen Vergleich wenig Chancengleichheit bietet sowie sozial und ethnisch stark selektiv ist. In erschreckend hohem Maße sind in NRW insbesondere Kinder aus armen Familien und Kinder aus Migrantenfamilien betroffen.

Wir wollen das Schulsystem weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform. Diese Schule bezieht alle Schulformen, auch Förderschulen und Gymnasien, ein. Die gemeinsame Schule orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist inklusiv und sozial ausgleichend. Diese Schule ist jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernnoten. Sie fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen.

Was tun?

- *Individuelle Förderung und Rücksicht auf die persönliche Entwicklung*
- *Mehr jahrgangsübergreifendes Lernen*
- *Klassen auf 20 Schüler*innen verkleinern*
- *Teamteaching insbesondere zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen*
- *Schulen in NRW schrittweise zu besseren gemeinsamen Schulen umbauen*

Gesamtschulen dem realen Bedarf anpassen

Am nächsten kommen die Gesamtschulen der Idee und Praxis einer besseren gemeinsamen Schule. Statt jährlich mehr als 5.000 Kinder in NRW wegen Platzmangel abzuweisen, sollten die Gesamtschulen sofort ausgebaut und weiterentwickelt werden. Der Landtag soll schnellstmöglich allen Kindern einen Rechtsanspruch auf einen Gesamtschulplatz gewähren und die Kommunen beim bedarfsdeckenden Ausbau der Gesamtschulen unterstützen.

Was tun?

- *Einen Rechtsanspruch für einen Platz in einer Gesamtschule für jedes Kind*
- *Ausbau der Gesamtschulen vor Ort nach Bedarf mit Unterstützung vom Land NRW*

Schulzeitverkürzung (G8) an Gymnasien sofort zurücknehmen

Wir setzen uns für den gemeinsamen Besuch einer Schule für alle Kinder bis zur 10. Klasse nah am Wohnort ein. Für den weiteren schulischen Bildungsweg sollen Oberstufenzentren eingerichtet werden.

Heute jedoch besuchen rund 40 Prozent aller Schüler*innen in NRW ein Gymnasium und müssen dort das „Turboabitur“ in 8 statt 9 Jahren machen (G8). Verbessert wurden hierfür weder die Lernbedingungen an den Schulen noch die Lehrpläne. Der Druck seitens der Betroffenen auf die Landesregierung ist groß, diese Verkürzung zurückzunehmen. Doch SPD und Grüne zeigen sich bislang uneinsichtig.

Was tun?

- *Die Schulzeitverkürzung auf 8 Jahre muss sofort zurückgenommen werden*
- *Das Land muss die Schulen in erforderlichem Maß bei der Umstellung unterstützen*
- *Neueinstellungen von Lehrer*innen sind ein positiver Nebeneffekt*

Oberstufe und Berufskolleg gemeinsam zur besseren Sekundarstufe II entwickeln

Was in vielen Städten bereits aus der Not geboren wurde, sollte zu einer besseren Schule ab dem 11. Jahr weiterentwickelt werden: Oberstufenzentren mit einem breiten Fächerangebot, die mit mehreren Schulen der Sekundarstufe I vor Ort kooperieren.

In der Oberstufe steht die Vorbereitung auf den Beruf mit dem Setzen persönlicher Schwerpunkte im Mittelpunkt. Dafür muss es eine Mindestgröße geben, die Wahlmöglichkeiten in einem breiten Fächerangebot ermöglicht.

Mit Oberstufenzentren kann zudem die mit dem Rückgang der Schüler*innenzahlen entstandene Versorgungslücke im ländlichen Raum geschlossen werden.

Zukünftig sollen diese Oberstufenzentren mit den Berufskollegs zu einem umfassenden System der Sekundarstufe II verbunden werden.

Was tun?

- *Gemeinsame Oberstufenzentren für jeweils mehrere Sekundarstufe-I-Schulen einrichten*
- *Eine Mindestgröße von Oberstufen festlegen, die ein breites Fächerangebot ermöglicht*

Inklusion in Regelschulen braucht Ziel, Konzept und viel mehr Personal

Zwar hat sich die rot-grüne Landesregierung die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Regelschulen auf die Fahne geschrieben, in der Praxis ist aber die Umsetzung bisher gescheitert.

Es fehlen klare Zielsetzungen und ein Umsetzungskonzept, Qualitätskriterien für die Schulen und eindeutige Aufgabenstellungen für die Sonderpädagog*innen in den Regelschulen.

Vor allem aber stellt das Land NRW den Schulen viel zu wenige Lehrer*innen zur Verfügung, um dem Anspruch der Inklusion auch nur im Ansatz gerecht zu werden. Hinzu kommen mangelhafte Gebäude und fehlende Mittel für Hilfsmittel und Materialien.

Durch das Nebeneinander von Inklusion in Regelschulen und Förderschulen wird die Ressourcenknappheit durch organisatorische Probleme weiter verschärft. Der Umstellungsprozess von Förderschule zur Regelschule wird derzeit nicht beherrscht. Darunter leiden alle Beteiligten: Die Schüler*innen mit Behinderungen und deren Familien und die Lehrer*innen spüren die Probleme am stärksten.

Dass SPD und Grüne im einwohnerreichsten Bundesland der Republik die Inklusion ohne klares Konzept und Finanzierung angegangen sind, hat auch dem Inklusionsgedanken insgesamt geschadet.

Was tun?

- *Garantie auf einen Platz im gemeinsamen Unterricht*
- *Qualitätskriterien für guten inklusiven Unterricht*
- *Eine Doppelbesetzung für Klassen im inklusiven Unterricht*
- *Mindestens 9.000 Lehrerstellen zusätzlich für den Inklusionsprozess*
- *Integration der Sonderpädagogen in das jeweilige Kollegium der Regelschulen*
- *Ausweitung und bessere Ausstattung des Schulversuches PRIMUS*
- *Umwandlung der Förderschulen in Orte des Lernens und Förderns*

Inklusive Klassen sollen in einem ersten Schritt auf 20 Schülerinnen und Schüler bei vier Kindern im Förderbedarf gemäß AO-SF-Verfahren beschränkt werden und eine zweite Lehrer*innenstelle zur Verfügung gestellt bekommen. Für diese Klassen muss es klare Qualitätsstandards geben.

Was tun?

- *Aus- und Weiterbildungsprogramm für 1.000 Sonderpädagog*innen pro Jahr*
- *Lehrer*innen werden zur Hälfte ihrer Stunden freigestellt für die Weiterbildung*
- *Förderzentren zur Unterstützung der Regelschulen bei der Entwicklung zur inklusiven Schule*

Bessere Schulen integrieren kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit

Rund 30 Prozent aller Schüler*innen in NRW haben einen Migrationshintergrund. Sie haben damit einen wesentlichen Anteil an der Zukunft unserer Gesellschaft. Kinder mit mehreren Sprachen und solche, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, werden bislang nicht ausreichend gefördert und in ihren besonderen Fähigkeiten unterstützt. Dabei kann kulturelle und sprachliche Vielfalt als Chance und Bereicherung verstanden werden. Gezielte und allgemeine Sprachförderung muss für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf ausgebaut werden, unabhängig von

Herkunft und Muttersprache. Muttersprachlicher Unterricht sollte in den Grundschulen für mehrsprachige Kinder in der Form von Ergänzungsunterricht und für alle in weiterführenden Schulen als offene Fremdsprachenangebote gefördert werden.

Was tun?

- *Förderung der Sprachkenntnisse in einem für alle offenen Ergänzungsunterricht*
- *Fortbildung der Lehrkräfte mit den Fächern Deutsch als Zweitsprache und Deutsch als Fremdsprache*
- *Zweisprachige Alphabetisierung in der Grundschule, wie bereits in Modellen erprobt*

Geflüchtete Kinder und Jugendliche in Schulen besser unterstützen

Derzeit werden geflüchtete Kinder in NRW erst beschult, wenn sie einer Kommune endgültig zugewiesen wurden und dort ihren Wohnsitz haben. Diese Praxis widerspricht der von Deutschland unterschriebenen UN-Erklärung über die Menschenrechte der Kinder und ist damit rechtswidrig.

Besonders integrationsfeindlich ist der neue Erlass zur Beschulung von geflüchteten Jugendlichen: Mit ihrem 18. Lebensjahr endet derzeit ihre Beschulung – auch am Berufskolleg, falls sie bis dahin nicht bereits eine duale Ausbildung oder eine Fachschulausbildung aufgenommen haben. Das hindert sie vielfach daran, ihre Deutschkenntnisse in den Seiteneinsteigerklassen zu vervollständigen.

Auch eine Integration in Regelklassen gemäß dem erreichten Wissensstand ist oft nur eingeschränkt möglich, da die geflüchteten Kinder dann viel älter als ihre Mitschüler*innen sind. Für diese Gruppen müssen andere, altersadäquate Lernangebote gefunden werden, die ihrem Lernstand, aber vor allem ihrem Reifeprozess und ihren Fähigkeiten und beruflichen Interessen entsprechend gestaltet werden.

Was tun?

- *Beschulung von geflüchteten Kindern von Anfang an*
- *Schulbesuch für geflüchtete Jugendliche bis zum Ende eines ersten Schulabschlusses*
- *Einrichtung von speziellen Klassen für geflüchtete Jugendliche gemäß ihrem Lernstand*

Bessere Bildung ohne bekenntnisorientierten Religionsunterricht

Wir setzen uns für Religionsfreiheit und für die klare Trennung von Religionsgemeinschaften und Staat ein. Religionsfreiheit kann nicht bedeuten, dass man nur zwischen verschiedenen großen Religionsgemeinschaften wählen kann. Tatsächliche Religionsfreiheit ist erst gegeben, wenn es keine institutionelle Förderung ausgewählter Religionsgemeinschaften und ihrer Organisationen durch den Staat gibt. Normen und Werte, gesellschaftspolitische und philosophische Fragen sollten in Schulen in einem gemeinsamen Unterrichtsfach thematisiert werden. Wir wollen alle Kinder und Jugendlichen mitnehmen und niemanden diskriminieren. Der gemeinsame religionsübergreifende Unterricht wäre ein wichtiger Beitrag zur Integration. Das Verbindende und das Kennenlernen verschiedener Weltanschauungen und Religionen sollte im Mittelpunkt stehen, nicht das Trennende. Bisher ist das Schulfach „Praktische Philosophie“ in der 5. bis 10. Klasse bzw. Philosophie in der Oberstufe lediglich Ersatzfach für das Pflichtfach Religion. Die geltenden Philosophie-Lehrpläne wären viel besser geeignet für einen gemeinsamen Unterricht zum Thema Ethik, Religionen und Weltanschauungen.

Wir fordern LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames Schulfach.

Was tun?

- *LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als reguläres Fach für alle Schüler*innen*
- *Schule muss Eltern und Schüler*innen darüber informieren, dass die Abmeldung vom konfessionellen Religionsunterricht jederzeit möglich ist*
- *Unterschiedliche Religionen und Weltanschauungen zusammen kennenlernen*
- *Garantie auf bekenntnisorientierten Unterricht aus der Landesverfassung streichen*

Sponsoring und Lobbyismus an den Schulen zurückdrängen

Da es an den Schulen in NRW seit Jahren an vielem mangelt, haben Lobbyverbände, aber auch einzelne Wirtschaftsunternehmen und andere Interessengruppen ein leichtes Spiel, Einfluss auf die Schulen zu nehmen. Sie stellen teilweise Lehr- und Unterrichtsmaterial kostenlos zu Verfügung bis hin zu ganzen Klassensätzen von Laptops. Das geht zum Teil einher damit, dass sie „kompetente Experten“ in den Unterricht schicken, die dann zum Beispiel aus der Sicht des eigenen Unternehmens oder Interessenverbands zu wirtschaftspolitischen Themen Positionen erläutern können.

Eine andere Folge des Mangels an Geld und Personal ist die deutliche Zunahme der kommerziellen Anbieter*innen von Nachhilfe. Hier konnte in den vergangenen Jahren ein riesiger Markt entstehen, obwohl es eigentlich Aufgabe der Schulen sein müsste, Schüler*innen so zu fördern, dass sie nicht nach der Schule noch Nachhilfe in Anspruch nehmen müssen.

Besonders sichtbar wird der Mangel an Geld und Personal in Zusammenhang mit dem Unterrichtsausfall. Dieser wird in der Statistik des Schulministeriums zwar immer wieder heruntergespielt, tatsächlich haben aber eine Untersuchung des Landesrechnungshofs und auch Stichproben von Elternverbänden gezeigt, dass der Unterrichtsausfall in NRW erheblich ist.

Schließlich sind auch viele Schulgebäude in einem schlechten baulichen Zustand, viele Toilettenanlagen sind dringend sanierungsbedürftig. Es fehlt an geeigneten Räumen für den Ganzttag, an Mensen, Fachräumen und Turnhallen.

Was tun?

- *Investitionsprogramm für Schulsanierung und Schulneubau (siehe auch III.2) im Umfang von 1 Milliarde Euro pro Jahr*
- *7.500 zusätzliche Lehrer*innen (Erhöhung der Stellen um 5 Prozent) zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls*
- *Erhöhung der Sätze für Lehr- und Lernmittel im Rahmen des Inflationsausgleichs der vergangenen 14 Jahre*
- *Vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit und damit Abschaffung der Eigenanteile für Schulbücher und Taschenrechner*
- *Wirtschaftsunternehmen und Interessenverbände dürfen keinen Einfluss auf die Schulgestaltung und Unterrichtsinhalte nehmen*
- *Nutzung von Open Source*
- *Verbot von Herstellerpräferenzen und Kaufzwang; Erstellung von Anforderungsprofilen für Lernmittel ausschließlich anhand technischer Daten*

3. Ausbildungsplätze: Mangel beseitigen und Qualität verbessern

„Allen Jugendlichen ist die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufsausübung zu sichern.“ – Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, Artikel 6

Die Notwendigkeit einer qualifizierten Berufsausbildung ist unbestritten. Dennoch haben in NRW immer noch fast eine Million der 20- bis 29-Jährigen keinen beruflichen Abschluss (IT NRW). Immer noch sinkt die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen und die Zahl der vergeblich nach einer Ausbildung Suchenden bleibt weiterhin hoch.

Im „Ausbildungskonsens NRW“ wurde 1996 versprochen: „Jeder junge Mensch in NRW, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet.“ 20 Jahre später ist das Versprechen immer noch nicht eingelöst. Es besteht weiterhin ein deutlicher Bewerber*innenüberhang. Auf 100 Ausbildungsstellen kommen derzeit 120 Bewerber*innen (BA-Regionaldirektion NRW, Presseinfo vom 28. 4. 2016).

Den Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen haben die landesweiten und örtlichen Programme, wie „Kein Abschluss ohne Anschluss“ oder „Neues Übergangssystem Schule – Beruf“) trotz aller Bemühungen der Beteiligten nicht beseitigen können.

Ausbildungsqualität im dualen System verbessern

Angeboten wurden 2015 in NRW rund 120.000 Ausbildungsplätze und damit erneut weniger als im Vorjahr. Dem Angebot standen etwa 140.000 Bewerber*innen gegenüber. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) fasst diesen Personenkreis mit den „Ausbildungsinteressierten“ zusammen, die ihren Vermittlungswunsch bereits vor dem Stichtag 30. 9. aufgegeben haben. Insgesamt suchten demnach 2014 in NRW fast 200.000 Jugendliche eine Lehrstelle (BIBB-Datenreport 2016). Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist also noch erheblich größer als öffentlich dargestellt.

Von allen ausbildungsinteressierten jungen Leuten erhielten nur knapp 60 Prozent eine Ausbildungsstelle, dies ist nach Berlin die niedrigste Einmündungsquote aller Bundesländer. Zur Ausbildungsmisere trägt zudem die hohe Quote aufgelöster Verträge bei. Häufig sind schlechte Ausbildungsbedingungen der Grund für Vertragsauflösungen. Ebenfalls trägt zur Misere bei, dass nur noch knapp ein Viertel aller NRW-Betriebe ausbildet und die Ausbildungsqualität zum Teil ungenügend ist.

Was tun?

- *Wer nicht ausbildet, soll zahlen! NRW muss sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene endlich eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt wird*
- *Einsetzung unabhängiger „Inspekteur*innen“, welche die betriebliche Ausbildungsqualität überprüfen und Betriebe beraten*

Kapazitäten im schulischen Berufssystem ausbauen

Das Gros der Schüler*innenschaft im vollzeitschulischen System wird an berufsqualifizierenden Schulen für Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe ausgebildet. Deren Ausbildungsplatzangebot stagniert seit über einem Jahrzehnt. Viele junge Leute, die an einer Ausbildung in diesen Berufen interessiert sind, müssen abgewiesen werden. Das hat zur Folge, dass der weiterhin steigende Bedarf an Fachkräften nicht gedeckt werden kann. Dabei werden Erzieher*innen, Kranken- und Altenpfleger*innen und auch verschiedene andere Fachkräfte dringend gebraucht.

Was tun?

- *Die Ausbildungskapazität für Gesundheits-, Sozial und Erziehungsberufe sofort deutlich ausbauen*
- *Ausbildung von pharmazeutischen und medizinischen Assistenzberufen sowie Gesundheitsfachberufen und mit Anspruch auf elternunabhängiges BAföG*

Das Übergangssystem weiter umbauen

Jedem jungen Menschen soll eine Ausbildung gemäß seinen Neigungen und Fähigkeiten ermöglicht werden. Dafür bedarf es neben einer Ausbildungsplatzoffensive auch öffentlicher und sozialpädagogisch begleiteter Ausbildungsmaßnahmen anstelle von perspektivlosen Warteschleifen. Benachteiligten Jugendlichen und Heranwachsenden müssen darüber hinaus notwendige und geeignete Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Die dafür bestehenden gesetzlichen Grundlagen, insbesondere der § 13 SGB VIII, dürfen nicht der „Schwarzen Null“ zum Opfer fallen, sondern müssen angesichts sich verschärfender Jugendarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Schief lagen verstärkt angewendet werden.

Auch im Jahr 2015 wechselten noch etwa ein Viertel aller Schulabgänger*innen nach der 10. Klasse, insgesamt circa 61.000 junge Leute, oft solche mit Lernschwächen oder sozialen Problemen, in berufsvorbereitende Maßnahmen. Der Rückgang seit 2005 ist damit in NRW geringer als in vielen anderen Bundesländern. Das Übergangssystem mit jährlichen Kosten von mehreren Milliarden Euro steht seit Längerem in der Kritik von Politik, Praxis und Forschung. Es besteht aus einem Sammelsurium von Maßnahmen, in das die nicht in Ausbildung vermittelten Jugendlichen abgeschoben werden, häufig ohne Aussicht auf eine anschließende qualifizierte Ausbildung.

Dieses System erfüllt seine Aufgabe, in reguläre Berufsausbildung überzuleiten, nur sehr unzulänglich. Zudem hat es ausgrenzende und diskriminierende Effekte. Daher sollten seine Aufgaben einerseits dem Schulsystem und andererseits dem dualen System übertragen werden. Auf diese Weise ließen sich die bisher dem Übergangssystem zufließenden Mittel sehr viel effektiver einsetzen.

In Betrieben ist die „assistierte Ausbildung“ für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf einzuführen. Deren Ausbildungsdauer muss gegebenenfalls zeitlich gestreckt werden.

Was tun?

- *Stopp der Überweisungen in das „Übergangssystem“, stattdessen reguläre Ausbildungsplätze oder schulische Weiterqualifizierung*
- *Assistierte Ausbildung für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf als flächendeckendes Angebot einrichten*

4. Hochschule: Mehr Studienplätze und sichere Arbeitsplätze schaffen

Hochschulen haben eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie müssen dem wissenschaftlichen Fortschritt mit friedlichen Zielen verpflichtet sein. NRW hat die höchste Hochschuldichte und damit bundesweit die höchsten Studierendenzahlen und mehr als 100.000 Beschäftigte. Schon deshalb muss NRW auch eine Vorreiterrolle als studierenden- und beschäftigtenfreundliches Hochschulland einnehmen – für das Wohl aller Menschen. Wir setzen uns für demokratisch kontrollierte Hochschulen mit qualitativ hochwertiger Lehre und Forschung, ausreichende Studienplätzen für alle Studiengänge und Abschlüsse, einen Hochschulzugang ohne Selektion, eine gute Betreuungsrelation und Dauerstellen für das wissenschaftliche Personal ein.

Die staatlichen Hochschulen befinden sich seit Jahren in weitreichenden, betriebswirtschaftlich geprägten Veränderungsprozessen. Die Universitäten entwickeln sich zu unternehmerischen Hochschulen, die untereinander im harten Wettbewerb um Exzellenzförderungen und Drittmittel stehen, auch weil die staatliche Hochschulfinanzierung nicht ausreichend angepasst wird.

Wesentliche Grundlagen der Veränderungen hochschulpolitischer Rahmenbedingungen liegen unter anderem in der Bologna-Reform von 1999 mit der Einführung des gestuften Studienabschlusses mit Bachelor- und Masterabschlüssen, die zur Unterteilung in Zwei-Klassen-Akademiker*innen geführt hat. Vielen Bachelorabsolvent*innen bleibt die Chance auf einen Masterabschluss verwehrt, mit dem verkürzten Studium des Bachelor sind sie der Wirtschaft willkommen, weil unterbezahlte, akademische Fachkräfte.

Flankiert wird der Veränderungsprozess durch vom Bund finanzierte Exzellenzinitiativen, Exzellenzcluster und Graduiertenschulen. Die sich dadurch verschärfende Konkurrenz zwischen den Hochschulen führt ebenfalls zu einer Spaltung in zwei Klassen von Hochschulen: einerseits die Hochschulen, die sich für eine elitäre Spitzenforschung für Masterstudierende etablieren konnten und andererseits den Hochschulen, die eine Massenausbildung in Form des Bachelor für die schnellstmögliche Arbeitsmarktverwertung anbieten.

Durch die einseitige Exzellenzförderung bei gleichzeitig sinkenden Mitteln durch die allgemeine Hochschulfinanzierung gerät die Qualität der Lehre zunehmend in den Hintergrund. Die kontinuierlich steigende Drittmittelfinanzierung aus der Wirtschaft auf inzwischen fast 25 Prozent ersetzt zunehmend die gesellschaftlich wichtige Grundlagenforschung gegen Auftragsforschung für die Wirtschaftsinteressen. Der steigende Einsatz von Drittmitteln hat die Zahlen der, zum Teil extrem kurzfristigen, Befristungen des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen explodieren lassen.

NRW hatte bei dieser Entwicklung eine unrühmliche Vorreiterrolle, als das unter Schwarz-Gelb eingeführte Hochschulfreiheitsgesetz den Einfluss der wirtschaftlichen Interessen besonders befördert und die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Hochschulgremien zugunsten der Wirtschaftsinteressen, zum Beispiel durch die Hochschulräte, stark eingeschränkt hat.

Das heute geltende rot-grüne Hochschulzukunftsgesetz hat sich zwar den landespolitischen Einfluss zurückgeholt, die durch die Fehlentwicklungen entstandenen Probleme aber nicht ansatzweise gelöst. Dazu gehören die strukturelle Unterfinanzierung für Hochschulen, die nicht zum exklusiven Club der Exzellenz-Unis gehören und damit verbunden die sinkende Zahl von wissenschaftlichen Dauerstellen, zu wenig Studienplätze auch für Masterstudierende und eine schlechte Betreuungsrelation. Ganz zu schweigen von der Qualität der Lehre, die bei der Vergabe von Exzellenzförderungen und Drittmitteln komplett leer ausgeht.

Qualitativ hochwertiger Ausbau der Studienplätze in NRW

Die Nachfrage nach Studienplätzen ist in den vergangenen Jahren enorm angestiegen. Da mittlerweile mehr als 60 Prozent aller jungen Erwachsenen in NRW eine Hochschulzugangsberechtigung haben, müssen die Hochschulen ausgebaut und in die Lage versetzt werden, Studienplätze entsprechend der gesellschaftlichen Nachfrage vorzuhalten. Tatsächlich ist es aber so, dass die Kapazitäten für die Hochschullehre kaum ausgebaut wurden. Im Ergebnis ist die Betreuung der Studierenden seit vielen Jahren in NRW bundesweit am schlechtesten. Hinzu kommt, dass trotz des Anstiegs der Zahl der Studienberechtigten die soziale Herkunft bei der Entscheidung für ein Studium immer noch eine große Rolle spielt. Während 75 Prozent der Kinder von Akademiker*innen studieren, studieren 75 Prozent der Kinder von Nicht-Akademiker*innen nicht.

Was tun?

- *Erhöhung der Zahl der Studienplätze in NRW, so dass genügend Plätze für alle Studieninteressierten zur Verfügung stehen*
- *Abschaffung des Numerus clausus und anderer Selektionsinstrumente, mit denen junge Menschen am Studium gehindert werden*
- *Verbesserung der Betreuungsrelation von Lehrenden zu Studierenden, so dass sich die Qualität des Studiums wieder verbessert*
- *Die Anzahl der Masterstudienplätze muss sich am Bedarf der Studierenden orientieren – nicht an fiktiven Zahlen des Wissenschaftsrates! Jede*r qualifizierten Bewerber*in ist ein Masterstudienplatz gesetzlich zu garantieren; zusätzliche Zugangskriterien wie Mindestnote, Bewerbungsschreiben oder gar Abiturnote sind zu verbieten*
- *Für Studierende mit familiären Verpflichtungen und solche, die einer Erwerbsarbeit während des Studiums nachgehen müssen oder wollen, sollen Hochschulen ihr komplettes Studienangebot auch als echte Teilzeitstudiengänge anbieten*
- *Kinderbetreuungsplätze für Studierende mit Kindern an den Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen*
- *Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung des elternunabhängigen BAföGs und Anpassung der Höhe der BAföG-Sätze an die heutigen Lebenshaltungskosten*
- *Bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende schaffen*

Gute Arbeitsplätze für alle Beschäftigten an den Hochschulen garantieren – Die Prekarisierung an den Hochschulen muss überwunden werden

Ein großer Teil der Beschäftigten an den Hochschulen befindet sich in befristeten Arbeitsverträgen, häufig mit kurzen Laufzeiten. Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung ist ebenfalls häufig anzutreffen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Lehraufträgen, die nur stundenweise vergütet werden und mit keinerlei sozialer Absicherung verbunden sind. Da die gute Ausbildung der Studierenden, aber auch die Forschung Daueraufgaben sind, bedarf es hierfür auch dauerhaft beschäftigter Mitarbeiter*innen, die tariflich abgesichert und sozialversichert sind.

Was tun?

- *Einen wissenschaftlichen Mittelbau – also Berufsbiografien, die nicht mit dem Professor*innentitel enden – aufbauen und im Hochschulgesetz wie auch im Landeshaushalt verpflichtend verankern*

- *Wissenschaftliche Hilfskräfte als Personalkategorie abschaffen und durch deutlich besser entlohnte Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen ersetzen, da beide Stellenkategorien ein abgeschlossenes Studium voraussetzen; wissenschaftliche Mitarbeiter*innen benötigen zudem eine gerechte Stellenzuweisung und eine Perspektive, langfristig im Hochschulsystem arbeiten zu können; die Kettenzeitverträge sind abzuschaffen*
- *Die unterschiedliche Entlohnung von FH- und Unibeschäftigten muss ein Ende finden*
- *Studentische Hilfskräfte benötigen eine professionelle Personalvertretung, um die eigenen Interessen gegenüber denen der Arbeitgeber*innen zu verteidigen und durchsetzen zu können*
- *Das Hochschulpersonal wieder zurück in die Landeshoheit überführen*

Hochschulen sowie ihre Forschung und Lehre dienen der Gesellschaft und nicht wirtschaftlichen Interessen

Forschung und Lehre dürfen nicht von wirtschaftlichen Gewinninteressen abhängen. Um breite Grundlagenforschung zum Beispiel in der Medizin auch weiterhin an den Bedürfnissen respektive Krankheiten der Menschen zu orientieren und nicht an den Gewinnerwartungen der Pharmakonzerne, brauchen Forschung und Lehre eine insgesamt ausreichende öffentliche Hochschulfinanzierung.

Was tun?

- *Die steigende Drittmittelorientierung der Hochschulen muss wieder durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Lehre und Forschung ersetzt werden*
- *Bis dahin müssen Forschungsvorhaben, Projekte und ihre Finanzierungen vollständig transparent gemacht und die Pflicht zur Transparenz im Hochschulgesetz verankert werden; wer, wie das meistens der Fall ist, Forschungsvorhaben aus Drittmitteln und öffentlicher Förderung finanziert, darf sich nicht mit Geheimhaltungsklauseln rausreden; nur so lässt sich eine demokratische, gesellschaftlich orientierte Forschung garantieren*
- *Forschung für militärische Zwecke muss unter Sanktionen verboten werden; die Zivilklausel in das neue Hochschulgesetz als MUSS-Bestimmung einführen*
- *Interdisziplinäre Studienangebote fördern*

5. Weiterbildung: Angebote ausbauen und Personal anständig bezahlen

Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der öffentliche Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in jedem Alter für gesellschaftliche, berufliche, kulturelle oder persönliche Ziele: zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können. Demgegenüber ist die aktuelle Entwicklung der Weiterbildung gekennzeichnet durch krasse Fehlentwicklungen auf dem Weg zu einem marktanalogen Gebilde. Sie ist gekennzeichnet durch den Abbau staatlicher Verantwortung und Förderung, durch Privatisierung und Kommerzialisierung, durch Deregulierung und weitergehende Prekarisierung der Beschäftigung sowie soziale Selektion der Teilnehmenden.

Auch bei öffentlichen Einrichtungen müssen diese Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte „am Markt“ erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere Kosten tragen. Das Postulat des lebenslangen Lernens wird konterkariert und der damit verbundene Blick auf die Individualität von Lernprozessen zweckentfremdet, um die Verantwortung für Bildungsteilhabe dem Individuum zuzuschreiben und den Staat zum Zweck der Kostenersparnis weitgehend aus der Verantwortung zu entlassen (vgl. hier wie im Folgenden: Weimarer Thesen 2012, prekär-Info I/2013 der GEW). Hochgradig gefährdet sind damit die Pflichtaufgabe, der Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für alle, wie das NRW-Weiterbildungsgesetz (WbG NRW) es fordert.

Dagegen setzen wir auf eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und einen Ausbau der Volkshochschulen, den örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung.

Was tun?

- *Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des Versorgungsauftrages nach dem Weiterbildungsgesetz NRW bereitstellen*
- *1 Prozent des Landes-Bildungsbudgets für die Förderung der Weiterbildung aufwenden*
- *Langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden*
- *Aufstockung der kommunalen Finanzmittel für die Weiterbildung*

Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen

Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir öffentlich geförderte und verantwortete Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Dies gilt besonders für die bundesweit über 900 Volkshochschulen, die den Kern der öffentlich geförderten Weiterbildung darstellen. Es muss verhindert werden, dass sie sich zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und seiner überwiegenden Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

Volkshochschulen sind bundesweit ortsnahe vorhanden und halten die Grundversorgung an Weiterbildung vor. Viele sind außerdem Ansprechpartnerinnen für die unterschiedlichsten Zielgruppen, besonders auch für diejenigen, die zu „Verlierern“ am Bildungsmarkt abgestempelt werden. In den Kommunen tragen sie oft wesentlich dazu bei, den Zusammenhalt von Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Milieus zu erhalten und ihre Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft zu stärken. Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetze können Volkshochschulen eine wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern. Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der aufsuchenden Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller Lernnetzwerke.

Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden, allgemeinwohlbezogenen Weiterbildung: Integrationskurse für Migrant*innen, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit neuen Medien; diese sind ohne oder nur mit geringem Teilnehmer*innenentgelt anzubieten. Die individuell aufzubringenden Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehindernis werden.

Was tun?

- *Das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung stellen*
- *Ausweitung der Inhalte des Bildungsurlaubs und weiteren Ausbau des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG-NRW)*

Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren und sie über ihre Möglichkeiten zu informieren, sind wohnortnah Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten. Sie arbeiten mit Konzepten, die auf die Ratsuchenden ausgerichtet sind. Zu den guten Rahmenbedingungen zählt auch ein professionelles, wissenschaftlich ausgebildetes Personal mit tariflicher Eingruppierung.

Prekäre Arbeit abschaffen

In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wird völlig selbstverständlich hingenommen, dass Unterrichtstätigkeit vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird, unter ihnen prekär Beschäftigte, die gering vergütet das Ausfall- und Krankheitsrisiko ebenso allein tragen wie die Kosten ihrer sozialen Sicherung. Ihr Einkommen erreicht nach Abzug aller Abgaben oft nur die Höhe von Geringverdienern, viele müssen „aufstocken“! Damit ist Altersarmut vorprogrammiert. Obschon sie öffentliche Bildungsaufgaben erfüllen und in staatlichen Einrichtungen tätig sind, können sie nicht die Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Einkommens kollektiv aushandeln. Mitbestimmungsfunktionen sind ihnen weitgehend versperrt. Ein unerträglicher Zustand.

Durch eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung können mehr feste Stellen und tarifliche Bezahlung ermöglicht beziehungsweise entsprechend hohe Honorare mit sozialer Absicherung (wieder) eingeführt werden.

Was tun?

- *Auf Antrag den scheinselfständig Beschäftigten in einem ersten Schritt den Status als Arbeitnehmerähnliche anerkennen und ihnen Urlaubsgeld zahlen; längerfristig sollen tarifvertragliche Regelungen für alle pädagogischen Tätigkeiten entwickelt und durchgesetzt werden*
- *Bei längerfristigen Angeboten und Maßnahmen sind den Honorarkräften feste bzw. zeitlich befristete Stellen zu tariflichen Konditionen anzubieten*
- *Honorarkräfte erhalten pro Unterrichtsstunde ein Honorar von mindestens 36 Euro; der Mindestlohn nach dem Branchen-Tarifvertrag Weiterbildung kann hier keine Anwendung finden*
- *Mehr Stellen schaffen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD; das setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten kalkuliert werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird; die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen*
- *Einsatz multiprofessioneller Teams, u. a. Sozialarbeiter*innen zur Ansprache und Begleitung von längerfristigen und wiederkehrenden Lerngruppen aus den sogenannten bildungsfernen Schichten und aus der Gruppe der „Schulmüden“*
- *Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und Mitbestimmung sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in der Weiterbildung.*

V. Diskriminierung verhindern und Gleichberechtigung verwirklichen

Wir wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleichermaßen respektiert, geachtet und geschützt wird. Diskriminierung wollen wir überwinden, gleich ob aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Weltanschauung oder Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund körperlicher, geistiger oder psychischer Beeinträchtigungen. Barrieren müssen fallen, wir wollen sie in der Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der Kommunikation unter aktiver Einbeziehung der Betroffenen und ihrer Angehörigen gezielt abbauen.

1. Frauen: Zeit und Arbeit neu verteilen

Als LINKE wollen wir keine „Gleichstellungspolitik“, wie sie von anderen Parteien vermeintlich zugunsten der Frauen vorangetrieben wird. Hier werden Frauen an einem Männerbild gemessen – das zum Menschenbild wird. Wir lehnen dieses Bild ab. Wir wollen nicht, dass Menschen sich immer weiter selbstoptimieren, um in immer weniger Zeit immer mehr Profit für andere zu schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen – ganz gleich, welches Geschlecht sie haben – durch die Garantien des sozialen Lebens so abgesichert sind, dass sie sich für sich und in Solidarität zu anderen jeden Tag weiterentwickeln können – nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen.

So ist unser Ziel nicht weniger als eine andere Aufteilung der vorhandenen (Lebens-)Zeit. Eine Verteilung, die es allen möglich macht, Lohnarbeit zu leisten, sich selber weiterzuentwickeln, mit Freund*innen, Familie oder den Nachbar*innen Zeit zu verbringen und sich dann noch in die Politik einzumischen. Die ungenutzten Stärken von Frauen als Krisenexpertinnen könnten so ganz anders zum Tragen kommen und glänzen, wie beispielsweise in Bereichen der Städteplanung oder der Finanzwirtschaft. Ebenso ließe sich der Wunsch vieler, insbesondere junger, Männer, mehr Zeit für ihre Familien sowie gesellschaftliche und soziale Beziehungen zu haben, erfüllen.

Die meisten Menschen empfinden die Zeit mit ihren Familien und ihren Freund*innen oder die Zeit für sich allein als die schönste und wertvollste Zeit im Leben. Viele von uns wünschen sich „mehr“ davon und freuen sich auf diese Momente – oder bereuen rückblickend, nicht mehr davon gehabt zu haben.

Doch immer häufiger dominiert die Erwerbsarbeitszeit das Leben, sei es in Form längerer Wochen- oder Lebensarbeitszeiten oder der Ungleichheit der Arbeitszeitverteilung in den Partnerschaften und Familien durch immer mehr Schicht- und Wochenendarbeit oder durch keine Erwerbsarbeit mit endlosen Schikanen durch Zwangsmaßnahmen der Argen und einer ständigen Verunsicherung. Immer mehr Frauen – und auch immer mehr Menschen allgemein sagen klar: Die Zeit soll denen gehören, die sie leben. Doch im Sinne von Wirtschaftsinteressen und Profitorientierung wird „Lebenszeit“ immer weiter abgebaut.

Warum nehmen wir hin, dass die Politik auch in NRW bei zahlreichen Entscheidungen genau diesem Trend nachgibt? Warum ist es normal, dass Menschlichkeit nur dann gewährt wird, wenn die ökonomischen Bedingungen es hergeben?

In unserer profitorientierten Gesellschaft tritt dieser Fall immer häufiger ein: Gesundheit, Kinder, Senior*innen, soziale Berufe, Mutterschaft – das sind die Bereiche, die dem Rotstift als erstes zum Opfer fallen. Ein Blick in Kitas, Schulen, Stadtparks, Altenheime, Wohnviertel oder auf Sportplätze reicht als Beleg. Überall dort, wo es in erster Linie darum geht, dass Menschen gut und in Sicherheit leben, wird deutlich, dass heute Angebote meist nur von denen genutzt werden können, die es sich auch leisten können.

Die Arbeit in diesen Bereichen, egal ob sie entlohnt wird oder nicht, ist im Kapitalismus weniger wert, sie wird gerne ins „Private“ geschoben, kann ohne Ausbildung erledigt werden oder wird schlicht mies bezahlt. Erledigt wird sie zum größten Teil von Frauen – unbezahlt, im Schatten und nicht selten mit Armut einhergehend. Eine Politik, deren Grundlage das Leben ist, ist eine Politik für alle Menschen. Nicht weniger fordert DIE LINKE.

Politik für Frauen geht alle an

Wir wollen das nicht länger hinnehmen und setzen uns für eine Politik ein, die Arbeitszeit gerechter verteilt, soziale Arbeiten wertschätzt und Arbeit von Frauen besser bezahlt. Das Leben und alles, was es lebenswert macht, rücken in den Mittelpunkt des politischen Planens und Handelns. Als starke Stimme für dieses Ziel auf allen Ebenen bieten sich die Gleichstellungsbeauftragten an. Wir wollen ihren Auftrag entsprechend erweitern und die Befugnisse stärken.

Was tun?

- *Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes*
- *Befugnisse der Gleichstellungsbeauftragten ausweiten*

Auf dem Weg für ein gutes Leben für alle

Heute leben Frauen wesentlich häufiger in Armut als Männer. Viele von ihnen haben Angehörige gepflegt, sich um die Familienarbeit gekümmert und wurden für diese gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht bezahlt. Gleichzeitig bekommen sie für gleichwertige Arbeit weniger Geld und sind in entscheidenden Funktionen in Wirtschaft, Politik oder Gesellschaft weniger vertreten.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Der Lohnabstand zwischen den Geschlechtern betrug in NRW im Jahr 2015 rund 22 Prozent. Zumeist sind es Frauen, die durch Familienarbeit, durch Teilzeit- und Minijobs später nur eine Armutsrente erhalten und im Alter auf zusätzliche Leistungen angewiesen sind. Und für Frauen in Erwerbsarbeit gilt: Gleichwertige Tätigkeiten werden extrem unterschiedlich bezahlt. Die sogenannten sozialen Berufe rund um Erziehung, Pflege und Gesundheit werden im Schnitt deutlich geringer entlohnt als technische Berufe. Die körperlichen und psychischen Belastungen steigen dabei stetig an. Gleichzeitig sind Frauen in Leitungspositionen weiter unterrepräsentiert. Wir treten dafür ein, dass die Lohnlücke geschlossen wird.

Was tun?

- *Für mindestens 50 Prozent Frauen in Leitungsfunktionen und Aufsichtsorganen sorgen*
- *Aufwertung der sozialen, pflegerischen und Erziehungsberufe*
- *Entgeltgleichheitsgesetz für den öffentlichen Dienst*

Alleinerziehend, weiblich – ein gutes Leben?

90 Prozent der Alleinerziehenden in NRW sind Frauen und 50 Prozent dieser Frauen leben von Hartz IV, Tendenz steigend. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach Erziehungspausen gestaltet sich nach wie vor schwierig. Das höchste Risiko, in Armut aufzuwachsen und dauerhaft in Armut leben zu müssen, besteht für Kinder aus alleinerziehenden Haushalten.

50 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden erhalten keinen Unterhalt, 25 Prozent bekommen weniger als ihnen zusteht. Hinzu kommt eine im Alltag mangelnde gesellschaftliche Wahrnehmung der enormen Belastung von Alleinerziehenden, was zu sozialer Isolation führen kann.

Wir wollen, dass sich die Lage für Alleinerziehende schnell verbessert.

Was tun?

- *Wiedereinstiegsprogramme in den Beruf für Alleinerziehende anbieten*
- *Teilzeitausbildungen mit Kinderbetreuung ermöglichen*
- *Verlässliche Finanzierung von Elternzentren sicherstellen*
- *Unterstützung von Selbsthilfenetzwerken Alleinerziehender*

Sexismus die rote Karte zeigen

Voraussetzung für eine gleichberechtigte Gesellschaft ist, die alltäglichen sexistischen Diskriminierungen, Erwartungshaltungen, Zuschreibungen, genormten Bilder und Vorbilder abzuschaffen.

Ein gutes Leben für alle bedeutet auch, individuelle Lebens- und Liebesmuster leben zu können. In der Realität werden wir in Bildung, Werbung, Berufsalltag oder im öffentlichen Raum mit traditionellen Rollenbildern konfrontiert, die unser gesellschaftliches Zusammensein maßgeblich beeinflussen. Wir wollen die einschränkende Dominanz dieser Rollenbilder aufbrechen und damit mehr Freiraum für individuelle Entfaltung schaffen. Zu berücksichtigen ist zudem, dass Frauen sehr viel häufiger Opfer von Sexismus und Gewalt werden.

Was tun?

- *Alte Rollenbilder in Bildung und Erziehung aufbrechen*
- *Lehr- und Lernmaterialien entsprechend überarbeiten*
- *Lehrer*innen und Erzieher*innen entsprechend ausbilden*
- *Keine sexistische Werbung mehr auf öffentlichen Flächen*
- *Gleichstellung aller sexueller Identitäten*

Ein gutes Leben bedeutet auch sexuelle Selbstbestimmung

Die sexuelle Selbstbestimmung ist ein wesentlicher Grundsatz eines linken Feminismus und darf weder eine Frage des Einkommens noch der Herkunft sein. Konkret bedeutet dies für Frauen, selbst über ihren Körper und ihr Leben zu entscheiden und nicht den unterschiedlichen Erwartungshaltungen einer patriarchalischen Gesellschaft entsprechen zu müssen.

Hierzu gehört eine echte Wahlfreiheit über Verhütung, unabhängig vom finanziellen Status, der Kampf gegen die sexuelle Herabwürdigung des weiblichen Körpers im Alltag oder auch die Wahl über Geburtsformen und Geburtsorte.

Hebammen absichern

Die Sicherung des Berufs der Hebammen und die dauerhafte Gewährleistung dieser für Eltern unverzichtbaren Unterstützung sind hierbei zwingend erforderlich. Es ist nicht hinnehmbar, dass seit Jahren immer mehr Hebammen aufgrund der Haftpflichtproblematik aus der freiberuflichen Geburtshilfe aussteigen oder gar den Beruf ganz aufgeben. Bereits jetzt findet nicht mehr jede Frau eine Hebamme bei der Schwangerenvorsorge und der Wochenbettbetreuung oder für eine außerklinische Geburt. Insbesondere im ländlichen Raum in NRW mussten bereits Kreißsäle schließen, da keine Beleghebammen mehr zu finden sind.

Was tun?

- *Kostenlose Verhütungsmittel für Geringverdienerinnen*
- *Weltanschaulich neutrale Schwangerenkonfliktberatung flächendeckend sichern, keine Androhung von Strafen*
- *Finanzielle Absicherung der freien Hebammen*
- *Wahlfreiheit des Geburtsortes sicherstellen; Hausgeburten dürfen Klinikgeburten nicht nachgestellt werden*

Gewaltfrei leben können

Gewalt gegen Frauen findet zumeist im engen persönlichen Kreis statt, unbeobachtet von der Gesellschaft. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist jedoch keine Privatsache, sondern Ergebnis der gesellschaftlichen Macht- und Ressourcenverteilung. Politik muss Gewalt gegen Frauen bekämpfen und die Unterstützung der Opfer garantieren.

Linker Feminismus ist antirassistisch, wir lehnen jede Form von Ungleichbehandlung von Tätern sexueller Gewalt ab.

Was tun?

- *Konzept zur Gewaltprävention gegen Frauen*
- *Ausbau und Weiterführung der Online-Beratung für Gewaltopfer*
- *Finanzielle Absicherung der Beratungsstellen und Frauen-Notrufe*
- *Frauen- und Mädchenhäuser flächendeckend finanziell absichern*

2. Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen

Seit über 100 Jahren beherbergen das Rheinland und Westfalen Europas größte Industrieregion. Noch länger ist das Gebiet bereits ein Einwanderungsland. An Rhein und Ruhr standen die Waffenschmieden für zwei Weltkriege mit Millionen Opfern und weitreichender Zerstörung in Europa. Auch heute werden von den Rüstungskonzernen in NRW die Waffen produziert, vor denen Menschen etwa aus Syrien zu uns flüchten. Sowohl nach dem Zweiten Weltkrieg ab 1945 als auch nach der Wiedervereinigung seit 1990 sind hunderttausende Menschen zu uns gekommen. In den 1960er Jahren schloss die BRD im Namen der Industrie Anwerbeabkommen mit Ländern Südeuropas. Allein aus der Türkei kamen mehrere hunderttausend Arbeitsmigrant*innen, die mit ihren Familien hier heimisch wurden. Anfang der 1990er Jahre erreichten uns viele Menschen, die vor den Kriegen in Jugoslawien geflohen waren.

Die Politik der vergangenen Jahre hat bei der Beseitigung des Investitionsstaus in den Kommunen ebenso versagt wie bei der Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen und Bildungschancen. Überproportional betroffen sind dabei Migrant*innen. Die jahrzehntelange Verweigerung einer Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber der sogenannten ersten und zweiten Generation der Einwander*innen hat zu fortdauernden und kumulierten Benachteiligungen auch von jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt, die überproportional häufig aus Haushalten mit geringem oder keinem Erwerbseinkommen kommen. Diese Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

DIE LINKE NRW sieht in der vollständigen gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Migrant*innen die Voraussetzung für eine gut funktionierende Einwanderungsgesellschaft.

Gleiche soziale und politische Rechte für alle

Über zwei Millionen Menschen in NRW sind nicht eingebürgert. Um langjährig hier lebenden Migrant*innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu verschaffen, bedarf es deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. Denn es ist undemokratisch, eine große Zahl von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in NRW haben, rechtlich zu Menschen zweiter Klasse zu machen. Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben.

Ergänzt werden muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen. Das Land NRW muss auf Landesebene alle diskriminierenden und ausgrenzenden Gesetze und Vorschriften abschaffen und sich auf Bundesebene für die Beseitigung solcher einsetzen. Das ist auch ein zentraler Baustein im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

Was tun?

- *Verfahren der Einbürgerung vereinfachen und Gebühren abschaffen*
- *Zulassung von Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern*
- *Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben*
- *Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen*
- *Antidiskriminierungsgesetz für NRW einführen*
- *Förderung der Selbstorganisationen von Migrant*innen*

Integration durch Bildung

Die Unterfinanzierung des Bildungssystems ist eine der Ursachen für die in Deutschland immer wieder nachgewiesene Abhängigkeit des Bildungserfolgs von Kindern vom sozialen Status, Bildungsniveau und Einkommen ihres Elternhauses. Dies betrifft sowohl Kinder ohne Migrationshintergrund, aber besonders auch Kinder mit Migrationshintergrund. Gleicher Zugang zu Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, individuelles Wohlergehen und soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen – wie alle Kinder – höchstmöglich qualifiziert werden. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf stattfinden.

Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende personelle und sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen. Wir setzen uns dafür ein, die Herkunftssprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen und in Schulen als offene Angebote für alle Schüler*innen anzubieten.

Das bestehende Integrationskurssystem ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe Qualität der Kurse zu ermöglichen. Zudem müssen Geflüchtete mit Duldung, Asylsuchende und Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einbezogen werden.

Neu hier ankommende Menschen haben vielfach Qualifikationen und Schul- und Berufsabschlüsse verschiedenster Art. Diese anzuerkennen ist ein wichtiger erster Schritt, um den Betroffenen einen guten Start und eine erfolgreiche gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Was tun?

- *NRW muss sich für die Aufhebung des grundgesetzlichen Verbots der Bildungszusammenarbeit zwischen Bund und Ländern (Kooperationsverbot) einsetzen*
- *Es muss ein Sofortprogramm aufgelegt werden zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können; in allen Lehramtsstudiengängen mit dem Unterrichtsfach Deutsch und allen Germanistikstudiengängen soll Deutsch als Zweitsprache als verpflichtendes Modul aufgenommen werden, Module der interkulturellen Pädagogik soll es in allen Lehramtsstudiengängen geben*
- *Eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulbedarf muss es für alle Kinder geben; Willkommens- bzw. Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie von Schulsozialarbeiter*innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen; geflüchtete Schüler*innen sollen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert werden*
- *Die Schulpflicht muss für alle Kinder und Jugendlichen frühzeitig und unabhängig vom Aufenthaltsstatus in allen Bundesländern gelten, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker*

auszubauen, damit die Versorgung quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann

- *Es muss vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule auch für Geflüchtete geben, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen; Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn müssen generell erleichtert werden*
- *Allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur Verfügung stellen*
- *Feste Stellen und angemessene Bezahlung für Integrationslehrer*innen finanzieren*
- *Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten*
- *Schulen zur Förderung von Mehrsprachigkeit angemessen ausstatten*
- *Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern*

Integration durch Arbeitsplätze

Für viel zu viele Menschen bleibt der Arbeitsmarkt verschlossen, obwohl es in den vergangenen Jahren eine Beschäftigungszunahme gegeben hat. Besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende sowie Migrant*innen werden dabei ausgegrenzt. Viele Arbeitgeber*innen geben ihnen keine Chance, gleichzeitig wird ein vermeintlicher Fachkräftemangel beklagt. Die Langzeiterwerbslosigkeit hat sich bei über einer Million verfestigt.

Der Arbeitsmarkt ist zunehmend fragmentiert. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglohn, Werkverträge und Minijobs prägen zunehmend die Arbeitslandschaft. Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu kämpfen. Diese sind abzubauen. Er kämpfte Mindeststandards wie der gesetzliche Mindestlohn dürfen nicht infrage gestellt werden. Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende Integration. Prekäre Arbeit dagegen führt strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung.

Was tun?

- *Asylsuchenden sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch zu lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen; diesen Teilnahmeanspruch sollen auch Geduldete unabhängig vom Duldungsgrund erhalten*
- *Arbeitsverbot für Asylbewerber*innen in den ersten drei Monaten abschaffen; die Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten soll abgeschafft werden*
- *Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung gewähren*
- *Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse vereinfachen und beschleunigen*
- *Über eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Hand ist der Personalbestand im öffentlichen Dienst deutlich und auf ein ausreichendes Maß anzuheben; darüber hinaus sind inklusiv ausgestaltete Arbeitsplätze im Bereich längerfristiger öffentlich geförderter Beschäftigung auch für Geflüchtete bereitzustellen*
- *Interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden*

Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik

In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Abschreckung von schutzsuchenden Menschen geschaffen: die Zwangsunterbringung in entpersönlichenden Lagern, massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen) und sozialrechtliche Diskriminierungen (Arbeitsverbote, Versorgung unterhalb des menschenwürdigen Existenzminimums, eingeschränkte Gesundheitsversorgung, die diskriminierende und zudem kostenintensivere Praxis, Sachleistungen statt Bargeld und vieles mehr).

Eine Politik der Ausgrenzung und Entrechtung ganzer Geflüchteten Gruppen verstärkt bestehende Vorurteile, indem suggeriert wird, dass gegen einen angeblich verbreiteten Asylmissbrauch harte Maßnahmen erforderlich seien. Das ist nicht zuletzt angesichts der dramatisch gestiegenen, rassistisch motivierten Angriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsheime unverantwortlich.

NRW soll ein Land sein, das Geflüchteten offen gegenübertritt. Die Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag ihrer Ankunft beginnen.

Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Viele Menschen in Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten Jobs, müssen Aufstockerleistungen beantragen, weil es zum Leben nicht reicht. Sie hätten nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten würde. Die Ursache für Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es allen besser geht.

Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich „guten Bleibeperspektive“ und solche mit einer angeblich „schlechten Bleibeperspektive“ einzuteilen. Seitdem der Begriff der „Bleibeperspektive“ mit dem Asylpaket I im Oktober 2015 eingeführt wurde, dient er als praktisches Instrument, um Menschen aus bestimmten Ländern Leistungen, Angebote und Teilhabemöglichkeiten zu verwehren. Mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“ wird vielen Geflüchteten zum Beispiel der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert, und ihnen wird nicht erlaubt, sich selbst eine Wohnung zu suchen.

Die Menschenrechtssituation zum Beispiel in den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien und Tunesien hat sich nicht maßgeblich geändert. Der politische Vorstoß, sie dennoch zu angeblichen „sicheren Herkunftsstaaten“ zu machen, ist daher lediglich ein weiterer Baustein der unmenschlichen Abwehr von Menschen auf der Flucht. Wir lehnen das Konstrukt der angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht grundsätzlich dem als Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl. Es dient dazu, die Rechte und Widerspruchsfristen von Geflüchteten zu beschneiden, eine fundierte Einzelfallprüfung zu vermeiden und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen schneller abschieben zu können.

Fluchtgründe von Menschen, die in ihren Herkunftsländern als vermeintliche oder tatsächliche Roma diskriminiert und verfolgt worden sind, werden strukturell nicht anerkannt. Menschen, die aus den Balkan-Ländern geflohen sind, sammelt die NRW-Landesregierung immer in speziellen, „Ausreisezentren“ genannten Sonderlagern, anstatt sie auf die Kommunen zu verteilen. Ihre Asyl-Anhörungen dauern häufig nur wenige Minuten, Geflüchtetenräte und Initiativen der Geflüchtetenarbeit zweifeln an der Rechtsstaatlichkeit dieser Verfahren.

Was tun?

- *Keine Zustimmung Nordrhein-Westfalens im Bundesrat für die Erklärung weiterer Länder zu angeblich sicheren Herkunftsstaaten*
- *Bundesinitiative: Wiederherstellung des grundgesetzlichen Rechts auf Asyl*
- *Sonderlager für Geflüchtete aus Balkan-Staaten auflösen*
- *Eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass schaffen*
- *Jegliche Abschiebep Praxis beenden*
- *Auflösung der Abschiebehaftanstalten*
- *Verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen*
- *Vorrangigkeitsprüfung im ganzen Land NRW aussetzen*
- *Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und finanzieren*
- *Qualifizierte Dolmetscher*innendienste für das Gesundheitswesen*
- *Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die Ausländer*innenbehörden verbindlich sein*
- *Die Strukturen der Geflüchtetenarbeit ausbauen und verstetigen. Dafür mehr Personal sowohl in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen.*
- *Eine*n vom Landtag bestellte*n Geflüchtetenbeauftragte*n ernennen¹*
- *Den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern*
- *Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden*
- *Vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen*
- *Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften*
- *Verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung schutzsuchender Menschen in den Kommunen*
- *Keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen – Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen*
- *Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende*

Geflüchtete schützen – Faschismus bekämpfen

Nicht nur gewalttätige Neonazis hetzen mit rassistischen Parolen und gewalttätigen Aktionen gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen. Rechtspopulistisches, rassistisches Gedankengut ist in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft angekommen. Die Wahlerfolge der AfD, Aufmärsche der PEGIDA, Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen anderer faschistischer Organisationen belegen dies. Im Jahr 2016 wurden bis Mitte Oktober 797 Straftaten gegen Flüchtlingsheime, davon 740 mit rechtspopulistischem/faschistischem Hintergrund begangen („BKA-Bericht“) In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Angriffe massiv gestiegen, von 69 Angriffen im Jahr 2013 auf 199 im Jahr 2014.

¹ Die/der Geflüchtetenbeauftragte soll den Landtag in allen flüchtlingspolitischen Fragen beraten, auf eigene Initiative Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und Verordnungen abgeben dürfen, gegenüber den zuständigen Behörden Akteureinsichtsrechte besitzen und die Bevölkerung über flüchtlingspolitische Belange informieren. Der/dem Beauftragten wird ein Beirat aus Vertreter*innen der Landtagsfraktionen, der Wohlfahrtsverbände und flüchtlingspolitischen NGOs sowie Selbstorganisationen von Geflüchteten beigelegt.

Das NRW-Innenministerium gab bekannt, dass bis zum 05.10.2016 185 „rechtsextremistische Straftaten“ gegen Flüchtlingsunterkünfte in NRW begangen wurden. Ferner gab es 13 Körperverletzungen, 20 Branddelikte und 75 Sachbeschädigungen.

Was tun:

- *Öffentlichkeit für Geflüchtete weiter sensibilisieren*
- *Rassistische/faschistische Strukturen vor Ort erkennen und bekämpfen*
- *Selbstorganisation der Geflüchteten stärken*
- *Zusammenarbeit der Geflüchteten- mit antifaschistischen Initiativen ausbauen*

3. Queer: Gleichstellung und Akzeptanz aller Lebensweisen erreichen

„Warme Worte kosten nichts“: Unter diesem Motto kann die Queer-Politik der Landesregierung von SPD und Grünen zusammengefasst werden. Zwar hat die Landesregierung mit dem „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ unter Beteiligung von Selbstorganisationen der Lesben und Schwulen unterstützenswerte Ziele formuliert, doch zur Umsetzung zahlreicher wichtiger Maßnahmen sind keine finanziellen Mittel vorhanden. Zudem steht auch nach fünf Jahren eine Verankerung des Aktionsplans als Querschnittsaufgabe innerhalb der Landesregierung aus.

Gesellschaftlich nimmt zudem die Ablehnung und Ausgrenzung von Schwulen, Lesben und Transgendern massiv zu, wie Studien und Alltagserfahrungen belegen. Auf die neue Welle von Homo- und Transphobie muss politisch offensiv reagiert werden. Besonders schwer, sich in der Gesellschaft zurecht zu finden, haben es intersexuelle Menschen und Transgender. Der gesellschaftliche Druck, sich eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen, führt zu einem täglichen Kampf um Sichtbarkeit und Akzeptanz.

Wir setzen uns für eine umfassende Verhinderung der Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen sowie Intersexuellen und Transgendern ein. Das „Verbot“ von Diskriminierungen ist hierzu nur bedingt tauglich. Vielmehr gilt es, die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung unterschiedlicher Lebensweisen und sexueller Identitäten im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Dazu gehört insbesondere auch, junge Menschen im Coming-out und in ihren Selbstfindungsprozessen zu unterstützen und damit ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Diskriminierungen nicht mehr möglich sind.

Was tun?

- *Fortschreibung und Ausfinanzierung des „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“*
- *Aufbau einer landesweiten kostenlosen Rechtsberatung für Opfer von Homo- und Transphobie*
- *Bildungsplan für sexuelle Vielfalt in NRW und ein deutlicher Ausbau des Projekts „Schule ohne Homophobie“ (derzeit nehmen lediglich 17 von über 6.000 Schulen teil)*
- *Eine umfassende Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von Schwulen, Lesben, Sexarbeiter*innen sowie inter- und transsexuellen Menschen in NRW*
- *Das Projekt SchLAu NRW (Schwul-lesbische Aufklärung NRW) einbeziehen und stärker fördern*

- *Eine Zustiftung des Landes NRW an die ARCUS-Stiftung als Teil der kollektiven Wiedergutmachung für die Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen*
- *Arbeitsplätze ohne Diskriminierung als Kriterium für die Vergabe öffentlicher Mittel*
- *Verstärkte strukturelle Förderung der Selbstorganisationen von Lesben und Schwulen (LAG Lesben in NRW, Schwules Netzwerk NRW, LSVD)*
- *Aufbau und Förderung handlungsfähiger Selbstorganisationen „Trans- und Intersexualität“ fördern*
- *Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen an die Staatskanzlei anbinden*
- *Queerpolitik als Querschnittsaufgabe wahrnehmen*
- *Eigene Erfassung homo- und transphober Straftaten in der Kriminalstatistik*
- *Ausbau von Beratungsstellen und niedrigschwelligen Angebote für Sexarbeiter aus dem Bereich der mann-männlichen Prostitution, insbesondere im Bereich der Armut- und Beschaffungsprostitution*
- *Handlungsfähige Selbstorganisationen von Sexarbeiter*innen aufbauen und fördern*
- *Ein landesweites Verbot sogenannter kommunaler „Sexsteuern“*
- *Einrichtung einer Dokumentationsstelle zum § 175 StGB beim Landesjustizministerium, die beim Nachweis erlittener Verfolgung behilflich ist*
- *Aufbau einer unabhängigen Beratungsstelle, die betroffene Opfer beim Kampf um Entschädigung und Rehabilitation unterstützt*
- *Aufbau eines interdisziplinären Instituts zur Erforschung queerer Lebenswelten an einer nordrhein-westfälischen Universität, verbunden mit dem Aufbau eines entsprechenden Archivs*
- *Ausreichende und unabhängige Beratungsangebote für Erziehungsberechtigte intersexueller Kinder, um verfrühte operative Eingriffe bzw. hormonelle Medikationen und damit einhergehende Traumatisierungen zu verhindern*

4. Menschen mit Behinderungen: Selbstbestimmt leben in einem inklusiven NRW

Menschen mit Beeinträchtigungen werden durch verschiedenste einstellungs- und umweltbedingte Barrieren an einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehindert. Erst durch die Wechselwirkung von Barrieren und Beeinträchtigung wird eine Beeinträchtigung zur Behinderung. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland unterschrieben hat, bezieht einen konsequenten und radikalen Standpunkt: Sie fordert einen Abbau dieser Barrieren. Die Gesellschaft hat sich den (behinderten) Menschen anzupassen – nicht umgekehrt!

Eine barrierefreie Umwelt erleichtert das Leben für alle Menschen. Fahrstühle zu den Gleisen sind hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, mit Fahrrad und Kinderwagen, für alte Menschen wie auch für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in Formularen ermöglicht Menschen mit geringen Schriftkenntnissen, Älteren oder auch Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie Menschen mit Lernbehinderung besser, ihre Rechte zu verstehen und selbstbestimmt soziale Leistungen einzufordern.

Behinderung in NRW – Warum wir noch (lange) nicht zufrieden sind

In NRW leben etwa 1,7 Millionen Menschen mit anerkannten schweren körperlichen, geistigen und/oder seelischen Behinderungen. Materielle Barrieren sowie ein Denken, das Menschen ohne Beeinträchtigung als Norm setzt und alle aussondert, die dieser „Normalität“ nicht entsprechen, behindern die gleichberechtigte Teilhabe nicht nur von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft, sondern auch von chronisch kranken, älteren oder pflegebedürftigen Menschen.

Die vielen Einzelmaßnahmen der Landesregierung für diese Menschen bleiben vielfach Stückwerk: Das Inklusionsstärkungsgesetz brachte nur kleinere Verbesserungen, teilweise sogar Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung. Der Aktionsplan enthält weder überprüfbare, konkrete Ziele noch werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, um ihn umzusetzen. Auch dem Schulgesetz fehlen die finanziellen und personellen Ressourcen für die geforderte schulische Inklusion. Menschen mit Behinderung leben, lernen und arbeiten immer noch oft gesondert in Einrichtungen: Heime für Menschen mit Behinderung, stationäre Altenpflegeeinrichtungen, Förderschulen und auch die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM). Dies widerspricht den anerkannten Menschenrechten und der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Eine gleichberechtigte, selbstbestimmte und gestaltende soziale Teilhabe durch Menschen mit Behinderung kann jedoch nicht abgesondert, sondern nur inklusiv gelingen.

Mit gutem Beispiel voran

„Nichts über uns ohne uns“ heißt eine Forderung der selbstbestimmten Behindertenbewegung. DIE LINKE NRW will gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung und ihren Verbänden in NRW die Grundlagen dafür schaffen und verbessern. DIE LINKE NRW will dabei selbst mit gutem Beispiel lernend vorgehen: Sie hat die Umsetzung eines Teilhabekonzeptes für Menschen mit Behinderung für die Landespartei beschlossen und setzt es Zug um Zug um. Von der Landesregierung fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW auf der Landesebene und der kommunalen Ebene.

Was tun?

- *Systematische Überprüfung neuer und alter Landesgesetze und Verordnungen auf Konformität mit der UN-Behindertenrechtskonvention*
- *Umwandlung des Aktionsplanes NRW in einen verbindlichen Aktionsplan ohne Kostenvorbehalt, mit überprüfbaren Zielen und Fristen*
- *Bereitstellung ausreichender personeller und finanzieller Mittel zur Umsetzung des Aktionsplanes, mit regelmäßiger Überprüfung des Fortschrittes*
- *Erarbeitung von Aktionsplänen für jede Stadt und jeden Kreis gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung und ihren Interessenvertretungen; Bestellung von Inklusionsbeauftragten für deren Umsetzung*
- *Förderung von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu unterstützen*
- *Stärkung der Stellung des Landesbehindertenbeauftragten, des Landesbehindertenbeirates und der Behindertenvertretungen in den kommunalen Parlamenten durch eine entsprechende Änderung der Gemeinde-, Kreis- und Landschaftsverbandsordnung*
- *Umsetzung des Wahlrechtes für alle, auch für Menschen unter vollständiger Betreuung*
- *Umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, Wahlleinrichtungen)*

Bauen, Wohnen und Verkehr

Die materielle Lebensumgebung unserer Gesellschaft ist zu einem großen Teil gebaut: Straßen, Wohnhäuser, Fabriken, öffentliche Einrichtungen. Überall entscheiden teilweise banale Details wie die Höhe der Bordsteine und die Konstruktionsweise von Türen über die Bewegungsfreiheit und Teilhabemöglichkeit vieler Menschen. Wir wollen, dass die Bedürfnisse aller Menschen beim Bauen berücksichtigt werden.

Was tun?

- *Fördermittel für den barrierefreien Umbau von Bestandsgebäuden*
- *Flächendeckende und aufsuchende Wohnberatung*
- *Festlegung der DIN 18040 (Barrierefreiheit) als verbindliche „Technische Baubestimmung“*
- *Ausstattung der Gebäude des Landes NRW mit Induktionsschleifen*
- *Systematischer und flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen*
- *Förderprogramm des Landes für den barrierefreien Ausbau von Bus und Bahn*
- *Verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs bis 2022, Beteiligung des Landes an den Kosten des Ausbaus und die Beteiligung der Betroffenen an den Planungen*
- *Schulung des Personals im öffentlichen Personenverkehr zum Thema Inklusion*

Bildung und Arbeit

Die Trennung von Menschen mit und ohne Behinderung im Bildungssystem muss ein Ende haben. Dazu müssen Kitas und Schulen passend ausgestattet werden. Auch im Arbeitsleben sollen Menschen mit Behinderung als vollwertige Mitmenschen anerkannt und entsprechend entlohnt werden. Um die gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion zu bewältigen, benötigen wir zudem mehr Menschen mit bestimmten inklusionsbezogenen Kompetenzen.

Was tun?

- *Förderung der Inklusion in den Kitas durch bessere Sach- und Personalausstattung und eine veränderte Ausbildung von Erzieher*innen*
- *Umsetzung der Standards für inklusive Schulen: barrierefreie Schulgebäude, kleinere Klassen, multiprofessionelle Unterstützungsteams, mehr sachliche und personelle Ressourcen sowie eine entsprechende Lehrerausbildung und -weiterbildung*
- *Förderung der Anwendung des Budgets für Arbeit als Instrument regulärer Beschäftigung für Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt*
- *Schrittweise Einführung einer tariflichen Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf Außenarbeitsplätzen*
- *Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt an Betriebe mit einem hohen Schwerbehindertenanteil, an Integrationsunternehmen und Betriebe mit Integrationsabteilungen; dafür eine Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes*
- *Für Gebärdensprachdolmetschen soll ein Studiengang an den Hochschulen in NRW angeboten werden, zusätzlich soll sich das Land NRW für die Schaffung einer Berufsausbildung im Bereich Gebärdensprachdolmetschen einsetzen*
- *Das Land soll sich für die Schaffung einer Ausbildung „Übersetzer*in leichte Sprache“ und „Prüfer*in leichte Sprache“ einsetzen*
- *Erhöhung des Zuschusses für die Blindenhörbücherei*

Gesundheit und Pflege

Der barrierefreie Zugang zum Gesundheitssystem ist von besonderer Bedeutung. Arztbesuche dürfen nicht an unzugänglichen beziehungsweise nicht barrierefreien Praxen scheitern. Daher wollen wir den barrierefreien Umbau festlegen und hierfür Fördermittel bereitstellen.

Im eigenen Zuhause zu leben ist ein menschliches Grundbedürfnis. Das wollen wir mit einem Ausbau entsprechender Unterstützungsleistungen für alle Menschen ermöglichen. Wer in stationären Einrichtungen lebt, hat Anspruch auf Schutz gegen Willkür und Gewalt.

Was tun?

- *Barrierefreiheit als Zulassungskriterium bei Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen einführen*
- *Förderung von Umbaumaßnahmen für Barrierefreiheit bei Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen*
- *Traumaambulanzen flächendeckend ausbauen und für bessere Versorgung mit Therapeut*innen sorgen*
- *Finanzielle Förderung des barrierefreien Wohnungsneu- und -umbaus*
- *Förderung von persönlicher Assistenz in jeder Lebenslage*
- *Bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfsmitteln*
- *Förderung des Persönlichen Budgets, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können*
- *Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflegekräfte*
- *Maßnahmen gegen Gewalt in stationären Einrichtungen, insbesondere gegenüber Frauen mit Behinderung oder pflegebedürftigen Menschen*
- *Stärkung der Heimaufsicht*
- *Stärkung der Heimbeiräte*
- *Fixierungen und Ruhigstellungen durch Medikamente abschaffen*

Beratung, Kommunikation und Information

Auch der Zugang zu Information und Kommunikation muss barrierefrei sein, damit die Inklusion gelingen kann. Wir wollen den Weg nicht nur ebnen, sondern auch durch Wegweiser übersichtlicher gestalten.

Und wer hätte einen besseren Blick auf die Problemlagen als selbst Betroffene? Wir wollen Hilfsangebote, in denen Betroffene mitarbeiten, besonders fördern.

Was tun?

- *Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderen Diensten, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste*
- *Schaffung barrierefreier Verwaltungen – vom Formular bis zum Gebäude*
- *Flächendeckender Aufbau und Förderung von unabhängigen Beratungsstellen und aufsuchender Beratung, in denen Menschen mit Behinderung Beratung für Menschen mit Behinderung leisten (Peer-Counseling)*

VI. Die Zerstörung unserer Umwelt beenden

1. Umweltschutz: Sich gemeinsam den Konzernen entgegenstellen

Der Erhalt einer gesunden lebenswerten Umwelt und ein ungezügelter Kapitalismus sind miteinander auf Dauer unvereinbar. Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus, denn die kapitalistische Wirtschaftsordnung verläuft ethisch, sozial und ökologisch ungesteuert nach dem Gesetz der Profitmaximierung. Erst nach einer sozialistischen Transformation der wirtschaftlichen Verhältnisse wird es wirklich möglich sein, die Umwelt nachhaltig zu schützen und für unsere Nachkommen zu erhalten. Wir müssen daher den gegenwärtigen politischen Kurs grundlegend verändern. Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen. Die Auswirkungen des Klimawandels zwingen zum Handeln.

Umweltschutz ist für uns nicht nur eine Frage des Lifestyles für Leute, die sich etwas teurere Bioprodukte leisten können. Es geht um Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft und Wirtschaft, bei denen die Menschen sich nicht ihre Gesundheit ruinieren – hier bei uns und im Rest der Welt. Es geht um gute Lebensbedingungen für alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialen Status – in der Stadt wie auf dem Land. Moderner Tourismus sollte sozial gerecht, barrierefrei, ökologisch sanft und ressourcenschonend sein. Wo wir Urlaub machen, sollen sich später auch andere noch erholen können.

Ökologische Politik müssen wir in NRW vor allem gegen Lobbyinteressen durchsetzen. Die Umwelt darf nicht den Gewinninteressen von Konzernen und Finanzinvestor*innen ausgeliefert sein. Wir wollen vorwärts gewandte Arbeitsplätze und Produktionsweisen voranbringen, die Zukunft haben, statt unsere Zukunft zu bedrohen.

Dabei bleibt uns bewusst, dass im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit dem durch den Konkurrenzdruck erzeugten Zwang zur fortwährenden Steigerung der materiellen Produktion eine nachhaltige ökologische Politik und ausreichende Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels kaum möglich sein werden.

Was tun?

- *Umweltinitiativen und engagierte Menschen in den Mittelpunkt der Umweltpolitik stellen*
- *Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik an strengen Umwelt- und Klimaschutzziele ausrichten*
- *Flächenverbrauch und -versiegelung wirksam reduzieren, Bäume besser schützen, Grünstreifen naturnäher bepflanzen, Fassaden- und Dachbegrünungen sowie die Regenwassernutzung besser fördern*
- *Nationalparks, Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausweiten*
- *Braunkohletagebau beenden, den Hambacher Forst und die übrigen tagebauegefährdeten Landschaften erhalten*
- *Kommunen zu Baumschutzsatzungen verpflichten*

- *Projekte der ökologischen Selbstorganisation wie „Urban Gardening“ fördern*
- *Lärm und Lichtverschmutzung ernsthaft reduzieren*
- *Gefährdung durch Atomanlagen und Fracking bekämpfen*
- *Landesentwicklungsplanung für Flughäfen zugunsten der berechtigten Interessen von lärmgeplagten Anwohnern verändern*
- *Ökologischer Landwirtschaft den Vorrang geben, „Grüne Gentechnik“ in NRW verbieten*
- *Ausbau der Naherholung, Urlaubs- und Erholungsgebiete sollen möglichst durch den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erreichbar sein; auch Menschen mit niedrigem Einkommen müssen Reise- und Erholungsangebote nutzen und erreichen können*
- *Naturfreundehäuser und vergleichbare Einrichtungen erhalten, um den sanften Tourismus in der Natur zu fördern*
- *NRW-Pass für günstigen Eintritt in Schwimmbäder, Theater und Museen*
- *Mitnahme von Fahrrädern in Bus und Bahn erleichtern*
- *Zugang zu öffentlichen Plätzen, Wäldern und Seen für alle erhalten, Rad- und Wanderwegen ausbauen*
- *Stadtranderholung insbesondere für Kinder gewährleisten*

2. Naturschutz: Artenvielfalt durch den Schutz der Lebensräume

Jede Landschaft hat ihre Reize und ist geprägt durch ihre speziellen Tier- und Pflanzengemeinschaften. Wälder, Flüsse, Sümpfe, Teiche, Moore und Auenlandschaften, Heiden, Mager- und Trockenrasen, Brachflächen und landwirtschaftliche Flächen – sie alle tragen ihren Teil zur Artenvielfalt bei. Diese Artenvielfalt ist in vielfältiger Weise bedroht. Die Liste der aussterbenden und bedrohten Tier- und Pflanzenarten wird auch für NRW stetig länger.

Wälder und Forste dienen dementsprechend nicht nur der Holzproduktion, sondern auch dem Schutz der Artenvielfalt, als Wasserspeicher, der Aufnahme von CO₂ aus der Atmosphäre, der Luftreinhaltung und als Erholungsgebiet. Dafür brauchen wir eine ökologische Stadt- und Landschaftsplanung. Ein flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden soll eine am Naturschutz orientierte Regionalplanung fördern und die Umsetzung der Natura-2000-Gebiete organisieren.

Was tun?

- *Innerhalb der kommenden Legislaturperiode soll im Bereich Senne/Eggegebirge/ Teutoburger Wald der zweite Nationalpark Nordrhein-Westfalens ausgewiesen werden; die militärische Nutzung ist einzustellen; die Nationalparkverwaltung des neuen NP als auch jene des Nationalparks Eifel wird als Sonderbehörde in das Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz integriert*
- *Artenschutzprojekte für Leittierarten fördern, den Biotopschutz ausweiten – zum Beispiel Laubfroschprojekt im Münsterland, Gelbbauchunkenprojekte im Rheinland oder Kreuzkrötenprojekte im Ruhrgebiet*
- *Naturlehrpfade ausbauen und wiederherstellen, um die Bedeutung von Naturschutz zu verdeutlichen*
- *Mehr Personal in den Forstbehörden einstellen*
- *Bodenschonende Abbaumethoden vorziehen, zum Beispiel mit Rückepferden*

- *Naturnahe Mischwälder fördern statt anfälliger Monokulturen*
- *Großzügig Waldgebiete für die natürliche Waldentwicklung zur Verfügung stellen*
- *Verbindliche Standards für natur-, umwelt- und klimaverträgliche sowie nachhaltige Forstwirtschaft im Landeswaldgesetz verankern*
- *Privatisierung von Waldflächen verhindern, der Wald gehört allen, Privatwald nach Möglichkeit zurückkaufen*
- *Landeseigene Waldflächen FSC-zertifizieren*

3. Landwirtschaft: Nachhaltig produzieren ohne Gifte und Antibiotika

Die konventionelle Landwirtschaft zerstört die Grundlagen der Erzeugung unserer Nahrungsmittel und vergiftet unser Wasser. Sie muss langfristig vollständig durch die ökologische Landwirtschaft ersetzt werden. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Deshalb müssen wir die Landwirtschaft nachhaltiger organisieren. Hierfür wollen wir die ökologischen und sozialen Standards verbessern. Unser Ziel ist der Zugang zu gesunden, umweltverträglich und fair produzierten Nahrungsmitteln für alle. Dafür muss der Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und Medikamenten weiter gesenkt werden.

Die Landwirtschaft entwickelt sich infolge falscher politischer Rahmenbedingungen weiter Richtung Massentierhaltung und Monokulturen. Noch immer werden die großen Betriebe der industriellen Landwirtschaft stärker gefördert als Kleinbetriebe, zum Beispiel durch Mindestgrößen bei Agrarsubventionen. Dies wollen wir ändern. Auch geben viele Höfe auf, weil es in der Familie keine*n Nachfolger*in gibt, obwohl andere Menschen gerne Betriebe übernehmen würden.

Der Preisdruck der Handelsketten und der Lebensmittelindustrie führt vielfach zu schlechten und unsicheren Arbeitsbedingungen sowie zu Umwelt- und Tierschutzproblemen in der Landwirtschaft. Insbesondere Saisonarbeiter*innen im Obst- und Gemüseanbau sind oft prekären Arbeits- und Unterbringungsbedingungen ausgesetzt.

Um einen nachhaltigen Wandel der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu erreichen, sind insbesondere die progressiven Akteur*innen als Träger*innen dieses Wandels zu unterstützen.

Was tun?

- *Nutztiere sollten artgerecht gehalten werden, mit genügend Auslauf und Bewegungsmöglichkeiten*
- *Tiergerechten Umbau von landwirtschaftlichen Ställen, Ausläufen und Weiden fördern*
- *Tierhaltung an Fläche koppeln, um Gülletourismus und Überdüngung zu vermeiden*
- *Einsatz von Medikamenten, insbesondere Antibiotika, in der Tierhaltung strenger regulieren und kontrollieren*
- *Ökologisch und tiergerecht produzierende Betriebe fördern*
- *Regionale Vermarktung und regionale Wirtschaftskreisläufe stärker fördern*
- *Unterstützen selbstorganisierter regionaler Produktionsstrukturen wie die Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi)*
- *Benachteiligung von kleineren Betrieben bei den Beiträgen für die Sozialversicherung und Berufsgenossenschaft beenden*

- *Außerfamiliäre Betriebsübergaben durch Auflage eines Existenzgründer*innenfonds unterstützen*
- *Verkauf und Verpachtung landeseigener Landwirtschaftsflächen soll nur nach ökologischen und sozialen Vergabekriterien erfolgen*
- *Förderung der Forschung an Fruchtfolgen und Mischkulturen*
- *Saisonarbeiter*innen besser vor Ausbeutung schützen*
- *Für einen gesetzlichen Mindestlohn ohne Wenn und Aber und ohne Ausnahmen*
- *Förderprogramm „Vielfältige Kulturen“ im Ackerbau ausbauen*
- *Mehr heimische Eiweißpflanzen! Klee, Erbsen und Co. fördern die Bodenfruchtbarkeit und ersetzen den Import von auf gerodeten Regenwaldflächen angebautem Gensoja*
- *Streuobstwiesen gesetzlich schützen*
- *Heimische Insektenvielfalt, insbesondere die Bienen, besser schützen*
- *Randstreifen von Herbiziden und Pestiziden freihalten*
- *Förderung und Schutz der Einhegung von Feldern mit Hecken*
- *Auf Gentechnik verzichten – auch beim Tierfutter*
- *Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat gesetzlich verbieten*

4. Tiere: Mit Respekt behandeln und artgerechter halten

DIE LINKE NRW plädiert dafür, das Verhältnis von Mensch und Tier neu zu bestimmen. Die Menschen haben die Verantwortung für die gesamte Natur. Der Schutzauftrag des Staates endet nicht beim Menschen. Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische Handlungsweisen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 % artgerecht sein wird. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter wie insbesondere Futtermittel, Düngemittel und Schlachttiere gefördert werden. Tiertransporte sind zu vermeiden, Schlachttiere müssen grundsätzlich am nächstgelegenen Schlachthof geschlachtet werden.

Jagd muss den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen und darf ethischen Prinzipien nicht widersprechen. So muss das erlegte Tier sinnvoll genutzt werden, die bejagte Art darf in ihrem Bestand nicht gefährdet sein und zum Zweck der Jagd nicht aktiv gefördert werden. Störungen in der Brut- und Aufzuchtzeit von Wildtieren sind zu reduzieren und natur- und artenschutzrechtliche Regelungen sind zu beachten. Damit ergibt sich eine Reduzierung der jagdbaren Arten auf weniger als 10 Tierarten.

Was tun?

- *Im Grundgesetz steht, dass die Jugendlichen „im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldung und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ erzogen werden sollen; diese Einstellung muss durch einen geeigneten Lehrplan angestrebt werden*
- *Landesweites Verbot von Vermietung von öffentlichen Flächen an Zirkusse mit Wildtieren*

- Zoos müssen verpflichtet werden, zur Arterhaltung beizutragen, indem sie sich an Auswilderungsprogrammen beteiligen
- Bisherige Zoos sollen in Spezialzoos umgewandelt werden
- Ein schnellstmögliches Auslaufen der Zoohaltung für all jene Tiere, die in NRW schon entweder aufgrund der Klimabedingungen oder der arttypischen Ansprüche nicht artgerecht gehalten werden können
- Besitz gefährlicher invasiver Arten, außer für wissenschaftlich notwendige Zwecke, verbieten
- Reptilien-Börsen verbieten
- Auch juristischen Personen ermöglichen, Jagd in ihren Wäldern zu verweigern
- Treib- und Drückjagden verbieten und alle, bereits verbotenen, Schlieffenanlagen schließen
- Jagdgesellschaften abbauen und anfallende Aufgaben an staatliche Wildschützer*innen übergeben, die im Sinne der Lebewesen und der Umwelt handeln
- Altersgrenzen von Pferden, die am Spring- und Rennsport teilnehmen, müssen neu überdacht werden; eine Teilnahme an Rennen sollte erst ab 3 Jahren erfolgen
- Ausbildungsmethoden und die artgerechte Haltung von Pferden sind durch das Veterinäramt regelmäßig zu prüfen
- Kommerzielles Angebot von Pferdekutschfahrten in städtischen Gebieten, also Gebieten wo der Lärm, die Bodenbeschaffenheit und die Luftqualität für die Tiere zur Belastung werden, sind einzustellen
- Vermeidbare Tierversuche verbieten, Forschungsmethoden fördern, die ohne Tierversuche auskommen
- Mehr Amtsveterinär*innen zur Durchsetzung des Tierschutzes einstellen
- Kastrations- und Registrierpflicht für alle Freigängerkatzen einführen
- Verkauf von sogenannten Haustieren, außer von Fachhandlungen oder anerkannten gewerblichen Privatzüchter*innen, wie zum Beispiel in Baumärkten, verbieten
- Pelztierhaltung ausschließen und den Handel mit falsch deklarierten Pelzen empfindlich bestrafen
- Qualzüchtungen und Massentierhaltung müssen beendet werden und einer artgerechten Haltung weichen
- Produkte, die Bestandteile aus Massentierhaltung enthalten, sind – auch in der Gastronomie – zu kennzeichnen
- Kükenschreddern verbieten
- Alle Ausnahmen im Tierschutzgesetz für die schmerzhaften körperlichen Eingriffe an Tieren ohne Betäubung streichen, bis auf die, bei denen der mit dem Eingriff verbundene Schmerz geringfügiger ist als die mit einer Betäubung verbundene Beeinträchtigung des Befindens des Tieres
- Lebendtransporte auf maximal vier Stunden begrenzen
- Landwirte durch Strafen dazu bringen, sich an die gesetzlichen Vorsichtsmaßnahmen gegen den qualvollen Tod von Tieren beim Mähen zu halten
- Schutz, Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten fördern
- Privatisierung von Naturschutzgebieten stoppen
- Keine Steuer auf Lebewesen, wie z. B. Hundesteuer; Tiere sind keine Gegenstände, die besteuert werden müssen

5. Wasser: Unsere Lebensgrundlage besser schützen

Wasser ist lebenswichtig für jeden von uns. Sauberes für jeden verfügbares Trinkwasser ohne Rückstände aus Pharmazie oder Chemieindustrie ist ein Menschenrecht. Die Qualität des Wassers wollen wir sichern und Privatisierungen verhindern. Den Zustand der Oberflächengewässer wollen wir, insbesondere durch weniger Nährstoffeinträge, in einen besseren Zustand bringen. Die Regenwassernutzung soll gefördert werden.

Was tun?

- *Keine Privatisierung des Trinkwassers, bereits erfolgte Privatisierungen zurücknehmen*
- *Wasseraufbereitung an Rhein und Ruhr auf den jeweils neusten technischen Standard bringen*
- *Auflagen und Kontrollen bei Mülldeponien und Halden verschärfen*
- *Gefahren durch austretendes verseuchtes Grubenwasser im Ruhrgebiet abwehren, Wasserhaltung unter Tage aufrecht erhalten, um Kontakt zu eingelagerten oder nach Ende des Bergbaus liegengelassenen Abfällen zu vermeiden, Sondermüll dort wo es möglich ist, bergen lassen und in dafür geeignete Sondermülldeponien überführen*
- *Unbehandelte Einleitung von Grubenwasser in Fließgewässer wie Ruhr, Lippe oder Emscher verhindern*
- *Medikamentenrückstände im Wasser bekämpfen*
- *PFT-Belastung in allen Wasserwerken auf einen Wert unterhalb des gesundheitlichen Zielwertes von max. 0,1 µg/l reduzieren*
- *Der Trinkwassergewinnung den Vorrang geben vor dem Rohstoffabbau*
- *Bewässerung von Parks auf die Bewässerung mit Regenwasser umstellen*
- *Regenwasseranlagen für neu gebaute öffentliche Gebäude vorschreiben*

Funktionsprüfung (Dichtheitsprüfung) bürgerfreundlich gestalten

Aus Gründen der Rechtssicherheit favorisieren wir, den Vollzug der Funktionsprüfung aussetzen, bis eine bundeseinheitliche, sozialverträgliche und ökologisch sinnvolle gesetzliche Regelung gefunden ist.

Was tun?

- *Den dringend notwendigen Dialogprozess der Landesregierung mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft (wie Anwohnervereinigungen, Umweltverbänden, Mietervereinen und Verbraucherschutzverbänden) über Prüffristen und die Art und Weise der Funktionsprüfung von Leitungen für häusliche Abwässer organisieren*

6. Luft: Schadstoffe vermeiden und für mehr Filter sorgen

Luftverschmutzung ist nach wie vor ein großes Problem in NRW. Regelmäßig werden in Städten die Grenzwerte für Schadstoffe überschritten. Besonders die Werte für Stickoxide können nicht eingehalten werden. Der Verkehr ist daher ins Zentrum der kommunalen Luftreinhaltepläne zu stellen, deren Erstellung und Umsetzung landesweit nachgehalten werden sollte. Doch auch die Energieerzeugung durch das Verbrennen fossiler Energieträger wie Braunkohle, Steinkohle und Erdgas sowie durch Müllverbrennungsanlagen belastet die Umwelt.

Was tun?

- *Kraftwerksbetreiber zum sofortigen Einbau von Filteranlagen zur Reduzierung des Quecksilberausstoßes verpflichten*
- *Schärfere Auflagen für Verdunstungskühlanlagen machen, um die Bildung von Legionellen zu verhindern*
- *Niedrigere Grenzwerte für Emissionen der Müllverbrennungsanlagen und höhere Auflagen für die Ausbringung der Reststoffe wie Schlacken erlassen*
- *Strengere Abgasfilterung bei LKWs, Bussen, Baumaschinen, Lokomotiven und im Schiffsverkehr nicht nur bei neuen Motoren vorschreiben*
- *Keine Neuzulassungen mehr für Dieselfahrzeuge im motorisierten Individualverkehr*

Der von der Stahlindustrie unter massiver Förderung durch den Bund vorgesehene Weg, bei der Verhüttung entstehendes CO₂ unter erheblichem Energieaufwand zum Rohstoff für die Kohlechemie zu machen, könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Konsequenter wäre es, die Reduktion des Eisenerzes auf Wasserstoff- bzw. Methanbasis durchzuführen.

Was tun?

- *Umstellung der Eisenverhüttung auf regenerative Gase*

7. Bodenschutz: Sanieren und weitere Belastungen vermeiden

Das Land NRW ist durch seine lange industrielle Geschichte geprägt. Die zum Teil jahrhundertelangen Immissionen haben mancherorts einen stark belasteten Boden zurückgelassen. Die Giftstoffe finden verschiedene Wege vom Boden in den Menschen.

Auch die industrialisierte Landwirtschaft hat aus dem Habitat an vielen Stellen kaum mehr bepflanzbare Steppen gemacht.

Was tun?

- *Ermittlung von gefährdeten Gebieten mit einer langfristigen flächendeckenden Untersuchung*
- *Finanzielle Unterstützung bei der Bodensanierung*
- *On-site- und Off-site-Sanierung statt Deponierung von belasteten Böden*
- *Erforschung von Verfahren zur Verursacherermittlung bei Immissionen*
- *Wenn möglich, Durchsetzung des Verursacher*innenprinzips*
- *Verringerung der Ausbringung von Düngern, Herbiziden, Pestiziden und Fungiziden*

8. Energie: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau

NRW ist Energieland Nummer 1 in Deutschland: Mit E.ON, RWE und STEAG sind drei der größten Energiekonzerne ansässig. Im rheinischen Braunkohlerevier stehen drei der fünf Kraftwerke mit dem größten CO₂-Ausstoß in Europa. Der durch diese Emissionen verursachte globale Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen vieler Menschen und ganzer Völker durch den Anstieg des Meeresspiegels und Wetterextreme wie Dürren und Überschwemmungen. Unser Land muss deshalb seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutz-Grenze von 1,5° Celsius leisten. Das Pariser Klimaschutzabkommen vom Dezember 2015 muss konsequent umgesetzt werden.

Die zynische Doppelstrategie der Energiekonzerne

Die Energiekonzerne versuchen einerseits, die umweltschädliche Stromproduktion durch Kohlekraftwerke so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, andererseits wissen sie, dass die Energiewende unvermeidlich ist. Sie spalten die Unternehmen auf, um die alten, schmutzigen Unternehmensbereiche auf Kosten der Allgemeinheit zu entsorgen. Dabei muss die Allgemeinheit bereits die unmittelbaren Folgen der Klimaerwärmung tragen. Die Konzerne dürfen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Den Kohleausstieg einleiten

Wir fordern für NRW ein umfassendes Klimaschutzprogramm zur Energieeinsparung und zur Förderung erneuerbarer Energien.

Ein solches Klimaschutzprogramm erfordert einen verbindlichen Fahrplan für den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle und den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Steinkohle. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat hierzu mit der Drucksache 18/8131 ein entsprechendes Konzept vorgelegt, das einen Beginn des Ausstiegs aus der Kohleverstromung spätestens im zweiten Halbjahr 2017 fordert. Der letzte Kohlekraftwerksblock soll in Deutschland spätestens im Jahr 2035 stillgelegt werden. Das Konzept sieht ein bundesweites Kohleausstiegsrahmengesetz vor, das die immissionsschutzrechtliche Privilegierung der Verstromung von Kohle aufhebt und CO₂ als Umweltschadstoff definiert. Der Ausstiegskorridor für Kohlekraft soll mit dem Ausbaukorridor für Ökostrom korrespondieren. Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch soll angehoben werden auf 43 Prozent bis 2020, 55 Prozent bis 2025, 70 Prozent bis 2030, 85 Prozent bis 2035 und 100 Prozent bis 2040.

Dieser Rahmen muss für NRW durch ein landesspezifisches Kohleausstiegsgesetz konkret ergänzt werden.

Was tun?

- *Planmäßige Stilllegung von Kraftwerksblöcken auf der Basis von blockscharfen Restlaufzeiten bzw. Reststrommengen*
- *Untersagung des Neubaus von Kohlekraftwerken und des Neuaufschlusses von Tagebauen*
- *Sofort: Mehr vom Land betriebene Messstationen zur Feststellung der tagebau- und kraftwerksbedingten Emissionen und Luftverschmutzung*

Den Strukturwandel sozial absichern

Der hierdurch bedingte Strukturwandel ist in den betroffenen Regionen arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch abzusichern. Bereits in den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der im Rheinischen Revier in der Braunkohleindustrie beschäftigten Arbeitnehmer*innen auf nunmehr rund 9.000 deutlich reduziert. Rechnet man die Arbeitsplätze in der Zuliefererindustrie hinzu, kommt man auf rund 18.000. Das Kohleausstiegsgesetz NRW muss daher klare und verbindliche Maßnahmen vorsehen.

Was tun?

- *Verbot betriebsbedingter Kündigungen*
- *Angebot von Altersteilzeit und Vorruhestand mit Verdienstaugleich*
- *Zusage von Beschäftigungssicherungsmaßnahmen*
- *Schaffung eines Strukturwandelfonds für regionale Investitions- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen unter Beteiligung der Energiekonzerne zur Finanzierung des Fonds*
- *Ewigkeitskosten müssen durch die Energiekonzerne vollständig abgesichert werden*
- *Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Akteur*innen (Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucher*innenverbände, Energieunternehmen, Vertreter*innen der Kommunen und des Landes, wissenschaftliche Expert*innen für Energie- und Klimapolitik*
- *Wirtschaftsförderung und Strukturwandel in Form eines „Runden Tisches für Kohle-konsens und einen sozialökologischen Strukturwandel“, dessen Ergebnisse in die weitere Planung des Kohleausstiegsprozesses und des Strukturwandels einfließen sollen*

Bürgerinitiativen unterstützen

Ein sozialökologischer Umbau und Strukturwandel kann nur unter Beteiligung außerparlamentarischer Bewegungen erfolgreich sein. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Bürger*inneninitiativen vor Ort und setzen uns für die Forderungen der Verbände der Bergbaugeschädigten ein.

Was tun?

- *Änderung des Bundesberggesetzes und Einführung der Beweislastumkehr für tagebau-bedingte Schäden, damit Braunkohlebetreffene die gleichen Rechte erhalten wie Menschen im Bereich des Steinkohlebergbaus*
- *Schaffung einer unabhängigen zentralen Schlichtungsstelle für Bergschäden in NRW*

NRW ist Energieland Nummer 1 in Deutschland: Mit E.ON und RWE sind hier zwei der größten Energiekonzerne ansässig. Im rheinischen Braunkohlerevier stehen aber drei der fünf Kraftwerke mit dem größten CO₂-Ausstoß in Europa. Unser Land muss seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutz-Grenze von 1,5° Celsius leisten. Bedrohungen durch Wetterextreme wie Dürren und Überschwemmungen treffen uns alle. Der Markt bietet keine Lösung: Der Verbrauch von Rohstoffen, Wasser, Boden und Energie steigt. Die Folge des verschwenderischen Umgangs mit Ressourcen sind Umweltzerstörung und Bedrohung der Lebensgrundlagen.

Ausstieg aus der Atomenergie mit allen Konsequenzen

Auch wenn in NRW selbst kein Atomkraftwerk in Betrieb ist, bleiben in unserem Land Aufgaben für den Atomausstieg. Wir wollen Atomtransporte durch NRW untersagen. Dies gilt auch für den Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich (KFA). Brennelemente aus Lingen dürfen nicht nach Belgien und Frankreich transportiert werden. Das Zwischenlager Ahaus ist ebenso zu schließen wie die Urananreicherungsanlage Gronau. Die Landesregierung muss endlich dafür sorgen, dass auch die für NRW bedrohlichen Atomkraftwerke in Nachbarländern, wie Tihange und Doel, stillgelegt werden.

Was tun?

- *Atommüllexport in die USA verhindern*
- *Bestmöglich gesichertes neues Zwischenlager in Jülich für die dort entstandenen Abfälle errichten*
- *Lieferung von angereichertem Uranmaterial aus Gronau einstellen*
- *Transport radioaktiver Fracht der Atomindustrie landesweit verbieten*
- *Aufklärung und Schutz der Bevölkerung in ganz NRW vorantreiben*
- *Bundesratsinitiative: Vattenfall, EnBW, RWE und E.ON verpflichten, geldwerte Sicherheitsleistungen für die Kosten des Rückbaus von Atomanlagen auf Treuhandkonten zu hinterlegen*

Verbot von Fracking und Gasbohren

Die Gasgewinnung durch Fracking birgt zahlreiche Gefahren wie die Grund- und Trinkwasser-verseuchung durch Chemikalien und Lagerstättenwasser, entweichendes Methan ist besonders klimaschädlich. Fracking und die Verpressung von Lagerstättenwasser können Erdbeben hervorrufen, wie es jetzt schon in Niedersachsen zu beobachten ist. Die Entsorgung der giftigen Bohrschlämme ist ungeklärt. Und solange die Ursachen der erhöhten Krebsraten an Gasförderstandorten in Niedersachsen nicht aufgeklärt sind, ist es unverantwortlich, Genehmigungen für Fracking auch nur zu erwägen.

Entgegen dem Eindruck, den die Landesregierung aus SPD und Grünen in NRW erwecken will, wird Fracking im Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW jedoch nicht umfassend ausgeschlossen.

Das Bergrecht berücksichtigt das Allgemeinwohl und die Rechte von Betroffenen nur unzureichend. Wir brauchen mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und ergebnisoffene Genehmigungsverfahren.

Was tun?

- *Fracking im Landesentwicklungsplan vollständig ausschließen*
- *Keine Bohrschlämme aus anderen Bundesländern mehr in NRW annehmen*
- *Gemeinsam mit den Initiativen gegen Fracking und Gasbohren auf Änderung des Bundesberggesetzes drängen*
- *Bergrecht grundsätzlich reformieren, Vorrang für Mensch, Umwelt und demokratische Mitsprache*
- *Keine Erteilung neuer Aufsuchungsgenehmigungen, auch nicht für wissenschaftliche Zwecke, bereits erteilte Genehmigungen nicht verlängern*

100 Prozent erneuerbare Energien

Die Energieeinsparung hat einen besonderen Stellenwert. Daher müssen in allen Bereichen des Energieverbrauchs die Reduktionsmöglichkeiten optimal gefördert und umgesetzt werden.

Hierzu müssen energieeffizientere Geräte, Maschinen und so weiter erforscht und genutzt sowie Lebensstile mit geringerem Energieverbrauch gefördert werden.

Um die energiebedingten Emissionen bis zum Jahr 2040 auf null zu reduzieren, werden wir die meisten Primärenergieträger durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzen, Häuser isolieren, die meisten Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren ersetzen und Gebäude mit Wärmepumpen beheizen müssen. Da die Kapazitäten durch Biomasse und Erdwärme in Deutschland sehr begrenzt sind, werden Photovoltaik und Windenergie den größten Anteil hierzu liefern müssen.

DIE LINKE NRW steht daher für den Ausbau der Windenergie und Photovoltaik. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine grundlegende Neugestaltung des EEG, mit seinen viel zu geringen Ausbaupfaden und den Ausschreibungsverpflichtungen, welche die Installation der Erneuerbaren sowie eine genossenschaftliche Umsetzung der Energiewende behindern, ein.

Wir wollen den Menschen vor Ort eine Teilhabe an der Energiewende sowie auch ein Höchstmaß der Selbstversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Deswegen bevorzugen wir regionale Strukturen der Energieversorgung und setzen uns für diese ein.

Dennoch besteht für die Umstellung großer Teile unserer Energieversorgung auf Strom ein hoher Flächenbedarf. Wir werden uns daher die Frage stellen müssen, auf welche Weise wir den Strom produzieren wollen und welche Folgen sich daraus für unsere Verteil- und Übertragungsnetze ergeben.

Was tun?

- *Eine Initiative für ein verbessertes Erneuerbare-Energien-Gesetz ins Leben rufen, welches den Ausbau der Erneuerbaren um den Faktor vier bis fünf beschleunigt und die Ausschreibungspflichten abschafft*
- *Kommunale Windflächen in Übereinstimmung mit den Anwohner*innen und den kommunalen Energieversorgern ausweisen*
- *Finanzielle Mittel für die Erforschung angemessener Speicherstrukturen bereitstellen*
- *Ausschließlich Abfälle und Gras zur Biogaserzeugung nutzen*
- *Bessere Wärmedämmung an allen Schulen, Kindergärten und anderen öffentlichen Gebäuden*
- *Installation von Photovoltaik und Solarthermie auf allen zur Verfügung stehenden Dachflächen öffentlicher Gebäude*
- *Installation von Photovoltaik auf allen zur Verfügung stehenden Fassadenflächen öffentlicher Gebäude*
- *Öffentliche Gebäude mit Wärmepumpen beheizen*
- *Image- und Werbekampagne für die Photovoltaik, den Einsatz von Wärmepumpen und die Nutzung von Elektroautos*
- *Verbesserung der Infrastruktur für die Elektromobilität*

Energieversorgung ist eine öffentliche Aufgabe

Energie ist ein Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb muss sie den Bürger*innen gehören, nicht großen Konzernen. Wir fordern eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Energiekonzerne in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle.

Was tun?

- *Preisaufsicht über Strom- und Gasstarife einführen*
- *Energieversorgung vor Ort demokratisch und ökologisch organisieren*
- *Kommunen beim Rückkauf von Stadtwerkeanteilen unterstützen*
- *Stromnetze für eine gerechte Versorgung in die öffentliche Hand zurückholen*
- *Jede*r Bürger*in hat ein Recht auf Energieversorgung; Strom-, Gas- und Wasserabschaltungen sind zu verbieten; eine Grundversorgung muss gewährleistet sein*

In NRW sind jedes Jahr zehntausende von Haushalten von Stromsperrern betroffen. Damit Menschen nicht im Dunkeln sitzen, brauchen wir Sozialtarife für Hartz-IV-Beziehende und Menschen mit geringem Einkommen. Wir wollen nicht, dass Kleinverbraucher*innen wie bislang hohe und Großverbraucher*innen niedrige Tarife zahlen, sondern wer wenig verbraucht, soll weniger pro Kilowattstunde zahlen, aber Energieverschwendung teurer werden. Die Befreiung der energieintensiven Industrie von Steuern und Abgaben ist zurückzunehmen. Die Kosten der Energiewende sind nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip zu verteilen.

Die Stadtwerke wollen wir demokratisieren. Sie sollen als partizipative Eigenbetriebe geführt werden. Aufsichtsräte sollen sich aus Belegschaften, Umweltschützer*innen und kommunalen Vertreter*innen zusammensetzen.

Was tun?

- *Sozialtarife für Energie und Wasser einführen*
- *Strom-, Gas- und Wassersperren verbieten*
- *Energiepreise sozialverträglich an Energieeffizienz, Energieeinsparung, Förderung erneuerbarer Energien und Klimaschutz ausrichten*
- *Stadtwerke demokratisieren*

Die inzwischen gesetzlich beschlossene Einbauverpflichtung digitaler Stromzähler in Neubauten sowie nach und nach für Bestandskunden bringt, wenn man hier nicht handelt, erhebliche Datenschutzlücken mit sich. Die von diesen Geräten zwanghaft vorgesehene Datenübermittlung im 15-Minuten-Takt wird auch nicht von allen Verbraucher*innen akzeptiert.

Hier ist es wichtig, dass die Versorger*innen auch Alternativen bieten können und dürfen, zum Beispiel durch Tarifoptionen.

Was tun?

- *Kommunale Stadtwerke politisch unterstützen, ihren Kund*innen die Wahlmöglichkeit zur Datenübermittlung ihres Stromverbrauchs anzubieten*
- *Auf Bundesebene durch Initiativen das Gesetz im Hinblick auf den Datenschutz korrigieren, ohne dabei die Absicht des Energiesparens aus den Augen zu verlieren*

Abfallvermeidung und vollständiges Recycling

Viel Abfall bedeutet, dass viele Ressourcen verschwendet werden. Für DIE LINKE NRW steht daher die Müllvermeidung an erster Stelle. Den dann noch anfallenden Müll wollen wir konsequent recyceln.

Abfall soll nur verbrannt werden, sofern der Rohstoff nicht anderweitig aufgearbeitet werden kann.

Der Abfallwirtschaftsplan NRW enthält hierzu zahlreiche gute Vorschläge. Wir fordern die kurzfristige Erstellung von Plänen zur Umsetzung derselben.

Den verschwenderischen Umgang mit unseren Ressourcen, wie ihn das Beispiel der inflationären Nutzung von Coffee-to-go-Bechern zeigt, lehnen wir ab.

Die Masse des heute noch der Verbrennung zugeführten Abfalls könnte durch den verstärkten Einsatz der Biotonne erheblich reduziert werden. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt die getrennte Sammlung von Bioabfällen zwingend vor.

In der Praxis entscheidet dies derzeit zumeist jedoch der Grundstücksbesitzer. Die Mieter*innen haben in der Regel kein Mitspracherecht.

Da sowohl der ökonomische als auch ökologische Nutzen der Verwertung von Bioabfällen völlig unbestritten ist, fordern wir die strikte Umsetzung dieses Gesetzes.

Wir sind der Auffassung, dass den ökologischen Erfordernissen ebenso wie den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung im Rahmen öffentlich-rechtlicher Unternehmen besser Rechnung getragen werden kann als in privaten oder PPP-Unternehmen. Daher treten wir für eine Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Was tun?

- *Kurzfristige Einführung eines durch Ausnahmeregel qualifizierten Anschluss- und Benutzungszwanges für die Biotonne*
- *Keine neuen Genehmigungen für Müllverbrennungsanlagen*
- *Ausstiegplan aus der Müllverbrennung erarbeiten und umsetzen*
- *Müllimporte stoppen*
- *Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft*

VII. Rechtsruck aufhalten und Grundrechte stärken

Wir erleben zu dieser Landtagswahl eine Debatte über „innere Sicherheit“, bei der es vielen gar nicht um Sicherheit für die Menschen im Land geht. Für uns ist klar: Wir wollen, dass alle Menschen in NRW vor Gewalt bestmöglich geschützt sind. Der beste Schutz vor Gewalt ist, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Es gilt, bei den Ursachen anzusetzen. Durch eine soziale Politik wollen wir sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung, belastenden Familienverhältnissen und anderen Umständen, die Gewalt begünstigen, vorbeugen.

Wir wollen, dass Opfer von Gewalt schnellstmöglich versorgt werden, dass Gewalttäter*innen ermittelt und vor Gericht gestellt werden. Ganze Bevölkerungsteile oder Religionsgemeinschaften unter Generalverdacht zu stellen, widerspricht allen demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien. Es dient auch nicht der Bekämpfung von Straftaten, sondern diffamiert Menschen und schadet dem Zusammenleben.

Der Umgang mit dem NSU ist bis heute ebenso ein Skandal wie die gesamte Verstrickung des Geheimdienstes mit der rechten Szene. Im Innenministerium muss das Thema „Rechte Gewalt“ endlich dem Ernst der Lage angemessen behandelt werden. Der „Verfassungsschutz“ war und ist dabei keine Hilfe. Wir wollen die Geheimdienste auflösen.

Wir brauchen eine demokratisch strukturierte Polizei, die sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentriert: Gewalt verhindern, Straftäter*innen ermitteln und die Ordnung des Verkehrs. Wir brauchen aber keine Verfolgung von Menschen, die Rauschmittel konsumieren und keine Abschiebungen. Auch für die Polizei gilt: Umdenken, damit es für alle besser und gerechter wird.

Wir wollen die Grundrechte stärken, statt sie immer weiter abzubauen. Das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung ist für uns unverzichtbar.

Die meisten Menschen im Land wünschen sich anstelle von Kontrolle und Bevormundung deutlich mehr direkte Demokratie und Möglichkeiten der Mitbestimmung. Wir unterstützen diese Anliegen. Wir wollen die Hürden für kommunale Bürgerentscheide senken und auch die Wahlen selbst demokratischer machen.

Antifaschismus ist eine Grundhaltung für DIE LINKE. Wir wollen ohne Nazis leben und bekämpfen Neofaschismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften.

1. Antifaschismus: Zusammen Stärke zeigen gegen Rassismus und Neofaschismus

Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in NRW. Auch hier brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte, werden insbesondere Geflüchtete, Migrant*innen, Schwule und Lesben, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und viele andere, die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, verbal und körperlich attackiert.

Wir setzen uns dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Sie greifen bestehende Ressentiments und anti-europäische Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen.

Wir müssen Rechte weiter inhaltlich stellen. Wir lassen rassistische, menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen nicht unwidersprochen stehen, sondern widersetzen uns. In den Parlamenten, egal ob in den Kommunen oder im Landtag, darf es keine Zusammenarbeit mit Rassist*innen, Rechtspopulist*innen und Faschist*innen geben. Zustimmung zu ihren Anträgen oder ihre Einbeziehung in interfraktionelle Initiativen führen zu einer Normalisierung, die es zu verhindern gilt. Wir werden darauf dringen, dass auch die anderen Fraktionen den Rechten keine Bühne geben.

Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Initiativen und Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen widersetzen wir uns mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen. Der Staat darf antifaschistisches Engagement nicht behindern oder kriminalisieren. Faschistische Organisationen müssen konsequent verboten, rechte Straftaten effektiv verfolgt werden.

NSU-Terror endlich aufklären

Die „Sicherheitsbehörden“ in NRW sind tief in die Vorgänge im Zusammenhang mit dem NSU verstrickt. Der Mord an Mehmet Kubaşık in Dortmund und die Anschläge in der Kölner Keupstraße durch die Nazi-Terrorist*innen waren möglich, weil sie einen Rückhalt in der neonazistischen Szene hatten. Die zahlreichen Kontakte der Behörden zu V-Leuten und ihre Bedeutung für die Taten sind noch immer weitgehend ungeklärt. Der Landtag hat viel zu spät reagiert und erst Ende des Jahres 2014 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Die Aufarbeitung darf nicht mit der Landtagswahl enden. Das Land NRW ist es den Opfern, ihren Angehörigen und Freund*innen schuldig, endlich wirksam aufzuklären. Schluss mit Geheimnissen, alle vorhandenen Informationen müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Den NRW-Geheimdienst abschaffen

Unter dem Namen „Verfassungsschutz“ treibt der NRW-Landesgeheimdienst sein Unwesen. Trotz zahlreicher V-Leute und Informationen, die auf den NSU hindeuteten, hat er nichts getan, um die schrecklichen Taten zu verhindern. Dafür beobachtet er die linke Opposition und gibt alljährlich Berichte heraus, in denen der Kern der Verfassung entstellt und linke Politik als verfassungsfeindlich denunziert und diffamiert wird. So werden Zusammenschlüsse innerhalb der LINKEN noch immer als des „Extremismus“ verdächtig erwähnt.

Geheimdienste sind Fremdkörper in einer demokratischen Gesellschaft. Sie lassen sich weder vom Parlament noch von den Gerichten oder der Öffentlichkeit kontrollieren, weil sie selbst darüber entscheiden, welche Informationen sie herausgeben und was verborgen bleibt. Überdies sind die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums selbst der Geheimhaltung unterworfen, so dass aus der Kontrolle, beispielsweise durch das Parlament, keine Konsequenzen gezogen werden können.

DIE LINKE will den NRW-Geheimdienst abschaffen. V-Leute haben auch in NRW zahlreiche Straftaten begangen, während sie zugleich für den „Verfassungsschutz“ gearbeitet haben. Die Bezahlung durch den Geheimdienst konnten sie nutzen, um die neonazistische Szene weiter aufzubauen. Der Einsatz von V-Leuten muss sofort beendet, ihre bisherige Tätigkeit öffentlich aufgearbeitet werden.

Gemeinsam stärker: Opfer nicht alleine lassen

Notwendig ist eine Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie. Schwerpunktmäßige Aufgabe soll die Dokumentation und öffentliche Aufklärung über neonazistische und andere gegen die Grundsätze der Verfassung gerichtete Aktivitäten in NRW sein. Die Einrichtung von Opferberatungsstellen durchzusetzen, war ein Erfolg der LINKEN im Landtag. Wir wollen sie erhalten und ausbauen.

Was tun?

- *Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Mitgliedern des Landtags sowie der Beamt*innen im Landesdienst, insbesondere in den Ministerien, der Justiz und der Polizei*
- *Konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech“)*
- *Keine Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen*
- *Projekte und Initiativen gegen Neofaschismus unterstützen*
- *Flächendeckende Informations- und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt*
- *Rechte Gewalt- und Wiederholungstaten müssen konsequenter verfolgt werden*
- *Verschleierung rechter Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden beenden*
- *8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus als gesetzlicher Feiertag*
- *Auflösung des NRW-Verfassungsschutzes*
- *Aufarbeitung der bisherigen V-Leute-Praxis beim Verfassungsschutz*
- *Erhalt der Mahn- und Gedenkstätten antifaschistischen Widerstands*

2. Nein zum anti-muslimischen Rassismus

Wir verteidigen die Menschen aus überwiegend muslimischen Ländern gegen den Generalverdacht, sie seien fundamentalistisch, frauenfeindlich oder gar für den Terrorismus.

Die Eskalation im Mittleren Osten, vor allem der Syrien-Krieg und der Aufstieg extrem reaktionärer islamistischer Organisation wie dem Islamischen Staat (IS) und deren Terroranschläge in Europa, haben der Islamophobie einen neuen Schub gegeben.

Die dschihadistischen Fanatiker*innen wie der sogenannte „Islamische Staat“ oder andere salafistische Gruppen sind ebenso wie die europäischen Nazis und Rassist*innen eine gewaltsame, zerstörerische Reaktion auf die wirtschaftliche und soziale Krise des Kapitalismus. Die reaktionären Scheinlösungen verstärken sich gegenseitig.

DIE LINKE tritt hingegen dafür ein, gemeinsam, über nationale und religiöse Grenzen hinweg, die soziale Misere und ihre wirtschaftlichen Ursachen anzupacken. DIE LINKE kämpft gegen die sich auf den Islam berufende rechte Ideologie. DIE LINKE setzt sich ein gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus und Islamhass.

Es gibt weder „den Islam“ noch „die Muslime“. Die große Mehrheit der Menschen aus muslimischen Ländern hat die gleichen Interessen wie die lohnabhängigen Menschen europäischer Herkunft. Sie wollen ein sicheres Leben für sich und ihre Angehörigen, ohne Krieg und Verfolgung. Sie wollen eine bezahlbare Wohnung, eine Arbeit, von der sie leben können, Bildung und Zukunft für ihre Kinder.

Ein „Kulturkampf“ zwischen einem imaginierten Abendland und „den Muslimen“ lenkt von diesen gemeinsamen Interessen ab.

Gerade der Vorwurf der Frauenfeindlichkeit wird oft von denjenigen Kräften gegen die Muslime gerichtet, die selbst ein konservatives Frauenbild haben und Sexismus nur kritisieren, wenn er von Nicht-Deutschen kommt.

Für uns ist Religion Privatsache. Wir verteidigen das Recht auf freie Religionsausübung. Wir lehnen die Einmischung der christlichen Kirchen in öffentliche Belange ab. Genauso kritisieren wir, wenn muslimische, meist sehr konservative Organisationen, wie die türkische DITIB versuchen, Macht und Einfluss zu erweitern.

Was tun?

- *Wir wenden uns gegen die Gleichsetzung von Muslimen mit religiösen Fanatiker*innen und Terrorist*innen*
- *Wir sind solidarisch mit den multiethnischen und multireligiösen Bewegungen im Mittleren Osten, die gegen den rechten islamischen Fanatismus wie IS und Al-Kaida kämpfen*

3. Grundrechte: Demokratie verteidigen, Überwachung stoppen

Seit Jahren werden demokratische Rechte durch immer neue Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt. Wer die Eingriffsbefugnisse des Staates noch mehr ausweiten will, entkernt die Grundrechte, bis von ihnen nichts mehr übrig ist. Bereits jetzt ist Kameraüberwachung allgegenwärtig. Polizei und Geheimdienste verfügen über gigantische Datenbanken. Die davon Betroffenen wissen zumeist nicht einmal, dass ihre Daten dort gespeichert sind. Mit der Vorratsdatenspeicherung stehen alle unter Generalverdacht, während der Staat mit Onlinedurchsuchungen heimlich in Computersysteme eindringt. Wir wollen Grundrechte schützen und den Überwachungsstaat eindämmen.

Was tun?

- *Nicht mehr, sondern weniger Kameraüberwachung*
- *Die unter Rot-Grün 2016 eingeführte Regelung zu „Bodycams“ streichen*
- *Verbot der Verwendung biometrischer Daten zur automatischen Erfassung*
- *Speicherung persönlicher Daten bei der Polizei auf Ausnahmefälle beschränken*
- *Verbot der Nutzung von stillen SMS, Funkzellenauswertungen und IMSI-Catchern*
- *Einsatz von „predictive policing“ gesetzlich verbieten*
- *Abschaffung der Rasterfahndung, Bundesinitiative gegen Vorratsdatenspeicherung*
- *Verbot des Exports von Hard- und Software für Überwachung und/oder Zensur*

Datenschutz und Privatsphäre bei Behörden

Zwar ist das Meldegesetz seit November 2015 kein Landesgesetz mehr, sondern ein Bundesgesetz, aber es ist dennoch in seiner Brisanz nicht unwichtiger geworden. Dies will DIE LINKE NRW gegebenenfalls durch Bundesinitiativen auch weiterhin deutlich machen. Die zu dem Zeitpunkt eingeführte Wohnungsgeberbescheinigung bei Umzügen verletzt die Privatsphäre der Bürger*innen, da anhand dieser genau dokumentiert wird, wer mit wem konkret in welcher Wohnung eines Hauses wohnt. Ein solch tiefgreifendes Überwachungsinstrument ist nicht zu akzeptieren, denn ab der Haustür hat der Staat sich nicht einzumischen. Außerdem will DIE LINKE NRW sich im Sinne der Stärkung der Privatsphäre dafür einsetzen, dass alle Bürger*innen bei den Meldebehörden eine Auskunftssperre zur eigenen Person ohne Angabe von Gründen veranlassen können.

Was tun?

- *Die Wohnungsgeberbescheinigung bei Umzug ist wieder abzuschaffen*
- *Jede*r Bürger*in soll die Möglichkeit auf die Einrichtung einer Auskunftssperre ohne Angabe von Gründen und ohne zeitliche Befristung erhalten*

Für eine Demokratisierung der Polizei

Wir wollen eine bürger*innennahe und demokratisch strukturierte Polizei. Demokratie bedeutet Gewaltenteilung, Verantwortung und Kontrolle. Polizist*innen üben staatliche Gewalt aus. Im Dienst sind sie nicht nur Bürger*innen wie jede*r andere. Als Beamt*innen haben sie eine enge Bindung an Recht und Gesetz. Der Staat ist gehalten, die Polizei wirksam zu kontrollieren, Fehlverhalten zu ahnden und Bürger*innen vor Übergriffen seitens der Exekutive zu schützen.

In der Öffentlichkeit wird viel über Gewalt gegen Polizist*innen gesprochen. Gewalt durch die Polizei aber ist ein Tabuthema. Nach wie vor bestehen strukturelle Defizite bei der Aufarbeitung polizeilichen Fehlverhaltens. Anzeigen wegen Körperverletzung im Amt werden fast ausnahmslos eingestellt. Zuletzt lag die Verurteilungsquote im Jahr 2010 in NRW bei 0,2 Prozent. Teilweise sehen Opfer aus Angst von einer Strafanzeige ab oder werden sogar selbst strafrechtlich verfolgt, weil auf ihre Anzeige gegen Polizist*innen zur Einschüchterung mit Gegenanzeigen durch die Polizei reagiert wird.

Ermittlungen gegen Beamt*innen der Polizei müssen unabhängig durchgeführt werden. Es darf nicht sein, dass sie ein Büro weiter von Kolleg*innen bearbeitet werden. Für Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamt*innen braucht es polizeiexterne Stellen mit strafprozessualen Befugnissen, die der Sachleitung eines Sonderdezernats der Staatsanwaltschaft für Delikte von Vollzugsbeamt*innen unterstehen. Wir wollen eine*n beim Landtag angesiedelte*n Polizeibeauftragte*n einsetzen, die als Monitoringstelle für die Polizei fungiert. Sie/Er soll darüber hinaus Anlauf- und Vermittlungsstelle für Bürger*innen sein.

Eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen hat die SPD-Grünen-Koalition nicht hinreichend umgesetzt. Damit werden Straftaten von Polizeibeamt*innen in einigen Fällen weiterhin nicht aufklärbar sein, weil die Täter*innen nicht identifiziert werden können. Polizeibeamt*innen müssen grundsätzlich namentlich gekennzeichnet sein. Das Pfefferspray sitzt zu locker. Eingebracht als Distanzwaffe, damit Beamt*innen nicht zur Schusswaffe greifen müssen, wird es mittlerweile weitgehend hemmungslos eingesetzt. Dabei sind die gesundheitlichen Risiken enorm, es kann zu lebensbedrohlichen und mitunter tödlichen körperlichen Reaktionen kommen. Der Staat darf Rechtsbrüche nicht fördern. Daher lehnen wir die polizeiliche Praxis, Straftaten durch sogenannte „Agents Provocateurs“ zu provozieren, um sie sodann verfolgen zu können, ab.

Was tun?

- *Ermittlungen wegen polizeilichen Fehlverhaltens unabhängig durchführen*
- *Schaffung einer/eines Polizeibeauftragten als Monitoringstelle beim Landtag*
- *Einbeziehung von Bürger*innenrechtsorganisationen in die Polizeiausbildung*
- *Einführung einer namentlichen Kennzeichnung für Polizeibeamt*innen*
- *Verbot des Einsatzes von Pfefferspray durch die Polizei*
- *Verbot des Einsatzes von Agents Provocateurs sowie von V-Leuten*
- *Beendigung diskriminierender polizeilicher Maßnahmen (z. B. „racial profiling“)*
- *Erweiterung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen*

Für ein demokratisches Versammlungsrecht

NRW braucht ein modernes und freiheitliches Versammlungsgesetz. Wer wegen seines politischen Engagements private oder berufliche Nachteile befürchten muss, wird seine Rechte nicht unbefangen wahrnehmen können. Wir wollen deshalb die anonyme Teilnahme an Versammlungen ermöglichen. Das in den 1980er Jahren von CSU-Innenminister Zimmermann eingeführte Vermummungsverbot wollen wir abschaffen. Teilnehmer*innen, die sich beispielsweise vermummten, um sich vor fotografierenden Nazis zu schützen, werden kriminalisiert. Das Vermummungsverbot schränkt die Versammlungsfreiheit ein. Es ist zu unbestimmt und dient nicht selten zur Rechtfertigung polizeilicher Maßnahmen gegen friedliche Versammlungen. Es gilt sogar für den Weg zu einer Versammlung.

In diesem Sinne wollen wir auch das Verbot, sogenannte „Schutzwaffen“ und vergleichbare Gegenstände auf Versammlungen mitzuführen, ersatzlos streichen. Protektoren und ähnliches sprachlich in die Nähe von Waffen zu rücken ist unredlich. Mit ihnen können keine Verletzungen zugefügt, sondern insbesondere Kinder und ältere Menschen vor Verletzungen bewahrt werden.

Was tun?

- *Keine Anmeldepflichten und weniger versammlungsrechtliche Auflagen*
- *Keine Videoüberwachung durch die Polizei*
- *Keine namentliche Erfassung von Ordner*innen*
- *Aufgabe des Vermummungsverbots sowie des Verbots von „Schutzwaffen“*
- *Wasserwerfer abschaffen*

4. Gewalt: Menschen schützen und Opfern helfen

Die politische Diskussion wird zunehmend geprägt vom Thema Sicherheit. Wir fragen uns, ob der Staat wirklich in der Lage ist, uns und unsere Familien, die Kolleg*innen, Freund*innen und Nachbarn vor Gewalt zu schützen.

Für einige ist diese Frage weniger neu. Feminist*innen, Kinderrechtler*innen, Sozialarbeiter*innen oder Opferberater*innen fragen sich schon lange, wann in der Politik gegen Gewalt und für deren Opfer endlich mehr getan wird. Stattdessen wird bevorzugt in Wahlkämpfen die Angst der Menschen vor Gewalt benutzt, um Stimmung gegen eingewanderte Menschen zu machen.

Gegen Terror hilft kein Krieg

Immer wenn Gewalt in der Öffentlichkeit verübt wird, erklären Politiker*innen, die innere Sicherheit müsse gestärkt werden. Sie überbieten sich mit Forderungen, die Grundrechte einzuschränken und den Staat aufzurüsten. Nicht einmal vor dem im Grundgesetz verbotenen Einsatz der Bundeswehr im Innern wird zurückgeschreckt.

In der aktuellen Diskussion aber treten die Gefahren des Rechtsterrorismus mehr und mehr in den Hintergrund. Dabei hat mit dem NSU eine rechte Terrorgruppe über Jahre schwerste Gewalttaten begangen. Bis heute ist die Verantwortung des Staates nicht geklärt. Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sind an der Tagesordnung. Seit Jahren werden zudem hunderte Haftbefehle gegen Neonazis nicht vollstreckt, weil diese untergetaucht sind.

Was tun?

- *Kein Einsatz der Bundeswehr im Innern, keine gemeinsamen Übungen mit der Polizei*
- *Stärkung der schulischen und außerschulischen Demokratieerziehung*
- *Ausbau von Programmen zur Gewaltprävention*
- *Polizei und Justiz für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sensibilisieren*
- *Rechte Straftaten konsequent aufklären*

Gewalt gegen Frauen: Konsequenter verfolgen, Opfer besser schützen

Etwa ein Drittel aller Frauen war schon mindestens einmal Opfer von sexueller Gewalt. Frauen und Kinder von Gewalttätern lernen die Abgründe des menschlichen Zusammenlebens früh kennen. Entgegen vieler Vorurteile sind die Täter in den meisten Fällen Bekannte, Verwandte oder Lebenspartner der Opfer. Nach jahrzehntelangem Ringen der Frauenbewegung wurde die Vergewaltigung in der Ehe erst 1997 gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU im Bundestag als Straftat anerkannt. Bis heute wird erzwungener Sex mit der Ehefrau oder Partnerin in Teilen unserer Gesellschaft als männliches Recht angesehen, wohingegen eine Vergewaltigung durch andere Personen als „Missbrauch“ bezeichnet wird.

Nur ein geringer Teil der Gewalttaten in Partnerschaften wird angezeigt. Ein Grund dafür ist die Sorge von Frauen, dass sie keine Unterstützung erhalten und vor dem Täter nicht ausreichend geschützt werden. Bei Frauen mit Kindern sind diese Sorgen umso größer.

Wir wollen eine Landespolitik voranbringen, die auf allen Ebenen dazu beiträgt, dass die Gewalt gegen Partnerinnen und Ehefrauen als schwere Verletzung der Menschenrechte zum Thema gemacht wird. Die Polizei muss schneller und besser geschult beim Opfer sein, wenn sie gerufen wird. Die flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern muss durch das Land unterstützt und in Verhandlungen mit Bund und Kommunen sichergestellt werden.

Was tun?

- *Kampagne der Landesregierung: Keine Gewalt gegen Frauen*
- *Flächendeckend Frauenhäuser mit sicherer Finanzierung*
- *Schulung von Polizist*innen zum Umgang mit Opfern sexueller Gewalt*
- *Mindestens eine Polizistin einsetzen bei Notrufen von Frauen*

Gewalt gegen Kinder: Kein kleiner Klaps

Noch immer wird der kleine Klaps von vielen nicht als Gewalt, sondern als normale Erziehungsmaßnahme angesehen. Regelmäßig fordern Eltern von Lehrer*innen, dass diese härter bestrafen sollen, sie sollten die Kinder nachsitzen lassen oder sogar schlagen. Die Gewalt von Kindern und Jugendlichen gegenüber Kindern nimmt zu, besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen.

DIE LINKE unterstützt mit Nachdruck die Kampagne „Kinderrechte ins Grundgesetz“. Nicht zuletzt der Schutz von Kindern vor Gewalt und ihr Recht auf eine gewaltfreie Erziehung und Bildung sollen damit verbessert werden.

Vor allem brauchen wir für die Kinder dauerhafte und sicher finanzierte Maßnahmen der Jugendhilfe, der Schulsozialarbeit und der Arbeit mit Eltern in Familienzentren.

Gewalt gegen Kinder ist keine Lappalie, sondern eine schlimme Menschenrechtsverletzung. Opfer von Gewalt werden häufig selbst zu Täter*innen. Auch deshalb muss ein gewaltfreier Umgang miteinander zu einem zentralen Thema für Kitas, Schulen und die Arbeit der Jugendhilfe werden.

Was tun?

- *Kinderrechte ins Grundgesetz und in die Landesverfassung*
- *Gewaltfreie Erziehung und Erziehung zur Gewaltfreiheit in Kitas und Schulen*
- *Flächendeckende Anti-Gewalt-Projekte mit Kindern und Jugendlichen*
- *Elternarbeit in flächendeckenden Familienzentren*
- *Ausbau und sichere Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe und Schulsozialarbeit*

5. Justiz: Große Fische fangen statt Gefängnis für Schwarzfahren

Jede*r muss die Möglichkeit haben, die Gerichte in Anspruch zu nehmen, um seine Rechte durchsetzen zu können. Immer mehr Menschen haben aber faktisch keinen Zugang zu den Gerichten, weil sie sich die hohen Gebühren nicht leisten können. Ein geringes Einkommen darf nicht dazu führen, dass auf Ansprüche verzichtet wird. Die Länder haben den Bund in der Vergangenheit dazu gedrängt, Beratungs- und Prozesskostenhilfe einzuschränken, um Kosten zu sparen. DIE LINKE wird darauf hinwirken, dass diese Verschlechterungen zurückgenommen werden.

Notwendig ist eine gute personelle und materielle Ausstattung der Justiz, insbesondere der besonders belasteten Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichte. Sie müssen die vor ihnen ausgetragenen Verfahren effektiv und zügig bearbeiten können. Noch immer sind beispielsweise zahlreiche Bescheide der Jobcenter rechtswidrig, viele Klagen vor den Sozialgerichten sind erfolgreich. Das Land ist in der Pflicht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Rechte von Beziehenden von Sozialleistungen zu wahren. Dazu gehört, die Verfahrensdauer von Gerichtsverfahren deutlich zu reduzieren.

Das weitgehend abgeschaffte Widerspruchsverfahren eröffnete Bürger*innen eine günstige und einfache Möglichkeit, Behörden zu einer Überprüfung ihrer Entscheidungen zu veranlassen. Heute müssen sie direkt gegen Bescheide klagen. Wir wollen den Bürger*innen eine Wahlmöglichkeit

geben, Widerspruch einzulegen oder vor dem zuständigen Gericht zu klagen. Jede*r soll den schnelleren oder erfolgversprechenderen Weg gehen können.

Was tun?

- *Widerspruchsverfahren wieder einführen, gekoppelt an eine Wahlmöglichkeit, unmittelbar Klage erheben zu können*
- *Mehr Personal für Sozial-, Arbeits- und Verwaltungsgerichte*
- *Mehr Personal zur Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung*
- *Einrichtung von Richter*innenwahlausschüssen, Selbstverwaltung der Justiz*
- *Mehr Beratungs- und Prozesskostenhilfe ohne Rückzahlungspflicht*

Prävention und Resozialisierung, statt mehr und härtere Strafen

Noch immer kommen Menschen für kurze Zeit ins Gefängnis, weil sie Geldstrafen nicht bezahlen können oder wegen Bagatelldelikten wie Schwarzfahren oder Diebstahls geringwertiger Sachen. Diese Strafen sind nicht nur ohne Maß, sie schaden erwiesenermaßen. DIE LINKE will Ersatzfreiheitsstrafen sowie Freiheitsstrafen bei Bagatelldelikten daher zugunsten von Auflagen und Weisungen abschaffen.

Härtere Strafen oder neue Gefängnisse werden nicht dazu führen, dass weniger Straftaten – insbesondere von Jugendlichen – begangen werden. Wer aus Perspektivlosigkeit, wegen einer Krankheit oder Drogensucht straffällig wird, wird sich von einer hohen Strafdrohung nicht abschrecken lassen. Die Gesellschaft ist in der Verantwortung, Menschen zu unterstützen, statt sie wegzusperrern. Wir sagen deshalb: Mehr Prävention, statt härtere Strafen.

Jugendgefängnisse sind der ideale Einstieg in eine kriminelle Erwachsenenlaufbahn – die Rückfallquote beträgt 80 Prozent. Jugendliche brauchen Perspektiven, also in erster Linie eine gute Ausbildung und im Anschluss einen sicheren Job. Daneben braucht es Jugendsozialarbeit in den Stadtteilen sowie Maßnahmen gegen Jugendgewalt und Konflikttrainings. Die finanziellen Mittel, die derzeit für Jugendstrafverfahren aufgewendet werden, wären hier besser eingesetzt.

Was tun?

- *Weniger Freiheitsstrafen: Ausbau von Haftvermeidungs- und Haftverkürzungsprojekten sowie stärkere Nutzung von Aufschub- und Bewährungsstrafen*
- *Verbesserung der Haftbedingungen, keine Erhöhung der Zahl der Haftplätze*
- *Keine Privatisierungen des Strafvollzugs*
- *Keine Gefängnisstrafe für Bagatellkriminalität wie Schwarzfahren und Diebstahl geringwertiger Sachen*
- *Statt Jugendgefängnissen mehr finanzielle Mittel für Prävention und Jugendarbeit*
- *Mehr Sozialarbeiter*innen sowie Vollzugsbeamt*innen*
- *Ausbau der Drogenberatungs- und Therapieangebote*
- *Möglichkeit der Originalstoffvergabe in Justizvollzugsanstalten*
- *Qualifizierte Bildungs- und Arbeitsangebote in Haftanstalten, um auf das Leben in Freiheit vorzubereiten*
- *Arbeitsschutz und angemessene Löhne für Inhaftierte*
- *Keine Abschiebung von Straftäter*innen*

6. Drogen: Nüchtern aufklären, Cannabis legalisieren

Trotz der seit Jahrzehnten herrschenden Verbotspolitik sind auch illegale Drogen flächendeckend verfügbar. Wie die legalen Drogen Tabak, Alkohol und frei verkäufliche Medikamente werden auch illegale Substanzen gehandelt und konsumiert. Allerdings auf dem Schwarzmarkt, verbunden mit erheblichen zusätzlichen gesundheitlichen Risiken für die Verbraucher*innen.

Wir sind froh darüber, dass sich an der vorherrschenden Drogenpolitik immer mehr Zweifel breit machen und die Kritik lauter wird. Denn das Betäubungsmittelstrafrecht erfüllt nicht den Zweck einer Schutzfunktion. Vielmehr verursachen gerade die Illegalisierung diverser Substanzen und die Kriminalisierung der Konsument*innen erhebliche Probleme. Die (straf-)rechtlichen Konsequenzen und Kosten sowie die gesundheitlichen und sozialen Schäden stehen in keinem Verhältnis zu dem fraglichen Nutzen der Verbotspolitik.

Drogenkonsum, erst recht übermäßiger, ist problematisch für die Verbraucher*innen und kann auch – zum Beispiel im Straßenverkehr – zum Risiko für andere werden. Das kann niemand bestreiten. Schließlich wird es uns tagtäglich von Alkoholkonsumierenden vor Augen geführt.

Den Risiken und negativen Auswirkungen des Drogenkonsums kann man mit den Mitteln des Strafrechts und der Kriminalisierung allerdings in keiner Weise effektiv begegnen.

Wir setzen uns für eine menschenwürdige Drogenpolitik ein, die präventiv, sachlich und glaubwürdig Aufklärung über die Wirkung und Risiken der unterschiedlichen Drogen leistet. Dies ist auch die Bedingung dafür, dass ein selbstverantwortlicher Umgang, also Drogenmündigkeit, mit Rauschmitteln entwickelt werden kann.

Wenn Drogenkonsum problematische Formen annimmt, muss schnell, unkompliziert und bedarfsgerecht Hilfe geleistet werden können.

Zu einer humanen und rationalen Drogenpolitik gehören neben Präventions- und Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und niedrigschwellige therapeutische Hilfen.

Was tun?

- *Information und Aufklärung über Genuss- und Rauschmittel an den nordrhein-westfälischen Schulen, welche die Lebenswirklichkeit von Schüler*innen nicht ignorieren*
- *Sachlicher Umgang mit legalen und illegalisierten Drogen durch die Landesregierung*
- *Verbot von Werbung für Alkohol und Tabak*

Wirklich an der Zeit: Legalize it!

Die volkswirtschaftlichen Kosten für die Strafverfolgung und nicht eingewonnenen Steuern werden von Ökonom*innen auf 3 bis 4 Milliarden Euro bundesweit geschätzt. Die Ausgaben für die Strafverfolgung belasten den Landeshaushalt. Personal der Polizei wird für unsinnige Aufgaben gebunden, statt Menschen vor Gewalt zu schützen oder Wirtschaftskriminalität zu verfolgen. Ein staatlich regulierter Verkauf von Cannabis würde den kriminellen Vereinigungen, die heute am Verkauf verdienen, den Markt erheblich entziehen.

Was tun?

- *Strafverfolgung wegen Cannabis durch die Staatsanwaltschaften beenden*
- *Bundesinitiative aus NRW zur Legalisierung von Cannabis*
- *Als erster Schritt in Richtung Legalisierung von Cannabis ist die Erlaubnis des Anbaus zum Eigengebrauch zu gewährleisten; dies betrifft gleichermaßen die Erlaubnis zur Bildung von „Cannabis Social Clubs“ als Produzent*innen- und Konsument*innenvereinigungen*
- *Staatlich regulierte Verkaufsstellen (z. B. Drogenfachgeschäfte) für kontrolliert angebaute Cannabisprodukte*

Realistische Grenzwerte setzen: Keine willkürliche Entziehung der Fahrerlaubnis

Nach Meinung des überwiegenden Teils entsprechender Experten ist ein „analytischer Grenzwert“ von 1,0 ng/ml THC im Blutserum viel zu niedrig festgesetzt. In der Praxis bedeutet dies, dass jemand den Führerschein verliert, obwohl er/sie eben nicht unter der Wirkung von THC am Straßenverkehr teilgenommen hat! Denn ein Wert von 1,0 ng/ml THC im Blutserum wird häufig auch dann noch gemessen, wenn der letzte Konsum 10 bis 20 Stunden und länger zurück liegt und keine beeinträchtigende Wirkung mehr vorliegt. Auch ein hoher Carbonsäurewert (THC-COOH) lässt für sich allein keine Rückschlüsse auf die aktuelle Fahreignung zu und rechtfertigt keinen vorbeugenden Entzug der Fahrerlaubnis.

Was tun?

- *Den Grenzwert auf 5,0 ng/ml THC im Blutserum heraufsetzen*

Hilfe statt Verfolgung und Ausgrenzung

Die Kriminalisierung von Drogengebrauch und Sucht verhindert Hilfe, treibt Betroffene in die Illegalität und bindet finanzielle und personelle Mittel. Stattdessen wollen wir eine menschliche und vernünftige Politik in diesem Themenfeld voranbringen.

Was tun?

- *Neben Aufklärungsarbeit zu Ecstasy und Speed in NRW auch anonym zugängliche „Drug-Checking-Projekte“ einsetzen*
- *Rechtsanspruch auf Diamorphinbehandlung mit flächendeckenden Vergabestellen verwirklichen*
- *Sicherung und Verbesserung der Qualität einer flächendeckenden Substitutionsbehandlung, auch mittels Berücksichtigung und Umsetzung entsprechender wissenschaftlicher Erkenntnisse und Standards; konkret bedeutet dies unter anderem: Die Behandlung und Betreuung muss dem jeweiligen Hilfebedarf im Einzelfall entsprechen; die Betroffenen müssen vollständig über die Behandlung (Möglichkeiten, Verlauf, Regeln) informiert sein; das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen muss gewahrt sein*
- *Niedrigschwellige Abgabe von Notfall-Sets mit dem Medikament Naloxon, um bei akuten Überdosierungen von Opiaten Leben retten zu können*
- *Die Drogenhilfe weiter ausbauen, insbesondere Projekte wie Spritzenautomaten und „Druckräume“ fortführen und weiterentwickeln*

7. Verbraucher: Wirksamen Schutz sicherstellen

Eine moderne Verbraucher*innenpolitik ist für uns in erster Linie vorsorgender Verbraucher*innenschutz. Angesichts von Privatisierung und Globalisierung braucht es eine aktive Verbraucher*innenpolitik, welche die Rechte der Verbraucher*innen in den Mittelpunkt stellt und Märkte reguliert. Sie muss sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet sein.

Wir wollen hohe soziale und ökologische Standards für alle Produkte und Dienstleistungen. Wirksamer Verbraucher*innenschutz braucht handlungsfähige und durchsetzungskräftige öffentliche Institutionen sowie starke, finanziell gut ausgestattete Verbraucher*innenorganisationen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Was tun?

- *Zentrale Infrastruktur der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand betreiben*
- *Sozialtarife im Energiebereich*
- *Flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen als gesetzlichen Mindeststandard*
- *Kosten bei Dispokrediten und beim Abheben am Geldautomaten senken*
- *Barrierefreie Planungen in allen Bereichen sowie die Beseitigung bestehender Barrieren*
- *Herkunft und Zusammensetzung von Lebensmitteln transparent machen*
- *Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel verbieten*
- *Gaststätten gesetzlich verpflichten, Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen am Eingang auszuhängen*

8. Mehr Demokratie: Wahlrecht erweitern, Bürger*innenentscheide vereinfachen

Für einen Politikwechsel hin zu mehr Gerechtigkeit reicht eine starke LINKE im Parlament nicht aus. Für uns ist klar, dass es eine starke soziale Bewegung und den Druck der Bevölkerung braucht, damit sich die Verhältnisse ändern. Demokratie und Mitbestimmung dürfen sich deshalb nicht in Parlamentswahlen erschöpfen. Wir wollen Menschen ermutigen, selber Entscheidungen zu treffen, Politik vor Ort und politische Initiativen zu entwickeln. Das geschieht bereits in vielen Kommunen. Wir beteiligen uns vor Ort und auf Landesebene in Bündnissen und Initiativen und setzen uns dafür ein, die Hürden der direkten Demokratie deutlich zu senken.

Bereits 2011 haben wir im Landtag erfolgreich dafür gesorgt, dass die kommunalen Bürger*innenbegehren einfacher werden und die Abwahl von (Ober-)Bürgermeister*innen durch die Bevölkerung möglich ist.

Alle Menschen sollen wählen und mitentscheiden dürfen

In den Parlamenten wird viel über Geflüchtete und über Kinder und Jugendliche geredet. Wir finden es nicht richtig, dass über die Köpfe der Menschen hinweg über Belange entschieden wird, die sie selbst unmittelbar betreffen. Weder eingewanderte noch jüngere Menschen dürfen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden.

Bei Wahlen wollen wir eine größtmögliche Beteiligung aller hier dauerhaft lebenden Menschen erreichen. Es ist nicht einsichtig, warum in Deutschland Millionen von Menschen vom politischen System ausgeschlossen werden, obwohl sie von allen politischen Entscheidungen betroffen sind. Für uns zählt der allgemeine Grundsatz, der sich aus den Menschenrechten ableitet: Ein Mensch – eine Stimme. Wir wollen das Wahlalter für alle Wahlen auf höchstens 16 Jahre herabsetzen. Früher 21, heute 18 oder 16 Jahre, das sind alles willkürliche Grenzziehungen. Eine sachliche Begründung, warum man mit 16 eine politische Entscheidung treffen kann und nicht mit 15, gibt es nicht. Wir wollen eine gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie Kinder und Jugendliche besser an politischen Entscheidungen beteiligt werden können. Sie wollen und sollen mitreden dürfen, wenn es darum geht, ob wir ihnen eine Welt hinterlassen, in der es noch Energie, Wälder oder sauberes Wasser gibt.

Wir haben konkrete Vorschläge für die ersten Schritte hin zu mehr Beteiligung.

Was tun?

- *Das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken*
- *Bei den Kommunalwahlen den Wähler*innen die Möglichkeit geben, ihre Stimme durch Kumulieren und Panaschieren auf verschiedene Bewerber*innen zu verteilen*
- *Kinder und Jugendliche zwingend beteiligen, wenn ihre Interessen bei kommunalen Planungen oder Vorhaben berührt werden (nach dem Vorbild der Gemeindeordnung Schleswig-Holsteins)*

Bürger*innenbegehren in den Kommunen leichter machen

Die kommunale Demokratie muss gestärkt und ausgebaut werden. Hierfür müssen die Hürden für Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide gesenkt, das Verfahren vereinfacht und die Möglichkeiten, durch Bürger*innenentscheide die Politik in der Kommune bestimmen zu können, erweitert werden.

Was tun?

- *Die Frist, in der Bürger*innenbegehren eingereicht werden können, muss gestrichen werden; die Bürger*innen sollen Ratsbeschlüsse genauso lange wieder aufheben können wie der Rat dies kann*
- *Die Themenausschlüsse bei Bürger*innenbegehren streichen; die Bürger*innen sollen über alles entscheiden können, über das auch der Rat entscheiden kann*
- *Mindestquoren für die Zustimmung bei einem Bürger*innenentscheid werden abgeschafft*
- *Die Kostenschätzung für Bürger*innenbegehren muss abgeschafft werden*
- *Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide müssen von der Verwaltung aktiv unterstützt werden; über die formale Zulässigkeit von Bürger*innenbegehren soll eine rechtsverbindliche Vorprüfung erfolgen*
- *Eine unabhängige Beratung der Menschen gewährleisten, die ein Bürger*innenbegehren starten wollen*

- *Eine*n Landesbeauftragte*n für direkte Demokratie berufen*
- *Die Abstimmung per Brief muss portofrei sein*
- *Es müssen genügend Abstimmungslokale zur Verfügung stehen*
- *Mehrere Bürger*innenentscheide sollten wenn möglich an einem Tag stattfinden und/oder mit Wahlen zusammengelegt werden, damit mehr Menschen zur Abstimmung gehen*
- *Bei wichtigen Themen wie der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. wesentlichen Veräußerungen öffentlichen Eigentums sollen obligatorische (verpflichtende) Bürger*innenentscheide stattfinden*
- *Einführung und Ausbau von Beteiligungshaushalten durch Einwohner*innenbeteiligung bei Aufstellung, Rechenschaftslegung und Prioritätensetzung der Ausgaben durch Versammlungen und Voten sowie die Nutzung des Internets*
- *Auch unterhalb des Bürger*innenbegehrens müssen durch verpflichtende Einwohner*innenbefragungen die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt werden*
- *Nicht nur in den Kommunen, auch im Land muss direkte Demokratie verwirklicht werden*
- *Die Unterschriftenhürde für die Volksinitiative soll auf 30 000 Unterschriften gesenkt werden. Eine erfolgreiche Volksinitiative muss automatisch als Zulassungsantrag auf ein Volksbegehren gelten*
- *Das Quorum für die Unterschriften für Volksbegehren soll auf zwei Prozent gesenkt werden*
- *Haushaltswirksame Volksbegehren müssen zugelassen werden*
- *Volksabstimmungen für Verfassungsänderungen sollen verpflichtend eingeführt werden, Bürger*innen müssen bei Verfassungsänderungen die letzte Entscheidung treffen*
- *Unterschriften sollen auch online gesammelt werden können*

Für einen transparenten Landtag

Interessenskonflikte zwischen Abgeordnetenmandat und Unternehmerinteressen müssen wirksamer vermieden werden. Bisher müssen Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte nur grob angeben. Wir wollen eine Veröffentlichung auf Euro und Cent sowie die namentliche Nennung aller Geldgeber. Auch Abgeordnete sollen sich am Solidarsystem beteiligen und für ihre Altersversorgung verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Der Einfluss von Lobbyist*innen auf das Parlament muss sichtbar gemacht werden. Dazu braucht es ein verpflichtendes und sanktionsbewehrtes Lobbyregister.

Was tun?

- *Nebeneinkünfte von Abgeordneten vollständig veröffentlichen*
- *Die Abgeordnetenversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung überführen*
- *Den Ausnahmetatbestand für Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im NRW-Korruptionsbekämpfungsgesetz streichen*
- *Ein verpflichtendes und sanktionsbewehrtes Register für Lobbyist*innen einführen*
- *Karenzzeit für Minister*innen: Statt der bestehenden Anzeigepflicht muss die Aufnahme einer Beschäftigung genehmigungspflichtig sein*

9. Laizismus: Staat und Religion konsequent trennen

Wir verteidigen das Recht aller Menschen auf Freiheit des Bekenntnisses zu Weltanschauungen oder Religionen. Wir treten ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten. Das erfordert für uns die institutionelle Trennung von Staat und Glaubensgemeinschaften.

Grundrechte und Arbeitnehmer*innenrechte müssen auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen Geltung haben, insbesondere das Streikrecht, das Betriebsverfassungsgesetz und das Antidiskriminierungsgesetz.

Was tun?

- *Den Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen umsetzen*
- *Das Erziehungsziel „Ehrfurcht vor Gott“ in Artikel 7 der Landesverfassung und im Schulgesetz NRW streichen*
- *Die Garantie für den bekenntnisorientierten Religionsunterricht in der Landesverfassung streichen*
- *Alle Träger, die staatliche Mittel erhalten, müssen das Streikrecht, das Betriebsverfassungsgesetz und einen nicht diskriminierenden Umgang mit Arbeitnehmer*innen gewährleisten*
- *Beendigung der Diskriminierung von Konfessionslosen durch kirchliche Arbeitgeber*innen*
- *Das Feiertagsgesetz daraufhin überprüfen, inwieweit es zur Wahrung der religiösen Empfindungen der Angehörigen der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften erforderlich ist; besondere Regelungen für „stille Feiertage“, etwa das Tanzverbot an Karfreitag, sind zu streichen*
- *Der Austritt aus der Kirche muss kostenlos sein, die bisherige Gebühr von 30 Euro ist zu streichen*
- *LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames Schulfach, kein Bekenntnisunterricht an staatlichen Schulen*
- *Keine öffentliche Finanzierung der Theologie an öffentlichen Universitäten*
- *Schluss mit der Finanzierung von Kirchentagen aus öffentlichen Mitteln*

VIII. Netzpolitik, Medien und Kultur

In der Digitalisierung sehen wir Chancen für mehr Selbstorganisation und Selbstbestimmung von uns allen. Wir stehen für freien Informationszugang, direktere Vernetzung und mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten.

Das freie Internet kann nur als öffentliches Gut zum Nutzen aller Menschen funktionieren. Die Netze gehören unter gesellschaftliche Kontrolle und müssen demokratisiert werden. Die Medienvielfalt muss erhalten werden, die zunehmende Monopolbildung bei Medien und Presse beobachten wir mit Sorge.

1. Netzpolitik: Für ein freies Internet, das allen gehört

Wir setzen uns gemeinsam mit immer mehr Menschen für ein freies Internet ohne Zensur ein. Ausbauinitiativen und Genossenschaften sollen verstärkt gefördert werden. Freie WLAN-Angebote wollen wir weiter ausbauen. Beim Breitbandausbau sind wir für den flächendeckenden Ausbau der Glasfasertechnologie. Den Zugang zu digitalen Technologien und zum Internet wollen wir unabhängig vom Einkommen und sozialen Hintergrund ermöglichen.

Das Land ist zuständig für Bildung und hat im Bereich der digitalen Medien bislang viel zu wenig unternommen. Schüler*innen und Student*innen sind heute Digital Natives, sie sind mit dem Internet, mit mobilen Geräten und Apps groß geworden. Sie schauen lieber YouTube als Fernsehen, hören Musik nicht auf Kassette, sondern im Netz. Für einen großen Teil der Lehrer*innen in Schulen, Berufskollegs und Hochschulen ist diese Welt noch weitgehend fremd. Hier brauchen wir eine große Weiterbildungsoffensive im Bereich digitale Medien.

Netzneutralität gesetzlich garantieren

Der Einsatz für Netzneutralität wird ein wesentliches Thema der kommenden Jahre sein. Es geht um die wichtige Frage, ob alle Menschen gleichberechtigt ihre Daten durch die Leitungen schicken können. Schon heute dominieren mächtige Konzerne im Netz und wollen immer mehr bevorzugt auf Datenleitungen zugreifen. Wir brauchen hier dringend gesetzliche Regelungen. Wir wollen das Internet der Menschen, nicht das der Konzerne.

Was tun?

- *Den Glasfaserausbau vorantreiben*
- *Förderung für freie und nicht-kommerzielle W-LAN-Angebote wie Freifunk auch für Kommunen öffnen*
- *Netzneutralität für NRW gesetzlich garantieren und Initiative dazu auf Bundesebene*

Private Daten schützen, öffentliche Daten nutzen

Wir setzen uns für ein verstärktes Angebot und die Nutzung von Open Data ein. Das Informationsfreiheitsgesetz NRW wollen wir zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild ausbauen. Staatliche Informationen müssen grundsätzlich in maschinenlesbaren Formaten im Internet auf einer geeigneten Plattform zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für eine Förderung von Open Access an Hochschulen in NRW ein. Das Land muss eine stringente Förderstrategie entwickeln und umsetzen.

Der Schutz personenbezogener Daten muss gestärkt werden. Dafür wollen wir das Datenschutzgesetz NRW weiterentwickeln und unnötige Datensammlungen abschaffen.

Was tun?

- *Recht auf Anonymität im Internet und Kontrolle über die eigenen Daten*
- *Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit stärken*
- *Über eine Bundesratsinitiative die Vorratsdatenspeicherung abschaffen*
- *Verbot des Exports von Hard- und Software für Überwachung und/oder Zensur*
- *Open-Source-Projekte zur „digitalen Selbstverteidigung“ unterstützen*
- *Mit allen staatlichen Stellen eine nach RFC 4880 standardisierte sichere Ende-zu-Ende-verschlüsselte Kommunikation mittels Open PGP ermöglichen*

Schutz von Whistleblower*innen

Edward Snowden oder Chelsea Manning sind prominente Namen, wenn es um Whistleblowing geht – zu Recht. DIE LINKE fordert den umfassenden gesetzlichen Schutz von Menschen, die den Mut aufbringen, Informationen öffentlich zu machen. Sie müssen arbeitsrechtlich geschützt werden und vor „Vergeltung“ von Arbeitgeber*innenseite sicher sein. Wir wollen auch, dass Whistleblower*innen vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt sind, sie etwa nicht wegen vermeintlich „übler Nachrede“ belangt werden können.

Veröffentlichungsplattformen, welcher Art auch immer, dürfen nicht gezwungen werden, ihre Quellen preiszugeben. Whistleblowing ist keine Denunziation und darf nicht kriminalisiert werden.

Jetzt aber schnell: Weiterbildung in digitaler Kommunikation

Die neuen Medien und die damit verbundene Digitalisierung prägen die Lebenswelt der Schüler*innen. In diesem Bereich darf das Feld nicht privaten Unternehmen, Verlagen und Bildungsanbietern überlassen werden. Wir setzen uns für die Nutzung und die Erstellung offener Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Resources, OER) sowie den Einsatz von Open-Source-Software ein.

Digitale Angebote sind intuitiv, d. h. ohne Vorwissen, nutzbar. Den verantwortungsbewussten Umgang mit Medien müssen Kinder und Jugendliche aber erlernen. In der Schule muss Medienbildung stärker vermittelt werden, dazu zählen Medienkritik, Medienkunde und Mediengestaltung. Unter anderem sind Datenschutz und Privatsphäre, Cyber-Mobbing und Netiquette sowie digitale Bürger*innenrechte und Demokratie in Zeiten des Internets zu thematisieren. Die Vermittlung von Medienkompetenz kann aber nicht auf die Schule beschränkt sein, sondern muss auch an den Hochschulen und in der Weiterbildung berücksichtigt werden.

Was tun?

- *Medienbildung im Schulunterricht einen größeren Raum geben und durch geeignete Angebote auch Eltern einbeziehen*
- *Einen wirksamen Jugendschutz durch Löschung illegalen Materials an der Quelle; keine Netzsperrern und Internetzensur*
- *Nutzung freier und quelloffener Software fördern*
- *Nutzung und Erstellung offener Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Resources, OER) an Schulen sowie Einsatz von Open-Source-Software*
- *Eine Förderstrategie für Open Access an Hochschulen*
- *Das Informationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild ausbauen*
- *Verwaltungsdaten in offenen Formaten zur Verfügung stellen*

2. Medien: Die Vielfalt erhalten und Beschäftigte gut bezahlen

Wir wollen das qualitativ hochwertige und differenzierte Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in NRW erhalten. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit seinem umfassenden Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsauftrag ist Daseinsvorsorge.

Die früher üblichen Befreiungsmöglichkeiten vom Rundfunkbeitrag, etwa aufgrund niedrigen Einkommens oder einer Behinderung, werden wieder eingeführt. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen auf Sponsoring und Werbung verzichten.

Wir sichern die Rechte der Beschäftigten des WDR. Wir lehnen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ebenso ab wie den Ersatz sozialversicherungspflichtiger Stellen durch Werkverträge.

Freie Radio- und Fernsehprogramme, die von Bürger*innen selbst gestaltet werden, sind ebenso unverzichtbar in der Medienlandschaft. Wir wollen sie erhalten und weiter aus Landesmitteln fördern.

Was tun?

- *Keine Verschlechterungen für die Beschäftigten beim WDR*
- *Die früher üblichen Befreiungsmöglichkeiten vom Rundfunkbeitrag werden wieder eingeführt*
- *Die Frist von sieben Tagen, nach der Inhalte in den Mediatheken öffentlich-rechtlicher Sender nicht mehr verfügbar sind, abschaffen*
- *Bürgerfunk, freie Radios und lokale Fernsehprogramme weiter fördern*
- *Kürzungen beim WDR-Programm „Funkhaus Europa“ zurücknehmen*
- *Die laizistisch/säkulare Vertretung im WDR-Rundfunkrat ausbauen; ein säkulares Programm fördern*

3. Kunst und Kultur für uns alle: Schützen, unterstützen und finanzieren

Auch unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen wollen wir am Anspruch „Kultur für alle“ festhalten. Kulturelle Selbstverwirklichung und Teilhabe an Kultur dürfen nicht Vorrecht, sondern sollten Möglichkeit für alle sein. Angesichts zunehmender sozialer Ausgrenzung und einer wachsenden Zahl von Menschen, die in Armut leben, wird die Forderung nach uneingeschränkter kultureller Teilhabe immer wichtiger. Die Lebenschancen einer und eines jeden hängen heute vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ebenso ab wie von der Möglichkeit, sich zu bilden und mit Künsten und Medien umzugehen. Für kulturelle Teilhabe zu streiten ist deshalb Teil unseres sozialen Engagements.

NRW ist ein reiches Kulturland. Dies gilt es nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen. Denn die Zukunftsaufgaben der Gesellschaft stellen auch Kunst und Kultur, von der sogenannten „Hochkultur“ bis zum kleinen Kulturhaus vor Ort, vor neue Herausforderungen. Die Bewältigung des demographischen Wandels, die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten oder die Entwicklung der Industrie 4.0 sind Aufgaben, denen sich auch die Kultur stellen muss.

Dabei ist für uns klar, Kultur und Kunst benötigen den Schutz des Staates. In der zunehmenden Unterwerfung von Kultur unter ökonomische Zwänge sehen wir eine substanzgefährdende Entwicklung. Wir lehnen es ab, Kunst und Kultur unter einen ökonomischen Legitimationsdruck zu setzen. Wir stehen für eine ausreichende öffentliche Förderung und eine langfristige Sicherung für die Gesamtheit der kulturellen und künstlerischen Bereiche.

Um die reiche Kulturlandschaft NRW zu erhalten, wird in allen Regionen ein breites Kulturangebot benötigt. Dies muss berücksichtigen, dass NRW Einwanderungsland und zunehmend eine multiethnische Gesellschaft ist. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher, aber auch kultureller Konflikte in der Welt und unserer Gesellschaft wollen wir den Dialog der Kulturen fördern und vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs schaffen. Kulturelle Vielfalt muss auf „Augenhöhe“ miteinander stattfinden.

Kultur ist überall

Kunst soll auch einen Beitrag zur Verständigung unterschiedlicher Kulturen leisten. Deshalb wollen wir eine stärkere Einbeziehung der Künstlerinnen und Künstler aus allen Nationen, die in unserer Mitte leben. Dabei geht es uns nicht einfach um eine finanzielle Förderung migrantischer Kunst, sondern sie muss Bestandteil kultureller und künstlerischer Arbeit vor Ort sein. Nur wenn sie vor Ort als Alltagsbestandteil verstanden und gelebt wird, lassen sich Vorurteile abbauen und gegenseitiges Verständnis entwickeln. Interkultur ist kein Randgebiet.

Kulturelle Bildung findet nicht nur an Schulen statt, sondern auch in Theatern, Kunst- und Musikschulen, Medienwerkstätten, Bibliotheken oder Museen, Kulturhäusern und soziokulturellen Zentren. Kulturelle Einrichtungen und Initiativen sind damit nicht nur Kulturanbieter, sondern auch Lernorte für Demokratie und Dialog, für die Entfaltung von Kreativität und sozialer Kompetenz. Um dem Anspruch gerecht werden zu können, benötigen die kulturellen Einrichtungen dringend mehr Personal für die pädagogische Arbeit. Die Kapazitäten für die kulturpädagogische Arbeit sind deutlich zu erhöhen.

Kultur ist Investition in die Zukunft

Kunst und Kultur gibt es nicht zum Nulltarif. Wir halten es für dringend notwendig, den Kulturretat des Landes unmittelbar wieder mindestens auf die Höhe des Jahres 2012 (200 Millionen) und dann schrittweise auf 0,5 Prozent des Gesamtetats des Landes zu erhöhen. Das Land muss die kommunalen Kultureinrichtungen verlässlich institutionell fördern und so dafür sorgen, dass den Menschen kulturelle Teilhabe zugänglich ist.

Rund 80 Prozent aller kulturellen Ausgaben werden von den Kommunen geschultert. Angesichts leerer kommunaler Kassen, insbesondere in den Ruhrgebietsgemeinden, wird auch bei Kunst und Kultur gespart, gekürzt, geschlossen. Mancherorts steht die kulturelle Grundversorgung auf der Kippe. Das Kulturfördergesetz NRW bietet zwar Ansätze der Verbindlichkeit der Förderung von Kunst und Kultur, das Land selbst will sich an den Forderungen gegenüber den Kommunen finanziell aber nicht beteiligen. Das kann nicht der richtige Weg sein. Dabei geht es nicht nur um Entlastung der Kommunen, sondern vor allem um die Erhöhung der finanziellen Mittel für Kunst und Kultur in NRW. Ohne finanzielle Beteiligung des Landes innerhalb des Kulturfördergesetzes wird die kommunale Kulturpflege und -förderung sowohl in den urbanen Zentren als auch im ländlichen Raum nicht dauerhaft und verlässlich gesichert.

Unabhängig davon gibt es in NRW zahlreiche Förderprogramme von den unterschiedlichsten Institutionen und Ministerien. Kultureinrichtungen vor Ort und die freie Szene haben kaum eine Möglichkeit, diesen Förderdschungel zu durchschauen und die geforderten Auflagen zu erfüllen.

Wir fordern, die verschiedenen Programme zu konzentrieren, die Antragstellung und die Förderungsmöglichkeiten für alle kulturellen Ebenen zu ermöglichen sowie den Zugang zur Förderung zu erleichtern. Außerdem müssen die Overheadkosten bei diesen Förderprogrammen auf maximal 10 Prozent der Fördersumme beschränkt werden. Kulturförderung muss auch bei den kulturellen Akteur*innen ankommen.

Dazu gehört auch eine Entflechtung der Bereiche der Kreativwirtschaft und der verbindlichen Festlegung der Förderinstitutionen.

Die Landschaftsverbände sichern durch ihre Museen und die vielfältige Förderung sowie qualitativ hochwertige Beratung kommunal getragener Kulturarbeit ein gutes, sehr breit gefächertes kulturelles Angebot. Finanziert wird dies im Wesentlichen von den Kommunen über die Landschaftsumlage. DIE LINKE NRW sieht eine institutionelle Förderung der Museen der Landschaftsverbände durch das Land als dringend notwendig an.

Keine Prekarisierung kultureller Arbeitsbedingungen!

Von Kunst und Kultur muss man leben können. Wir wollen Kulturförderung so ausbauen, dass Künstler*innen auch von ihrer Arbeit leben können. Dies muss Bestandteil von Kulturförderungskriterien werden. Dabei geht es nicht nur um die Höhe von Gehältern oder Honoraren, sondern auch um Verlässlichkeit und Zukunftssicherheit. DIE LINKE tritt auch im künstlerischen Bereich in erster Linie für existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ein.

Wir LINKEN bekennen uns klar zur Freiheit der Kunst und der Kulturproduktion. Sponsor*innen und Mäzen*innen dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf öffentliche Kulturangebote haben. Kunst und Kultur muss nicht nur „Altes“ bewahren, sondern sich auch kritisch mit der Gesellschaft auseinandersetzen können, ohne bei Kulturförderung ausgegrenzt zu werden.

Wissen bewahren und zugänglich machen!

Die Bibliotheken im Land haben eine besondere Bedeutung als Vermittlerin von Informations- und Medienkompetenz, bei der Verbesserung der Leseförderung und als kulturelles Zentrum des unmittelbaren Wohnumfeldes. Hierfür benötigen die Bibliotheken dringend eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung. Auch die Bibliotheken müssen sich den verändernden Bedingungen ihres Umfeldes stellen und entsprechende Angebote entwickeln. Dabei ermuntern wir sie zu einem aktiven Zugehen auf die Menschen in ihrem Stadtteil. Unser Ziel ist es, auch im ländlichen Bereich ein flächendeckendes Angebot abzusichern.

Denkmalschutz ist Landesaufgabe!

In der laufenden Legislaturperiode hat sich die Landespolitik aus dem aktiven Denkmalschutz zurückgezogen, indem die Zuschüsse für den Erhalt von Denkmälern praktisch eingestellt und durch „kostengünstige Darlehen“ ersetzt wurden.

Die negativen Folgen dieser Entscheidung wurden von vielen Seiten fachpolitisch heftig kritisiert. Eine solche Politik gibt das kulturelle Erbe des Landes dem Verfall preis. Das Land ist nicht nur auf der gesetzgeberischen Ebene, sondern auch inhaltlich und materiell für den Denkmalschutz zuständig. Dieser Verantwortung muss es auch nachkommen.

Was tun?

- *Änderung der Gemeindeordnung im Landtag: Kultur zur Pflichtaufgabe machen*
- *Kostenlosen Eintritt in alle Dauerausstellungen der Landesmuseen ermöglichen*
- *Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers, Ausstellungsmöglichkeiten und mehr Stipendien im Rahmen öffentlicher Kulturförderung schaffen*
- *Selbstverwaltete Kulturhäuser und soziokulturelle Zentren ohne Einflussnahme der Städte und Kommunen auf die Angebote finanziell fördern*
- *Unterstützung und Planungssicherheit für die Volkshochschulen garantieren*
- *Bei der Besetzung von Stellen an Kunsthochschulen und Jurys Frauen stärker berücksichtigen*
- *Freie Kulturszene gleichwertig zur etablierten Kulturszene öffentlich fördern*
- *Antirassistische, interkulturelle Angebote mit dem Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt ausprägen, gezielt fördern*
- *Förderung der Inklusion beim Zugang und in der Ausübung von Kunst und Kultur*
- *Musik- und Kunstunterricht als fester Bestandteil des Lehrplanes für alle Schulen*
- *Wiedereinführung der Zuschüsse für den Denkmalschutz*
- *Kein Verkauf von Kunstgegenständen durch öffentliche Institutionen*

IX. Internationale Solidarität

Wir stehen für eine solidarische Weltordnung, die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für alle Länder schafft. Frieden ist dafür die wichtigste Voraussetzung. Aber auch ein Ende der Ausbeutung sowie die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards müssen gewährleistet werden.

Die große Weltpolitik fängt zu Hause an. Fairer Handel, kritisches Engagement in Bezug auf die Entwicklungsrichtung der EU und Engagement gegen Rüstungsexporte sind nur einige der Arbeitsfelder, in denen wir hier in NRW etwas zu einer besseren Weltordnung beitragen können.

1. Konsequenz für Frieden und Abrüstung

DIE LINKE ist eine Friedenspartei. Wir treten für Gewaltfreiheit ein, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten. Gemeinsam mit Friedensbewegungen und allen friedensorientierten Partner*innen wollen wir Gewalt vorbeugen und Konflikte zivil lösen. Kriegseinsätze, den Bruch des Völkerrechts, Menschenrechtsverletzungen und militärische Logiken im Umgang mit Konflikten lehnen wir ab.

Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens. Es braucht mehr als die bloße Abwesenheit von Gewalt. Frieden gibt es nur, wenn wir soziale sowie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bedingungen schaffen.

Rüstungskonzerne auf zivile Produktion umstellen

Auch in NRW wird an Kriegen und Krisen kräftig verdient. Große Rüstungskonzerne wie Rheinmetall und ThyssenKrupp haben hier ihren Sitz und exportieren Waffen, militärische Drohnen und andere Rüstungsgüter in alle Welt. Mit Erlaubnis der Bundesregierung werden dabei auch autoritäre Regimes beliefert, die gegen die Demokratiebewegungen in ihren Ländern mit brutaler Gewalt und Repression vorgehen.

Jede Waffe findet ihren Krieg, wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass keine Waffen im Umlauf sind, statt immer mehr davon zu produzieren. Deshalb wollen wir die Produktion von Rüstungsunternehmen, erforderlichenfalls im Wege der Vergesellschaftung, auf eine zivile Fertigung umstellen.

Was tun?

- *Verbot von Rüstungsexporten auf Bundesebene*
- *Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung umstellen*

Urananreicherung beenden, Atomwaffen abziehen

Die Urananreicherungsanlage Gronau stellt Nuklearbrennstoff für Atomkraftwerke her und eignet sich zur Herstellung hochangereicherter Urans für Atomwaffen. Zivile und militärische Nutzung von Atommaterial lassen sich nicht trennen. In Büchel in der Eifel lagern nach wie vor Atom-

bomben der USA und die Bundeswehr übt im Rahmen der atomaren Teilhabe den Abwurf dieser Bomben. Die USA planen, ihre Atomwaffen zu modernisieren.

Wir wollen die Urananreicherung in NRW stilllegen. Atomwaffen müssen vollständig aus NRW abgezogen werden.

Was tun?

- *Die Urananreicherungsanlage in Gronau stilllegen und die Verbreitung oder den Verkauf ihrer Technologie verhindern*
- *Sofortiges Ende der Atomwaffenstationierung in Büchel und an den jeweils nur 30 km von NRW entfernten Standorten Volkel (Niederlande) und Kleine-Brogel (Belgien).*

Umbau von Militäreinrichtungen für zivile Zwecke

NRW beherbergt einige der wichtigsten Militäreinrichtungen in Deutschland. Kalkar und Uedem am Niederrhein sind Ausgangspunkt für Bundeswehr- und NATO-Kriegsführung. Von hier wird der gesamte nordeuropäische Luftraum bis nach Russland überwacht, von Geilenkirchen werden Eurofighter und AWACS-Aufklärungsflugzeuge bis an die russische Grenze herangeführt. Kampfdrohnen, deren Anschaffung in Planung ist, können auch von hier gesteuert werden.

Auf dem Truppenübungsplatz im ostwestfälischen Senne werden Kampfeinsätze geübt. Ausgerechnet in der „Friedensstadt“ Münster soll das deutsch-niederländische Korps den Hauptteil der sogenannten NATO-Speerspitze Ost bilden. Diese Eingreiftruppe soll innerhalb weniger Tage in Einsatzbereitschaft versetzt werden können. In der Tomburg-Kaserne in Rheinbach sind die Cyberwar-Spezialisten der Bundeswehr angesiedelt. Die Einheit soll nach der neuen Cyberstrategie der Bundesregierung künftig verstärkt werden. Nicht zuletzt hat das Bundesverteidigungsministerium seinen Sitz auf der Hardhöhe in Bonn.

Was tun?

- *Luftkriegszentren in Kalkar und Uedem schließen*
- *Entmilitarisierung des Truppenübungsplatzes Senne*
- *Ende der Beteiligung von Bundeswehreinheiten an der „Speerspitze Ost“ der NATO*
- *Umnutzung aller Bundeswehr- und NATO-Einrichtungen für zivile Zwecke*

Nationalpark Senne – Modellprojekt für zivilen und ökologischen Umbau

Die Senne wird seit 1892 als Truppenübungsplatz genutzt. In der Senne wird in künstlichen Kriegsdörfern auch der Häuserkampf für militärische Interventionen in aller Welt geübt. Bereits 1991 hat der Landtag beschlossen, den Truppenübungsplatz Senne nach der Nutzung durch das Militär in einen Nationalpark umzuwandeln.

Der Abzug der britischen Streitkräfte bis 2020 ist die Chance, die Senne endlich zivilgesellschaftlich und ökologisch sinnvoll zu nutzen. Die Landesregierung hält sich im Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans die militärische Teilnutzung offen. Aber nur die vollständige Umwandlung der Senne in einen Nationalpark trägt zur Erhaltung und zum Schutz der dortigen Flora und Fauna bei. Die Umwandlung bietet auch wirtschaftliche Möglichkeiten, die einen Verlust der Arbeitsplätze und der Wirtschaftskraft durch den Abzug der britischen Truppen auffangen können.

Was tun?

- *Vollständige Entmilitarisierung und sofortiger Abbau der Kriegsdörfer in der Senne*
- *Gründung eines Nationalparks Senne auf Landesebene konsequent umsetzen*
- *Sanierung und Renaturierung der Gebiete, die durch die militärischen Übungen verschmutzt und zerstört wurden*
- *Konversion der militärischen Einrichtungen durch die Bereiche Bildung, Tourismus, Kultur, Gastronomie sowie Natur- und Landschaftspflege*
- *Gründung einer Landesagentur Konversion Senne, die die Entmilitarisierung, Sanierung, Renaturierung, die Umschulung von Arbeitnehmer*innen und den Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen begleitet und fördert*

Bundeswehr raus aus Schulen, Jobcentern und anderen Einrichtungen

Durch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Schulministerium hat die Bundeswehr in NRW einen bevorrechtigten Zugang zu den Schüler*innen. Anwerbeversuche der Bundeswehr gibt es aber nicht nur hier, sondern auch in Berufskollegs und Arbeitsagenturen, bei Ausbildungsplatzmessen und Jobbörsen und auf den Straßen und Plätzen in NRW. Die Bundeswehr nutzt an dieser Stelle die Perspektivlosigkeit, die Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen für ihre Rekrutierung aus.

Was tun?

- *Kooperationsvereinbarungen des Landes mit der Bundeswehr sofort aufkündigen*
- *Bundeswehr raus aus Schulen und zivilen Ämtern, kein Werben fürs Sterben*

Zivilklausel: Friedliche Forschung an NRW-Hochschulen

Seit 2014 gibt es im NRW-Hochschulgesetz eine Zivilklausel. Damit darf an Hochschulen nicht mehr für Rüstung und Militär geforscht werden. Viele halten sich jedoch nicht an diese Vorgabe. Die Zivilklausel muss konsequent umgesetzt werden. Die Angebote der NRW-Stiftung Umwelt und Entwicklung wollen wir auf friedenspolitische Projekte ausdehnen.

Was tun?

- *Zivilklausel konsequent umsetzen*
- *Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen*
- *Vergabe von Landesmitteln für Forschungsförderung nur für zivile Vorhaben*
- *Friedensdienste, internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften ausbauen*

Die Umstellung der Rüstungsindustrie ist möglich

Wer heute im Rüstungsbereich arbeitet, wird bei einer Umstellung auf zivile Produktion nicht arbeitslos werden. Die hochqualifizierten Fachkräfte würden den Fachkräftemangel in der zivilen Industrie lindern. Viele der Rüstungsbetriebe sind Mischkonzerne, die Beschäftigte in zivilen Bereichen weiterbeschäftigen können. In die Forschung, Entwicklung und natürlich den Absatz dieser todbringenden Güter fließen Jahr für Jahr Milliarden aus Steuermitteln. Diese könnten anderweitig eingesetzt werden.

Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll sowohl mit öffentlichen Geldern als auch durch die betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände finanziert werden.

Was tun?

- *Förderung von Rüstungsforschung und der Herstellung von Rüstungsgütern beenden*
- *Stattdessen Forschung zur Umstellung militärischer auf zivile Produktion*
- *Paritätisch besetzte Ausschüsse zur Umstellung auf alternative Produktion*

Landesprogramm zur Umstellung militärischer Standorte

Militärische Liegenschaften können kommunal für Wohnraum, Sport, Bildung, Kultur oder Gesundheitseinrichtungen genutzt werden. Möglich ist auch eine wirtschaftliche Nutzung durch die Ansiedlung von produzierendem Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen oder eine touristische Nutzung von Naturreservaten. Die Erfahrung zeigt, dass Kommunen von einer Standort-schließung profitieren können, wenn sie sich frühzeitig beteiligen. Kommunen müssen für diese Aufgabe die entsprechende Unterstützung vom Land bekommen.

Was tun?

- *Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung*
- *Vorrang öffentlicher Nachnutzung bei Standort-schließungen militärischer Liegenschaften, unter anderem durch ein Vorkaufsrecht für Kommunen*
- *Konversionsbeauftragte einsetzen, um in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen Konzepte für eine Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften sowie für die Schaffung alternativer Arbeitsplätze zu erarbeiten*

2. Nein zur EU der Banken und Konzerne – Nein zu den Freihandelsverträgen

Immer noch werden die EU und ihre Institutionen als Garanten für Frieden und Wohlstand für alle dargestellt. Doch die Realität sieht anders aus. Unter den europäischen Institutionen werden demokratische Rechte abgeschafft, Militarisierung vorangetrieben und soziale Standards abgebaut.

Die großen europäischen Nationen benutzen die EU und den Euro, um die Interessen ihrer Banken und Konzerne durchzusetzen und hinterlassen dabei eine Spur der sozialen Verwüstung in Europa. Griechenlands Versuch, eine sozialere Politik durchzusetzen und aus der Schuldenspirale auszubrechen, wurde hart bestraft, Portugal muss jederzeit mit ähnlichen Maßnahmen rechnen, in Frankreich hat die neoliberale sozialdemokratische Regierung unter Hollande die französische Agenda 2010 unter dem Namen „Loi Travail“ per Dekret ohne parlamentarische Mehrheit trotz des heftigen Widerstands der französischen Arbeiterklasse durchgesetzt. Die herrschende Politik der Institutionen ist deutlich: Die Kosten der Krise werden Armen und Mittelschichten aufgebürdet, während eine kleine Minderheit immer reicher wird.

Austeritätspolitik

Das deutsche Kapital dominiert den Euroraum, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. In Ländern wie Griechenland und Italien, Portugal und selbst in Frankreich führte diese Dominanz zu beschleunigter Deindustrialisierung. Gerade das Beispiel Griechenland zeigt, dass der Euro und die Europäische Union nicht zum Wohlstand für alle beitragen, sondern die Interessen von Banken und Konzernen im Fokus stehen. Die sogenannten Eurorettungspakete waren nichts weiter als Finanzhilfen für Banken. Bezahlen müssen die arbeitenden Menschen durch einen weiteren Abbau sozialer Standards und Infrastruktur in allen Ländern der Europäischen Union. Nicht nur die „Agenda 2010“-Politik wird in andere Länder exportiert, sondern auch die Schuldenbremse.

Die Europäische Union steht für sogenannte Austeritätspolitik. Diese in den Mitgliedsstaaten durchzusetzen und zu überwachen, ist derzeit ihre vorrangige Aufgabe. Dies geht einher mit einem Generalangriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Was in Frankreich unter dem Etikett „Reform des Arbeitsgesetzes“ stattfindet, lief vor wenigen Jahren in Italien unter dem Label „Abschaffung des Art. 18 des Arbeitsgesetzes“, in Deutschland hatte die „Agenda 2010“ einen ähnlichen Effekt und in Griechenland wurden Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften regelrecht liquidiert.

Wir sind solidarisch mit den Kämpfen der Beschäftigten in Deutschland, Griechenland, Italien, Spanien und allen anderen Ländern. Statt einer Politik im Interesse der Konzerne treten wir für soziale und ökologische Standards ein. Wir wollen mit den Menschen, die von der Verarmungspolitik der EU betroffen sind, gemeinsam erfolgreich gegen die herrschende Austeritätspolitik vorgehen. Der Kampf gegen die Austeritätspolitik ist ein Kampf für eine bessere und sozialere Währungsunion. Sollte sich der Euro aber als dauerhaft unvereinbar mit einer auf sozialen Ausgleich setzenden Politik erweisen, dann darf der Bruch mit dem Euro kein Tabu sein. Die Länder, die den Euro verlassen wollen, um eine progressive Sozial- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen, können sich auf unsere Solidarität verlassen.

Es scheint vielleicht so, dass die Wirtschaft in NRW von der deutschen Exportstärke profitiert. Aber tatsächlich leidet NRW unter der jahrelangen Vernachlässigung der Binnenkonjunktur. Löhne und Gehälter in Deutschland wie in NRW blieben weit hinter den Möglichkeiten zurück. Durch die auf europäischer Ebene durchgesetzte Lohndumpingspirale wird der nötige Strukturwandel an Rhein und Ruhr erschwert.

Das Dogma der EU sind die im Lissabon-Vertrag für alle Ewigkeiten festgeschriebenen Marktfreiheiten um jeden Preis: Waren, Kapital, Dienstleistungen oder Arbeitnehmer*innen. Eine notwendige Regulierung dieser Märkte wird abgelehnt.

Europaweite Ausschreibungen ohne ein durch klare soziale Standards abgesichertes Vergaberecht führen zu einem Unterbietungswettbewerb im Kampf um die größten Töpfe. Dieser führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen den Mindestlohn im Tarifreue- und Vergabegesetz NRW und das Ruffert-Urteil gegen die Vorgabe von Tarifgittern bei Ausschreibungen sind Ausdruck einer EU-Gesetzgebung, die soziale Standards geringer bewertet als die Profitinteressen der Konzerne. Das bestehende Euro-Regime, also die Währungsunion mit den vertraglich verankerten Institutionen und Regeln des EZB-Eurosystems ist mit einer sozialen und demokratischen Entwicklung Europas unvereinbar. DIE LINKE ist daher bereit, den Euro als Gemeinschaftswährung in Frage zu stellen.

NRW in der EU

Auch schon ohne Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP wirkt sich die Politik der EU massiv auf die Lebenssituation der Menschen in NRW aus: Rund 80 Prozent der EU-Gesetzgebung beeinflussen direkt oder indirekt die Handlungsspielräume der Kommunen und auch des Landes NRW.

Negative Beispiele sind der Einsatz von Glyphosat, die erneut von der EU angestoßene Debatte zur Privatisierung des Trinkwassers und der Zwang zu EU-weiten Ausschreibungen.

Andererseits bietet die EU Fördermittel, ohne die NRW und viele Kommunen kaum mehr handlungsfähig wären.

Hierfür zwei Beispiele: der „Europäische Hilfsfonds für besonders von Armut betroffene Personen“ und das Programm „Starke Quartiere – starke Menschen“, das ohne Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds so kaum möglich wäre.

Aber die Vergaben von EU-Fördermitteln nach Wettbewerbsregeln lehnen wir ab. Die EU-typischen Projekte führen nicht zu nachhaltigen Lösungen.

Was tun?

- *Verwendung von EU-Fördermitteln in NRW auf nachhaltige Lösungen ausrichten*
- *Eine Bundesratsinitiative, um negative Folgen der neoliberalen EU-Politik für das Land, die Kommunen und die Menschen vor Ort einzudämmen; wir brauchen eine Neuaushandlung der EU-Verträge im Interesse der Mehrheit der Menschen statt der Konzerne*
- *Die Rechte des „Rats der Gemeinden und Regionen Europas“ stärken*

Der Brexit ist nur ein erstes Erdbeben, dessen Ursache eine EU und ein Währungsraum sind, die immer offensichtlicher Europa spalten, statt zu einen. Diese Entwicklung hat in Europa für erhebliche Unruhe gesorgt.

Nein zu TTIP, CETA und TISA

DIE LINKE NRW versteht sich als Teil des Widerstands gegen die Durchsetzung der undemokratischen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Denn die Folgen werden auch das Land NRW und seine Kommunen treffen: Entscheidungen von Land und Kommunen können vor internationalen Schiedsgerichten/Investorengerichten landen, wenn sie die Profitinteressen der Konzerne berühren. Dies betrifft konkret die Politik und das Leben vieler Menschen in NRW: Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge geraten noch stärker unter Ausschreibungsdruck als bisher. Zuschüsse für die öffentliche Daseinsvorsorge werden erschwert und der Liberalisierungsdruck steigt. Kommunale Hoheitsrechte wie die Organisationsfreiheit sind betroffen, dies vor allem aufgrund der weitreichenden Marktzugangs-, Nichtdiskriminierungs- und Investitionsschutzregeln. Maßnahmen der Kommunalpolitik, wie die Steuerung von Gewerbeansiedlungen, der Erhalt von Sparkassen oder der Mieterschutz könnten als TTIP-Verstöße unter Druck geraten. Das Tarifreuegesetz bei der öffentlichen Auftragsvergabe, das mit maßgeblicher Unterstützung der DIE LINKE NRW im nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedet werden konnte, stünde zur Disposition. Auch eine Rekommunalisierung des Gesundheitswesens käme unter die Räder, weil internationale Investoren durch die Freihandelsabkommen Bestandsschutz genießen würden. Zusätzlich sind Fracking-Verbot und Kohleausstieg in Gefahr.

CETA und TTIP schützen die „legitimen Gewinnerwartungen“ der Investoren wie es in den Vertragstexten heißt. Nicht geschützt werden die legitimen Erwartungen der Bürger*innen, sauberes Trinkwasser trinken zu können oder den Schutz der Erdatmosphäre vor weiterer Erwärmung durch eine ökologische Energiewende mit Wind und Sonne aufrechtzuerhalten. Jede Form staatlicher oder kommunaler Regulierung steht zur Debatte. Aus diesem Grunde unterstützt DIE LINKE NRW ausdrücklich die Volksinitiative gegen TTIP und CETA in NRW. Zwingen wir die Landesregierung zu einer klaren Kante gegen diese Abkommen.

NRW braucht dringend einen sozialpolitischen Kurswechsel

Für DIE LINKE NRW ist besonders entscheidend, dass die Menschen im Mittelpunkt der Politik stehen. Für uns gilt: Menschen vor Profiten! Deshalb unterstützen wir die Menschen dabei, selbst für ihre Belange aktiv zu werden und sich gegen jede Form von Ungerechtigkeit und Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Deshalb machen wir uns für eine direkte Demokratie stark, in der die Menschen nicht nur alle paar Jahre zur Wahlurne gehen dürfen, sondern über ihre täglichen Belange selbst entscheiden können. Deshalb unterstützen wir betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe und stehen an der Seite von Erwerbslosen- und Geflüchteteninitiativen oder Umweltverbänden. Wie bei den Protesten gegen TTIP und CETA oder gegen den Braunkohlekahlschlag im Hambacher Forst. Deshalb ist für DIE LINKE NRW der außerparlamentarische Widerstand entscheidend, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung einer alternativen Politik zu verändern.

Da die Landtagswahl aber auch mit der Frage verbunden ist, welche Parteien die zukünftige Landesregierung stellen werden, sagen wir unmissverständlich, dass DIE LINKE NRW sich nur dann an einer Regierungskoalition beteiligen wird, wenn damit ein deutlicher Politikwechsel verbunden ist. Sozialabbau, Stellenstreichungen, Privatisierungen oder eine repressive Flüchtlingspolitik sind mit der LINKEN auf keinen Fall zu machen. Deshalb werden wir uns zum Beispiel an einer Politik, die weiter auf die sogenannte Schuldenbremse setzt oder Geflüchtete abschiebt, keinesfalls beteiligen. DIE LINKE tritt perspektivisch für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ein, in der die wesentlichen Produktionsmittel nicht mehr in den Händen weniger Konzerne liegen, sondern allen gehören und die gesellschaftliche Produktion von den Bedürfnissen der Menschen statt vom Profitinteresse bestimmt wird.

Stichwortverzeichnis

- Abfallvermeidung 100
Abfallwirtschaft 40
Abgas 52, 94
Abgeltungssteuer 19
Abrüstung 122
Abschiebehaft 82
Abschiebung 20
8. Mai 103
Agenda 2010 32, 125, 126
Ahaus, Zwischenlager 97
Alleinerziehende 76
Alter 29
Altersarmut 73
Anonymität 106, 117
Antibiotika 90
Antidiskriminierungsge-
setz 78, 115
Antifaschismus 101
anti-muslimischer Rassis-
mus 103
Antisemitismus 103
Apotheken 23
Arbeit 86
Arbeitsbedingungen 88,
90
Arbeitsplätze 9, 36, 80
Arbeitsverbote 80, 81
Arbeitszeiten 10
Arbeitszeitverkürzung 35
Armut 9, 16, 18, 19, 26
Artenschutz 89
Artenvielfalt 89
Arztpraxen 23
Asylrecht 20
Asylsuchende 80
Atomenergie 89, 97
Atom Müll 97
Atomwaffen 122
Aufwertung 76
Ausbildung 15, 57, 67
Ausbildungskonsens 67
Ausbildungsplatzumlage
67
Austeritätspolitik 126
Automatisierung 35
Autonomie 61
Bachelor 69
BAföG 70
Bahn 51, 52, 86, 89
Bahnhöfe 52, 53, 55
Barrierefreiheit 21, 47,
52, 84, 85, 86, 87,
112
Baumschutz 88
Befristungen 11, 70
Behindertenbewegung 85
Behindertenvertretungen
85
Behinderung 85
Belegschaftseigentum 38
Bertelsmannstiftung 32
Beschäftigung 15
Betriebsräte 14
Betriebsverfassungsgesetz
115
Betuwe-Linie 54
Bibliotheken 121
Bildung 57, 79, 86
Bildungsurlaub 35
Binnenschifffahrt 55
Biogas 98
Biotopschutz 89
Bleiberecht 20
Bodenschutz 94
Bohrschlämme 97
Bologna 69
Bonn 45
Brandanschläge 107
Braunkohle 94, 95, 96,
128
Braunkohletagebau 88
Breitbandausbau 116
Breitensport 55
Bundesberggesetz 96
Bundestagswahl 33
Bundeswehr 107, 123,
124
Bürgerentscheide 112,
113
Bürgerfunk 118
Bürgerinitiativen 96
Bus 51, 52, 86, 89
Cannabis 110
Carsharing 51
CETA 127
Chemieindustrie 93
CO₂ 94, 95, 96
Coming-out 83
Daten 104
Datenschutz 105, 117
Demokratie 14, 21, 61,
104, 112
Denkmalschutz 121
Deutsch als Zweitsprache
79
Dichtheitsprüfung 93
Dienstleistungen 35, 112
Digitalisierung 116
Dinosaurier 8
Diskriminierung 74, 76,
78, 83
Dispokredite 41
Doel 97
30-Stunden-Woche 13,
35
Drogen 110
Eigenbetriebe 14
Einbürgerung 78
1-Euro-Jobs 10, 17
Einwanderungsland 78
Eiserner Rhein 53
Energie 95
Energiekonzerne 95, 96,
99
Energiesperren 17
Entgeltgleichheit 76
Entmilitarisierung 124
Erdgas 94
Erdögen 20
erneuerbare Energien 95,
98
Erzieher*innen 57, 59,
86
EU 125, 127
Exzellenz 69
Fahrrad 51, 54, 89
fahrscheinloser ÖPNV 53
Fairer Handel 122
Familien 26, 74
Familienarbeit 75
Familienzentren 108
Faschismus 82, 101
Feiertage 103, 115
Finanznot 41
Flächen 48
Flexibilitätszuschlag 11
Fluchtursachen 20
Flughäfen 54, 89
Flugverkehr 54
Forstbehörden 89
Forstwirtschaft 90
Fracking 89, 97
Frauen 74
Frauenerwerbsarbeit 12
Frauenhäuser 77, 107
Frauen-Notrufe 77
Freihandelsabkommen
127
Freizeit 61
Frieden 20, 122
Funktionsprüfung 93
G8 63
Ganztag 60
Ganztagsbildung 26
Gasbohren 97
Gebärdensprache 86
Geburt 77
Geburtshilfe 77
Gedenkstätten 103
Gefängnisse 109
Geflüchtete 19, 41, 65,
78, 80, 81, 82, 101
Geheimdienst 102, 104
Geldautomaten 41
Gentechnik 89, 91, 112
Gentrifizierung 49
Gerechtigkeit 20
Gesamtschulen 60, 63
Gesundheit 21, 87
Gesundheitsämter 21
Gesundheitsreform 21
Gewalt 76, 87, 105, 106
Gewaltfreiheit 122
Gewalt gegen Frauen 77,
107
Gewalt gegen Kinder 108
Gewaltprävention 107
Gigaliner 52
Glaubensgemeinschaften
115
Gleichberechtigung 74
Gleichstellung 83
Gleichstellungsbeauftragte
75
Globalisierung 112
Glyphosat 91, 127
Gronau, Urananreicherungs-
anlage 97, 122
Grubenwasser 93
Grundgesetz 57, 91
Grundlagenforschung 71
Grundrechte 101, 104
Grundschulen 43
Grundstücke 48
Grund und Boden 44, 48
Güterverkehr 53
Gymnasien 62, 63

- Hambacher Forst 88, 128
 Handelsketten 90
 Hartz IV 9, 16, 26, 81
 Hausbesetzung 50
 Hebammen 77
 HIV 23
 Hochschulen 69, 124
 Hochschulfinanzierung 71
 Hochschulzukunftsgesetz 69
 Homophobie 56, 83
 Honorarkräfte 73
 Induktionsschleifen 86
 Industrie 36
 Industrie 4.0 35, 36
 Industriefonds 37
 Industriestiftung 37
 Informationsfreiheit 117
 Informationstechnik 35
 Infrastruktur 40
 Inklusion 64, 86
 Inklusionsbeauftragte 85
 Inklusionsstärkungsgesetz 85
 Insolvenzberatung 18
 Integration 20, 78, 79, 80, 81
 Intermodalität 52
 Internet 116
 Investitionen 20, 34
 Investitionsstau 78
 Islamophobie 103
 Jagd 91
 Jugendgewalt 28
 Jugendliche 24
 Jülich, Forschungszentrum 97
 Justiz 108
 Kalkar 123
 Kapitalismus 33, 88
 KiBiZ 59
 Kinder 24
 Kinderarmut 26, 27
 Kindergeld 26
 Kinderrechte 62, 108
 Kinder- und Jugendhilfe 28
 Kinder- und Jugendpsychiatrie 28
 Kinderwagen 54
 Kitagebühren 58
 KITAS 27, 57, 58, 86, 108
 Klima 51
 Klimaschutzprogramm 95
 Klimaschutzziele 88
 Klimawandel 88, 95
 Kliniken 22
 Kohleausstieg 95
 Kohleausstiegsgesetz 95
 Kohleausstiegsrahmengesetz 95
 Kommerzialisierung 72
 Kommunen 41, 44, 120
 Kommunikation 87, 117
 Konversion 124
 Konzernbeschäftigtenvertretungen 14
 Konzerne 88, 125
 Kooperationsvereinbarungen 124
 Korruption 21, 56, 114
 Krankenhaus 22
 Krankenversicherung 21
 Kreativwirtschaft 120
 Kriminalstatistik 84
 Kultur 116, 119
 Kultur des Behaltens 62
 Kulturfördergesetz 120
 Kulturförderung 120
 Kumulieren und Panaschieren 113
 Kündigungssperrfrist 50
 Kunst 119
 Kunsthochschulen 121
 Ladenöffnungszeiten 13
 Laizismus 115
 Landesentwicklungsplan 97
 Landesgesundheitsplan 21
 Landesgleichstellungsgesetz 75
 Landespersonalvertretungsgesetz 14
 Landessportbund 55
 Landesverfassung 26, 37, 66, 67, 115
 Ländliche Regionen 23
 Landtag 114
 Landwirtschaft 90, 94
 Landwirtschaft, ökologische 89
 Lärm 51, 52, 53, 54, 89
 Lebensbedingungen 88
 Lebensende 26
 Lebenskunde, Ethik, Religion 66, 115
 Lebensmittelindustrie 90
 Lebensqualität 55
 Lebensweisen 83
 Leerstand 50
 Legionellen 94
 Lehrer*innen 57
 Leiharbeit 11
 Leihfahrräder 55
 Lernmittel 66
 Leseförderung 121
 LGBTTI 24
 Lichtverschmutzung 89
 LKW-Verkehr 52, 55
 Lobbyismus 33, 66, 88, 114
 Lobbyregister 114
 Lohndrückerei 10
 Luft 94
 Manning, Chelsea 117
 Massenarbeitslosigkeit 15
 Massentierhaltung 90
 Master 69
 Mediatheken 118
 Medien 116, 118
 Medizin 21
 Menschenrechte 17, 103, 107, 113
 Menschenwürde 16
 Methan 97
 Miete 17, 45
 Mietobergrenzen 47
 Migration 78
 Milieuschutz 49
 Millionärssteuer 33
 Mindestlohn 10, 80, 91
 Minijobs 11
 Mitbestimmung 14
 Mittelschicht 33
 Mobbing 24, 117
 Mobilität 51
 Modernisierung 49
 Monokulturen 90
 Mülldeponien 93
 Müllverbrennung 94, 100
 Müllvermeidung 100
 Museen 121
 Nachtflüge 54
 Nahrungsmittel 90
 Nationalparks 89
 Nationalpark Senne 123
 NATO 123
 Natura 2000 89
 Naturfreundehäuser 89
 Naturschutz 89
 Naturschutzgebiete 92
 Netzneutralität 116
 Netzpolitik 116
 Niedriglohn 32
 Notdienste 87
 NRW-Bank 38
 NRW-Pass 89
 NSU-Terror 102, 107
 Numerus clausus 70
 Oberstufenzentren 63
 ÖPNV 32, 51, 53, 86
 öffentlich-private Partnerschaften 40
 Ökostrom 95
 Olympia 56
 Open Access 117
 Open Data 117
 Open Educational Resources 117
 Open Source 66, 117
 Opfer 101, 103, 106, 107
 Opferberatungsstellen 103
 Pariser Klimaschutzabkommen 95
 Parkplätze 52
 Personalbemessungsgesetz 22
 Personalmangel 59
 Personalräte 14
 Pflege 25, 87
 Pflegeberufe 25
 Pflegekammer 25
 Pflegekräfte 22
 Philosophie 65
 Polizei 104, 105
 Prävention 109
 Privateigentum 44
 Privatisierung 40, 47, 49, 52, 72, 93, 109, 112, 114
 Privatsphäre 105
 Privatvermögen 9
 Produktionsverhältnisse 88
 Prostitution 84
 Prozesskostenhilfe 108
 Psychische Erkrankungen 24
 public private partnership 40
 Quecksilber 94
 Queer 83
 RAG Stiftung 36
 Rassismus 56, 78, 101, 103
 Recht auf Stadt 50
 Rechtsruck 101
 Recycling 100
 Regenwassernutzung 93
 Regierung 128
 Regionale Vermarktung 90
 Reichtum 19, 32
 Rekommunalisierung 100
 Religion 115

Religionsunterricht 65, 115
 Rente 29
 Resozialisierung 109
 Revolution 7, 20
 Rhein 93
 Rhein-Ruhr-Express 54
 Riester-Rente 31
 Rollstühle 54
 Ruhr 93
 Rundfunk 118
 Rüstungsexporte 122
 Rüstungsindustrie 124
 Rüstungskonzerne 78, 122
 Saisonarbeiter*innen 91
 Sanktionen 17
 Sanktionsmoratorium 18
 Schienen 53
 Schifffahrt 55
 Schuldenbremse 34, 128
 Schuldnerberatung 18
 Schulen 57, 60, 86, 108
 Schulkonferenz 62
 Schulkrankenschwestern 24
 Schulnoten 62
 Schulpflicht 79
 Schulsozialarbeit 61, 108
 Schulsystem 62
 Schulzeitverkürzung 63
 Schwangerenkonfliktberatung 77
 Schwarzfahren 108
 Selbsthilfe 24
 Selbstorganisation 23, 83, 84, 116
 Selektion 70
 Sexismus 56, 76
 sexuelle Selbstbestimmung 77
 sexuelle Vielfalt 83
 Sicherheit 29, 106
 Sitzenbleiben 62
 Snowden, Edward 117
 Solidarische Landwirtschaft 90
 Solidarität 19, 20, 74, 122
 Sozialarbeiter*innen 57, 109
 soziale Gerechtigkeit 79
 sozialer Wohnungsbau 46
 soziale Spaltung 9
 Sozialpass 19
 Sozialpolitik 16
 Sozialtarife 112
 Sozialticket 19
 Sozialversicherungspflicht 11
 Sparkassen 38, 41
 Spekulantentum 44
 Spekulation 50
 Sponsoring 66
 Sport 55
 Sprache 64, 79, 84
 Städte 43
 Stadtwerke 99
 Steinkohle 36, 94, 96
 Steuereinnahmen 19
 Steuergeschenke 33
 Steuerhinterziehung 109
 Steuerkonzept 33
 Steuerprüfung 34
 Steuerreform 19
 Stickoxide 94
 stille SMS 104
 Strafen 109
 Strafvollzug 109
 Straßen 51, 52, 86
 Straßenbahn 52
 Streetworker 28
 Streikrecht 115
 Stromnetze 99
 Stromsperrern 99
 Stromzähler 99
 Strukturwandel 36, 96
 Studienplätze 69
 Tag der Befreiung 103
 Tagebau 88, 95
 Tagesmütter 59
 Tarifreuegesetz 127
 Tarifreue- und Vergabege-
 setz 12
 Tarifverträge 11
 Teilhabe 85
 Tempolimit 52
 Tiere 91
 Tierhaltung 90
 Tierversuche 92
 Tihange 97
 TISA 127
 Toleranz 56
 Transparenz 21, 41, 97, 114, 117
 Transphobie 83
 Trinkwasser 93
 TTIP 127
 Turboabitur 63
 U-Bahn 53
 Überwachung 104
 Umverteilung 32
 Umwelt 38, 51, 88, 94
 UN-Behindertenrechts-
 konvention 84, 85
 Unfälle 52
 UN-Kinderrechtskonventi-
 on 62, 65
 Urananreicherung 122
 Urban Gardening 89
 Verbraucherschutz 112
 Verelendung 15
 Verfassungsschutz 102, 103
 Verfolgungsgeschichte 83
 Vergesellschaftung 36, 122
 Vergewaltigung 107
 Verhütung 77
 Verkehr 51, 86, 94
 Verkehrsverbund 53
 Vermögenssteuer 19
 Vermummungsverbot 106
 Versammlungsrecht 106
 Verschlüsselung 117
 Völkerrecht 122
 Volksbegehren 114
 Volksentscheid 56
 Volkshochschulen 72
 Volksinitiative 114, 128
 Vollzeit 13
 Vorbilder 76
 Vorkaufsrecht 44
 Vorratsdatenspeicherung 104
 Waffenexporte 20
 Wahlalter 113
 Wahlrecht 78, 85, 112, 113
 Wälder 89, 90
 Wasser 90, 93
 Wasserwege 55
 Wasserwerfer 106
 WDR 118
 Weiterbildung 35, 71, 117
 Weltgesundheitsorganisa-
 tion 21
 Weltwirtschaftsordnung 20
 Werbung 76, 110
 Werkstätten für Menschen
 mit Behinderungen 85
 Werkverträge 11
 Whistleblower 117
 Widerspruchsverfahren 109
 Wirtschaft 32
 Wissen 121
 wissenschaftlicher Mittel-
 bau 70
 WLAN 116
 Wohlbefinden 21
 Wohnen 45
 Wohnraum 70
 Wohnsitzauflage 82
 Wohnungen 19
 Wohnungsbau 44, 48
 Wohnungsgeberbescheini-
 gung 105
 Wohnungsgemeinnützig-
 keit 48
 Wohnungsgenossenschaf-
 ten 49
 Wohnungslose 41
 Wohnungs Offensive 47
 Zeugnisse 62
 Zivilklausel 71, 124
 Zwangsäumung 50
 Zwangsumzüge 17, 49
 Zweckentfremdung 50
 Zwei-Klassen-Medizin 21

DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen

Alt-Pempelfort 15
40211 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 700 600 00
Telefax: 0211 / 700 600 19

www.dielinke-nrw.de
www.facebook.com/dielinke.nrw
www.twitter.com/DieLinkeNRW



Mit uns. Für Dich. **DIE LINKE.**